

liberalReport

Deutscher Wertemonitor 2008

Liberales Institut

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.
DAS HEISST: ER DARF
VERFALLEN KULTUR UND
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

dimap communications

dimap

DEUTSCHER WERTEMONITOR

Ergebnisse der Befragung

im Auftrag des Liberalen Instituts

der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

durchgeführt von

dimap communications

in Zusammenarbeit mit

dimap Institut für Markt- und Meinungsforschung

INHALTSVERZEICHNIS

A. EINFÜHRUNG	5
Rolf Berndt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	
B. STUDIE	17
I. Ziel der Studie	17
II. Methodenbeschreibung	17
Teil I – Allgemeine Betrachtung	20
1. Eigenschaften einer gut funktionierenden Gesellschaft	20
2. Politische Ordnung	26
3. Rechtsordnung	30
4. Soziale Ordnung	35
5. Wirtschaftliche Ordnung	42
6. Freiheitsrechte und Freiheitsempfinden	50
Teil II – Der Freiheitsindex	55
1. Methodische Anmerkungen	55
1.1. Inhaltliche Herleitung	55
1.2. Grundlagen zur Berechnung des Freiheitsindex	57
1.3. Häufigkeitsverteilung der Einzelfragen	58
1.4. Ergebnisse der Index-Bestimmungen	61
1.5. Aufteilung der Indexwerte in Indexgruppen	61

1.6. Der Freiheitsindex in den Indexgruppen	62
2. Sozioökonomische Strukturen der Indexgruppen	63
2.1. Geschlecht	63
2.2. Alter	64
2.3. Bildung	64
2.4. Berufstätigkeit	65
3. Verhalten der Indexgruppen	65
3.1. Zufriedenheit mit Freiheitswerten	65
3.2. Eigenschaften einer gut funktionierenden Gesellschaft – Betrachtung der Indexgruppen	67
3.3. Der Umgang mit Freiheitsrechten – Betrachtung der Indexgruppen	70
3.4. Das subjektive Freiheitsgefühl – Betrachtung in den Indexgruppen	71
ANHANG: Fragenkatalog	72

A. EINFÜHRUNG

I. Grundfragen

Wie stark sind liberale Grundsätze in der Gesellschaft verankert? Wie hoch werden sie bewertet? Welchen Veränderungen unterliegen sie? Wie frei ist die Gesellschaft tatsächlich? Welche die Freiheit definierenden Werte werden geschätzt oder nicht geschätzt? Welche sind gefährdet?

Diesen Fragen wird in der hiermit vorgelegten Studie zum „Deutschen Wertemonitor“ nachgegangen.

Die Auswertung der Antworten bestätigt eine im Vorfeld der Befragung entstandene Vermutung: Das Bekenntnis zur Freiheit und das Gefühl, in persönlicher Freiheit zu leben, übersteigen die Bereitschaft, in einzelnen Lebensbereichen freiheitlichen Vorstellungen und Konzepten den Vorrang zu geben. Die Menschen fühlen sich „frei und unbeschwert“, sie betonen mit großer Mehrheit die hohe Bedeutung der Freiheit für eine gut funktionierende Gesellschaft – aber in vielen konkreten Einzelfällen, wenn es darum geht, sich zum Beispiel zwischen Freiheit und Sicherheit zu entscheiden, wählen sie oft mehrheitlich die weniger freiheitliche Alternative.

Die Studie zum „Deutschen Wertemonitor“ verfolgt vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des Erkenntnisinteresses, wie es anhand der oben dargestellten Fragen definiert wurde, das Ziel, über die generelle, pauschal abgefragte Haltung der Menschen zur Freiheit und zu einigen gesellschaftlichen Werten hinaus speziell die Akzeptanz grundsätzlicher Konstituenden freiheitlicher Gesellschaften abzufragen. Insbesondere aus der Entscheidung zwischen mehreren Antwortvorgaben oder Entscheidungsalternativen und Abwägungsfragen soll erkennbar gemacht werden, ob „Freiheit“ ein reiner Bekenntniswert oder eine konsequent verfolgte Verhaltensmaxime ist.

II. Grundlegende Erkenntnisse zum Stellenwert der Freiheit

1. Freiheit als weit verbreitetes Lebensgefühl

Bei der Abfrage einer Reihe von Werten, denen eine hohe Bedeutung für den Zusammenhalt des gesellschaftlichen Gefüges beigemessen wird, ragt traditionell der Wert der Freiheit heraus. Insgesamt 98 Prozent der in diesem Wertemonitor Befragten bezeichnen Freiheit als sehr wichtig (71 Prozent) oder wichtig (18 Prozent) für eine gut funktionierende Gesellschaft. Freiheit ist aber für die Menschen nicht nur ein abstrakter Wert, sondern kennzeichnet ein mehrheitliches Lebensgefühl: Die Hälfte (50 Prozent) aller Befragten fühlt sich „frei und unbeschwert“. Auffällig ist allerdings der Unterschied zwischen West (53) und Ost (41) in dieser Selbst-Kategorisierung.

Weitere 36 Prozent konzedieren Schwierigkeiten, sagen aber, dass sie damit selbst fertig werden. Diese Gruppe ist im Osten (37) größer als im Westen (35). Auffällig ist, dass sich im Osten 19 Prozent mehr Hilfe vom Staat bei der Lösung ihrer Probleme wünschen, im Westen nur 10 Prozent.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass man über die reine Abfrage der Wertbeimessung für die Freiheit hinausgehen muss, wenn man Erkenntnisse über den Zustand der freiheitlichen Gesellschaft, über von den Menschen empfundene positive und negative Aspekte der Freiheit gewinnen will.

2. Erkenntnisse zu allgemeinen Werthaltungen – Rangfolgen, Prioritäten, Veränderungen

Der Ansatz, durch Abfrage einer Beurteilung der Wichtigkeit bestimmter Werte Rückschlüsse auf die Freiheitlichkeit der Gesellschaft zu gewinnen, gelingt nur zum Teil. Die Beimessung eines Grades an Wichtigkeit ist noch nicht ausreichend aussagekräftig, wenn es darum geht, zu beurteilen, ob die beigemessene Bedeutung auch mit der tatsächlichen Verwirklichung des Wertes einhergeht.

Bis auf drei Ausnahmen werden alle genannten Werthaltungen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten für „sehr wichtig“ für eine gut funktionierende Gesellschaft erachtet.

Sehr wichtig sind für alle Befragten vor allem *Freiheit* (71), *Gleichberechtigung* (68), *Soziale Gerechtigkeit* (63), *Anstand* (63), *Weltoffenheit/Toleranz* (62) und *Eigenverantwortung* (60). Im Osten liegt bei der Bewertung „sehr wichtig“ *Gleichberechtigung* (69) vor *Freiheit* (65). Auffällig ist der Unterschied bei Sicherheit und Ordnung, was im Westen von 52, im Osten aber gleich von 63 Prozent für „sehr wichtig“ erklärt wird.

Die Unterschiede zur (gleich lautenden) Abfrage in der Freiheitsstudie 2006¹ sind relativ gering. Auffällig ist die Entwicklung bei *Eigenverantwortung*: Wurde diese 2006 noch von 68 Prozent für „sehr wichtig“ gehalten, so sind dies 2008 nur noch 60 Prozent. Die Verschiebung erfolgte dabei zu „eher wichtig“. Gleiches gilt bei *Freiheit*, wo 2006 76 Prozent und jetzt 71 Prozent „sehr wichtig“ sagten. Zuwächse erfuhren *Leistungsbereitschaft* und – am deutlichsten – *Wettbewerb*, dies vor allem im Osten.

3. Wie viel Freiheit? Grenzen der Erkenntnis

Will man das Ausmaß der Verankerung freiheitlicher Werthaltungen in der Gesellschaft erfragen, so muss man als Fragegegenstand die zentralen Bestandteile einer freiheitlichen Gesellschaft definieren und bei den Menschen ihre Wertschätzung für diese definierten Werte, ihre Prioritätensetzung im Wertekonflikt und ihre Kritikpunkte am bestehenden Zustand der Werteverwirklichung ermitteln. Heißt: Man muss das abstrakte freiheitliche Wertesystem in Verbindung bringen zur konkreten Lebenswirklichkeit der Menschen.

Die Definition der freiheitlichen Gesellschaft erfolgt über die Definition der für diese unverzichtbar wichtigen Kernwerte. Konzept der Studie ist es, die wichtigsten, mit den höchsten Zustimmungszahlen genannten „Werte“ zu definieren, sie mit dem freiheitlichen Verständnis von Gesellschaft, wie es sich im liberalen Staats- und Gesellschaftsverständnis darstellt zu vergleichen und daraus die Grundwerte und Wertesysteme zu bilden, die den freiheitlichen Staat und die freiheitliche Gesellschaft maßgeblich bestimmen.

Die Grundfrage stellt sich neu: Welchen Stellenwert haben freiheitliche Grundsätze in der Gesellschaft, welche Kritikpunkte werden wie stark angeführt, und inwieweit gehen die Menschen mit dem hier vertretenen Freiheitsideal konform?

Nimmt man die Wertungen „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen, so werden in der Summe der Nennungen bis auf zwei Ausnahmen bei allen Werthaltungen zwischen 95 und 98 Prozentpunkte erreicht. Den Spitzenwert erreichen dabei *Freiheit* und *Gleichberechtigung*. Als einzige Werthaltung erreicht *Religiosität* keine Mehrheit zur Beurteilung als wichtig.

Die Zahlen geben recht interessante Erkenntnisse. Zur Klärung der Folgefragen, wie freiheitlich die Gesellschaft empfunden wird und wie die freiheitliche Verfasstheit von den Menschen im Einzelnen bewertet wird, geben sie zu wenig her. Dies zeigt, dass eine Bewertung des Grades an Freiheitlichkeit für die Gesellschaft, in der wir leben, nicht auf der bloßen Basis einer Abfrage des Stellenwertes oder der Akzeptanz allgemeiner gesellschaftlicher Werte vorgenommen werden kann oder sollte.

¹ Hans-Jürgen Beyer/Erik Schrader: Freiheit als Leitbild für unsere Gesellschaft, „Liberal Report“ des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Berlin 2007.

Als Konzept des Fragebogens empfiehlt sich demnach im Hinblick auf besondere freiheitliche Signifikanz eine nähere Betrachtung der Felder *Politische Ordnung, Rechtsordnung, Soziale Ordnung und Wirtschaftliche Ordnung* im Rahmen einer Abfrage der grundsätzlichen Zufriedenheit, einer Nennung möglicher Kritikpunkte am gegenwärtigen Zustand und einer Abwägung zwischen einer freiheitlichen und einer weniger oder wenig freiheitlichen Wertungsalternative im jeweiligen Feld vorzunehmen.

III. Grundwerte der freiheitlichen Gesellschaft

1. Politische Ordnung

Die Bewertung des Zustandes unserer Demokratie erreicht mit insgesamt 64 Prozent der Befragten die höchste Quote an Zufriedenheit. Allerdings: Nur 7 Prozent, im Osten sogar nur 4 Prozent sind mit der Demokratie sehr zufrieden. Im Osten ist nur eine sehr knappe Mehrheit (53) überhaupt zufrieden.

Als Bestandteile einer funktionierenden Demokratie werden als „sehr wichtig“ vor allem *Gewaltenteilung* (54), *Pressevielfalt* (53) und *Volksentscheide* (50) angesehen. *Parteienvielfalt* dagegen erreicht bei „sehr wichtig“ nur 36 Prozent und insgesamt im Bereich „wichtig“ den schlechtesten Wert.

35 Prozent aller Befragten äußern sich unzufrieden mit der Demokratie. Dieser Gruppe wurden Fragen zur Einschätzung bestimmter, für eine freiheitliche Demokratie wesentlicher Punkte in der aktuellen Lage gestellt.

Dabei sind 82 Prozent mit der *Bürgernähe der Parteien / Politiker* weniger bzw. gar nicht zufrieden. 74 Prozent sind mit dem *Umfang direkter Bürgerbeteiligung* weniger bzw. gar nicht zufrieden. 71 Prozent sind mit dem *Umfang der Bürokratie* weniger oder gar nicht zufrieden. Einen positiven Wert erreicht dagegen der Punkt *persönliche Freiheiten*: 64 Prozent (der generell Unzufriedenen) sind damit sehr zufrieden bzw. zufrieden.

In der Abwägung der Wichtigkeit für die Demokratie entscheiden sich 46 Prozent für *Ordnung und Sicherheit*, 47 Prozent für *Bürgerrechte*. Im Westen ist diese Mehrheit für *Bürgerrechte* mit 50:44 deutlicher. Im Osten gibt es eine klare Mehrheit (55:36) für *Ordnung und Sicherheit*.

2. Rechtsordnung

Insgesamt sind 63 Prozent mit dem die Rechtsordnung darstellenden Rechtsstaat zufrieden, 36 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden. Im Westen ist eine Mehrheit (67) zufrieden, im Osten ist eine Mehrheit (51) unzufrieden

Als Bestandteile eines funktionierenden Rechtsstaats werden als „sehr wichtig“ vor allem die *Unabhängigkeit der Richter und Anwälte* (66), der *Schutz der Grundrechte bei Ermittlung und Strafverfolgung* (56) und *möglichst wenige, klare und einfache Gesetze* (53) bewertet.

36 Prozent äußern sich unzufrieden mit dem Rechtsstaat. Dieser Gruppe wurden Fragen zur Einschätzung bestimmter, für einen freiheitlichen Rechtsstaat wesentlicher Punkte in der aktuellen Lage gestellt. Dabei sind 66 Prozent mit der *Eindämmung der Gesetzesflut* weniger bzw. gar nicht zufrieden. 65 Prozent sind mit der *Ermöglichung schnellerer Gerichtsverfahren* weniger bzw. gar nicht zufrieden. 60 Prozent sind mit dem *Erreichen einer Gleichheit vor dem Gesetz/ Gleicher Rechte für alle* weniger bzw. gar nicht zufrieden. 55 Prozent sind mit dem *Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen* weniger bzw. gar nicht zufrieden.

In der Abwägung der Wichtigkeit für den Rechtsstaat entscheiden sich 53 Prozent für *Härte gegenüber Rechtsbrechern* und 36 Prozent für *Resozialisierung und Therapie statt harter Strafen*. Im Osten gibt es eine deutliche Mehrheit (59:30) für härtere Strafen. Im Westen ist die Quote 51:38.

3. Soziale Ordnung

Eine knappe Mehrheit (51 Prozent) ist mit dem „Funktionieren“ von Gerechtigkeit in der Gesellschaft insgesamt zufrieden. Im Westen sind die Menschen mehrheitlich (52 Prozent) zufrieden, im Osten mehrheitlich (54 Prozent) unzufrieden.

Als sehr wichtige Faktoren funktionierender Gerechtigkeit werden vor allem ein *einfaches und gerechtes Steuersystem* (68), die *Lastenverteilung zwischen Arm und Reich* (49) und die *staatliche Sozialvorsorge* (45) betrachtet.

Bei den 48 Prozent, die sich unzufrieden mit der Gerechtigkeit in der Gesellschaft äußern, äußern 88 Prozent Kritik im Bereich *Belastungen zukünftiger Generationen durch den Sozialstaat*. 85 Prozent kritisieren das *Steuersystem*, 69 Prozent den Bereich *Bildungschancen für alle*. Jeweils 65 Prozent sind nicht zufrieden im Bereich *Gleiche Rechte für alle* und im Bereich *höhere finanzielle Belastungen für Vermögende*.

In der Abwägung zwischen *Individueller Freiheit und Eigenverantwortung* auf der einen und *gesellschaftlicher Solidarität und Gleichheit* auf der anderen Seite entscheiden sich 43 Pro-

zent für die Freiheit, 50 Prozent für Solidarität und Gleichheit. Im Westen liegt die Quote bei 46:48, im Osten bei 30:62.

4. Wirtschaftliche Ordnung

Insgesamt 58 Prozent äußern sich mit der sozialen Marktwirtschaft sehr zufrieden (6) bzw. überwiegend zufrieden (52). Überwiegend unzufrieden sind 30, sehr unzufrieden 10 Prozent. Im Westen sind 59 Prozent insgesamt zufrieden, im Osten sind es nur 50 Prozent. Im Westen sind 38 Prozent unzufrieden, im Osten 48 Prozent.

Als sehr wichtige Faktoren der Marktwirtschaft werden mehrheitlich *Gleiche Chancen für alle* (64), *Leistungsbereitschaft* (55) und *Schutz von Privateigentum* (56) angesehen.

Bei den 40 Prozent, die sich unzufrieden mit der Marktwirtschaft äußern, werden vor allem die *Einkommensverteilung* (43 weniger zufrieden, 40 gar nicht zufrieden), die *Bürokratie* (39/43) und die *Spielregeln für den Wettbewerb* (44/16) kritisiert.

In der Abwägung zwischen *mehr freiem Wettbewerb* und *mehr Absicherung* entscheiden sich 25 Prozent für Wettbewerb, 47 Prozent für Absicherung. 25 Prozent wollen beides in gleichem Masse betont wissen. Im Osten hat die Forderung nach mehr freiem Wettbewerb eine etwas schwächere Position, dafür ist die Forderung „beides gleich“ dort stärker vertreten.

IV. Gefährdungen der Freiheit

Der hohe Stellenwert, der bei den Befragten im Rahmen der allgemeinen Werthaltungen Grundwerten wie *Freiheit*, *Eigenverantwortung* oder *Leistungsbereitschaft* zukommt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bekenntnis zur Freiheit oftmals lediglich im Allgemeinen besteht, im Konkreten dann aber fallen gelassen wird.

1. Politische Ordnung

Mit 64 Prozent Zufriedenheit mit der Demokratie wird im Zusammenhang der für einen freiheitlichen Staat konstitutiven Felder der höchste Wert erreicht – ob dieser Prozentwert ein gutes Ergebnis ist, sei allerdings dahingestellt. In den neuen Bundesländern sind sogar nur 53 Prozent insgesamt zufrieden. Auf jeden Fall machen die Unzufriedenen ihre Kritik nicht an einer mangelnden Gewährleistung persönlicher Freiheiten fest.

Ob hierin eine Freiheitsbedrohung zu sehen ist, kann man vielleicht daran erkennen, was

die Menschen für eine funktionierende Demokratie für sehr wichtig halten und ob sie es als erfüllt ansehen. Erkennbar ist:

- *Volksentscheide* werden für wichtig gehalten – daher ist auch die Unzufriedenheit mit dem *Zustand der direkten Bürgerbeteiligung* hoch.
- Die Kritik an (fehlender) *Bürgernähe* der Politiker ist hoch, der Wunsch nach einer *starken politischen Führung* ist relativ hoch – aber *Parteienvielfalt* ist nur für ein Drittel sehr wichtig.
- 64 Prozent sind mit den persönlichen Freiheiten zufrieden – und 46 Prozent ziehen *Ordnung und Sicherheit den Bürgerrechten* (47) vor.

Zukünftige Studien werden zeigen müssen, ob dies eine Momentaufnahme ist oder ein sich verfestigender Trend, der dann allerdings mächtig am Fundament der politischen Ordnung rütteln würde. Offensichtlich ist der Parteienstaat in einer Legitimationskrise und die Menschen sind mit ihrer Rolle im politischen Leben nicht zufrieden. Es wird weiterhin eine große Aufgabe der politischen Bildung sein, den Begriff der Freiheit in diesem Bereich schärfer zu konturieren und den Prinzipien von Eigenverantwortung und Bürgerbeteiligung in der freiheitlichen Bürgergesellschaft zur Geltung zu verhelfen.

2. Rechtsordnung

Ob 63 Prozent Zufriedenheit mit dem Rechtsstaat ein gutes Ergebnis ist, sei ebenfalls dahingestellt. In den neuen Bundesländern liegt die Zufriedenheit sogar nur bei 51 Prozent. Bei den Unzufriedenen wird deutlich:

- Der Rechtsstaat ist vielen zu kompliziert,
- das Bedürfnis nach einfachen, wenigen Gesetzen wird nicht beachtet,
- zwei Drittel kritisieren die Gesetzesflut,
- zwei Drittel kritisieren darüber hinaus die Dauer der Gerichtsverfahren.

Insgesamt wird eine eher konservative Grundhaltung erkennbar: Fast die Hälfte will *härtere Strafen für bestimmte Verbrechen* und in der Abwägung *Härte* statt *Resozialisierung*. 60 Prozent wollen *mehr Opferschutz als Täterschutz*. Zufrieden sind die Unzufriedenen allerdings mit dem *Schutz der Grundrechte*. Auch hier zeigt sich: Bei aller Unzufriedenheit mit den Auswüchsen des verrechtlichten Staates geben sich viele Menschen bislang mit den vom Staat gewährten Freiheiten zufrieden. Bei der Frage, ob einzelne Aspekte des Rechtsstaates tatsächlich funktionieren, gibt es eine mehrheitliche Zufriedenheit nur beim *Schutz*

der Grundrechte. Auch hier liegen also noch viele Aufgaben in der Überzeugungsarbeit für Liberale.

3. Soziale Ordnung

Nur knapp die Hälfte der Befragten ist mit dem Funktionieren von Gerechtigkeit in der Gesellschaft aktuell zufrieden. In den neuen Bundesländern ist sogar eine Mehrheit (54 Prozent) unzufrieden. Dabei bewerten 68 Prozent das liberale Kernanliegen *einfaches und gerechtes Steuersystem* als sehr wichtig. Unzufrieden sind die Unzufriedenen vor allem mit dem *Steuersystem*.

Auffällig ist, dass eine große Zahl der Befragten die Betonung auf einen weniger freiheitlichen Gerechtigkeitsbegriff legt:

- Die Hälfte hält die *Lastenverteilung zwischen Reichen und Armen* für sehr wichtig.
- 45 Prozent nennen die *staatliche Sozialvorsorge* sehr wichtig – gleichzeitig sind viele der Befragten gerade wegen der *Belastungen zukünftiger Generationen durch den Sozialstaat* unzufrieden.
- Knapp ein Drittel will *höhere Belastungen für Reiche*.
- Weniger als ein Drittel hält dagegen *Wirtschaftsfreiheit* für sehr wichtig.

Vor allem in diesem Bereich wird deutlich, dass die Menschen unter dem Zusammenspiel von Freiheit und Gerechtigkeit unterschiedliche Dinge verstehen. So entscheiden sich in der Abwägung 43 Prozent für *Freiheit und Eigenverantwortung*, 50 Prozent für *Solidarität und Gleichheit*. In den neuen Bundesländern liegt die Quote sogar bei 30:62. Auch im Vergleich zur Umfrage im Jahr 2006 hat sich die Meinung verändert – zuungunsten von Freiheit, vor allem im Osten des Landes und vor allem in der Altersgruppe der 35-59-Jährigen.

Im Erklären der Freiheit, wie Liberale sie verstehen, dürfte auch diesbezüglich einer der Hauptbereiche einer freiheitlichen politischen Bildungsarbeit liegen.

4. Wirtschaftliche Ordnung

Nur 58 Prozent sind mit der Marktwirtschaft insgesamt zufrieden, in den neuen Bundesländern nur 50 Prozent. Als sehr wichtige Faktoren der Marktwirtschaft werden *Gleiche Chancen für alle* (64), *Leistungsbereitschaft* (55) und *Schutz von Privateigentum* (56) angesehen. *Wettbewerb* und *Vertragsfreiheit* werden dagegen nur von einer Minderheit als sehr wichtig angesehen.

Auffällig ist: Bei den 40 Prozent, die sich unzufrieden mit der Marktwirtschaft äußern, werden vor allem die *Einkommensverteilung* (43 weniger zufrieden, 40 gar nicht zufrieden), die *Bürokratie* (39/43) und die *Spielregeln für den Wettbewerb* (44/16) kritisiert. Im Gegensatz zu den anderen drei Feldern werden alle als mögliche Kritikpunkte genannten Punkte von jeweils über 60 Prozent kritisch gesehen.

Deutlich werden die Bedrohungen der Freiheit bei der Abwägungsfrage: In der Abwägung zwischen *mehr freiem Wettbewerb* und *mehr Absicherung* entscheiden sich 25 Prozent für Wettbewerb, 47 Prozent für Absicherung. 25 Prozent wollen beides in gleichem Maße betont wissen. Im Osten hat die Forderung nach mehr freiem Wettbewerb eine etwas schwächere Position, dafür ist die Forderung „beides gleich“ dort stärker vertreten. Im Vergleich zu 2006 hat sich das Verhältnis noch zugunsten von Absicherung verschoben.

V. Der Freiheitsindex

Es wurde dargestellt, dass die Ergebnisse der Befragung in einigen Aspekten der Bereiche, die als Grundwerte der freiheitlichen Gesellschaft definiert wurden, darauf hindeuten, dass Freiheit hier in der Tat mehr Lebensgefühl ist, als dass sie die Lebenswirklichkeit bestimmt. Gemessen am überaus hohen Stellenwert, den eine sehr hohe Zahl der Befragten der Freiheit insgesamt, aber auch anderen generellen Freiheitswerten zuweist, sind in den Antworten zu den spezialisierten, zugespitzten Fragestellungen an mehreren Positionen Tendenzen erkennbar, der Freiheit im Zweifel oder in der Abwägung einen nachrangigen Wert beizumessen.

Um derartige Tendenzen und Entwicklungen, auch im Vergleich zur „Freiheitsstudie 2006“ und nachfolgenden Erhebungen zum „Deutschen Wertemonitor“ sichtbar zu machen, hat Dimap Communications im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Instrument „Freiheitsindex“ entwickelt.

Der Freiheitsindex ergibt sich aus der Addition von vier einzelnen Indizes, von denen jeder für sich ein Indikator einer freiheitlichen Gesellschaft ist (*Politische Ordnung, Rechtsordnung, Soziale Ordnung, Wirtschaftliche Ordnung*). Bei einigen Fragen musste die Wichtigkeit von fünf einzelnen, in unterschiedlichen Graden Aspekte der Freiheit darstellenden Statements jeweils mit sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig eingestuft werden. Bei den Abwägungsfragen musste zwischen konkurrierenden Positionen diejenige ausgewählt werden, der man am ehesten zuneigt. Jeder der oben beschriebenen vier Einzel-Indizes fließt zu gleichen Teilen in den Freiheitsindex ein. Pro Einzel-Index können maximal 25 Punkte erreicht werden. Dadurch ergibt sich für den Freiheitsindex ein Maximalwert von 100 Punkten.²

² Zum Folgenden und zu den einzelnen Ergebnissen vgl. ausführlich S. 55 ff. dieser Studie.

1. Der Gesamtindex

Der als Freiheitsindex ermittelte Wert als Summe der vier Indexwerte liegt bei 55,7 von möglichen 100 Punkten. Hier bestätigt sich die generelle Vermutung, dass das Bekenntnis zur Freiheit als abstraktem Wert nicht unbedingt deckungsgleich ist mit der Einhaltung des freiheitlichen Werteschemas im konkreten Einzelfall. Trotz fast einhundertprozentiger Betonung der Wichtigkeit der Freiheit für das Funktionieren der Gesellschaft bleibt eben diese Gesellschaft bei der Verwirklichung von Freiheit auf halbem Wege stecken.

So wird zwar in allen vier Indexgruppen, die sich nach der Häufigkeit der Übereinstimmung mit dem vorab festgelegten freiheitlichen Wertesystem bilden lassen, die Eigenschaft *Freiheit* am häufigsten als für das Funktionieren der Gesellschaft „sehr wichtig“ genannt. In den einzelnen Indexgruppen jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Indizes, sowohl bezüglich der allgemeinen Wertigkeit, als auch bezüglich der Gewichtung im Einzelfall. Aufgrund der Tatsache, dass die freiheitlichen Werten am stärksten zuneigende Indexgruppe in der Personenzahl am kleinsten ist, ergibt sich nach Auswertung der Antworten die Differenz zwischen möglicher und erreichter Punktzahl.

2. Die Einzelindizes

Beim Index *Politische Ordnung* wird (bei maximal erreichbaren 25 Punkten) ein Durchschnittswert von 15,1 Punkten erreicht. Zum einen lässt sich feststellen, dass freiheitliche Aspekte einer funktionierenden Demokratie wie *Gewaltenteilung, Pressevielfalt oder Volksentscheide* von sehr vielen Befragten als „sehr wichtig“ erklärt werden. Der Durchschnittswert sinkt allerdings aufgrund relativ geringer Werte für die Eigenschaft *Parteienvielfalt* und durch eine starke Betonung von *Ordnung und Sicherheit* in der Abwägung mit *Bürgerrechten*.

Beim Index *Rechtsordnung* wird ein Durchschnittswert von lediglich 12,8 erzielt. Hier werden die freiheitlichen Aspekte der *Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten* oder des Erfordernisses *weniger, klarer und einfacher Gesetze* sowie des *Schutzes von Grundrechten bei Ermittlung und Strafverfolgung* von breiten Mehrheiten geteilt. Andererseits gibt es große Mehrheiten für von vielen als wenig freiheitlich beurteilte Forderungen wie *Härtere Strafen für bestimmte Verbrechen* und *Mehr Opferschutz als Täterschutz* und eine deutliche Mehrheit für *Härte gegenüber Rechtsbrechern* in der Abwägung mit *Resozialisierung und Therapie*.

Beim Index *Soziale Ordnung* ergibt sich ein Durchschnittswert von 11,6. Zwar wird die freiheitliche Kernforderung nach einem *einfachen und gerechten Steuersystem* von mehr als zwei Dritteln der Befragten geteilt. Im Gegenzug aber hält fast jeder Zweite die Frage der *Lastenverteilung zwischen Arm und Reich* oder die *Staatliche Sozialvorsorge* für sehr wichtig für das Funktionieren der Demokratie, während die *Wirtschaftsfreiheit* bei noch nicht

einmal einem Drittel einen hohen Stellenwert hat. Dazu kommt, dass sich bei der Abwägungsfrage nur 43 Prozent für *Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung* entscheiden, aber 50 Prozent für *Gesellschaftliche Solidarität und Gleichheit*.

Der Index *Wirtschaftliche Ordnung* erreicht einen Durchschnittswert von 16,1. Freiheitliche Kernbegriffe wie *Leistungsbereitschaft* (55) oder *Schutz von Privateigentum* (56) erreichen dabei hohe Werte, der Aspekt *Gleiche Chancen für alle* kommt gar auf 64 Prozent. *Wettbewerb* (43) und besonders *Vertragsfreiheit* (32) fallen dagegen ab. Besonders auffällig im Vergleich zu diesen Antworten ist allerdings das Resultat der Abwägung, wo sich nur 25 Prozent für *Mehr freien Wettbewerb*, aber 47 Prozent für *Mehr Absicherung* entscheiden.

VI. Fazit

Was die Freiheit angeht, bleibt die Gesellschaft in Deutschland auf der halben Strecke zwischen Lebensgefühl und Lebenswirklichkeit stecken.

1. Bei der Frage, welche Werte für das Funktionieren der Gesellschaft sehr wichtig sind, liegt *Freiheit* unverändert auf dem Spitzenplatz. Dabei ist allerdings zum einen ein Bedeutungsverlust gegenüber der Umfrage 2006 in Zahlen messbar. Zum anderen wird deutlich, dass in der Rangfolge einige, nach liberalem Verständnis die Freiheit bedingende oder sichernde Werte, wie zum Beispiel *Wettbewerb, Rechtsstaatlichkeit oder Eigenverantwortung*, als nachrangig wichtig gegenüber zum Beispiel *sozialer Gerechtigkeit* oder *Sicherheit und Ordnung* angesehen werden.
2. Die Befragten fühlen sich mehrheitlich „frei und unbeschwert“ oder geben an, mit möglichen Schwierigkeiten gut selbst fertig zu werden. Wenn es aber dann um die eine freiheitliche Gesellschaft bedingenden Wertebereiche geht, die wir in dieser Studie unter den Begriffen *Politische Ordnung, Rechtsordnung, soziale Ordnung* und *wirtschaftliche Ordnung* zusammengefasst haben, äußern sich viele Menschen unzufrieden oder wählen statt der Freiheit die weniger freiheitliche Alternative.
3. Trotz der Betonung einer überragenden Bedeutung der Freiheit verknüpfen die Menschen mit einer effektiven politischen Ordnung die Forderung nach einer *starken politischen Führung* und sehen in der *Parteienvielfalt* keinen besonders hohen Wert.
4. Trotz der Betonung einer überragenden Bedeutung der Freiheit fordert nahezu die Hälfte der Befragten bezüglich der Rechtsordnung *härtere Strafen* sowie *Härte im Strafvollzug statt Therapie und Resozialisierung* – und gleichzeitig sind sogar die Unzufriedenen mit dem *Schutz der Grundrechte* zufrieden.

5. Trotz der Betonung einer überragenden Bedeutung der Freiheit vertritt eine Vielzahl der Befragten bezüglich der sozialen Ordnung einen recht wenig freiheitlichen Gerechtigkeitsbegriff. *Freiheit, Eigenverantwortung* und *Eigentum* haben zugunsten von *staatlicher Sozialvorsorge, Gleichheit* und *höheren finanziellen Belastungen für Reiche* an Zustimmung verloren. Wirtschaftsfreiheit dagegen hat keine hohe Bedeutung.
6. Trotz der Betonung einer überragenden Bedeutung der Freiheit werden im Bereich der Wirtschaftsordnung *Wettbewerb* und *Vertragsfreiheit* nur von einer Minderheit als sehr wichtig angesehen. Stattdessen werden *unzureichende Spielregeln für den Wettbewerb* und die *Einkommensverteilung* kritisiert und *mehr Absicherung* statt *mehr Wettbewerb* gefordert.

Der Freiheitsindex stellt es dar: bis zur Verwirklichung einer umfassend freiheitlichen Gesellschaft ist es noch ein gutes Stück Weg.

Rolf Berndt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

B. STUDIE

Im Auftrag des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung hat dimap communications (Berlin), die Beratungsgesellschaft für Kommunikation und Politik innerhalb der dimap-Gruppe, in Zusammenarbeit mit dimap, das Institut für Markt- und Politikforschung, eine repräsentative Befragung unter 3.007 Wahlberechtigten in Deutschland durchgeführt.

I. Ziel der Studie

Diese Erhebung wurde mit dem Ziel durchgeführt, einen „Deutschen Wertemonitor“ zu erstellen, sowie den „Freiheitsindex der Deutschen“ zu berechnen.

Wie zufrieden sind die Deutschen mit der politischen Ordnung, der Rechtsordnung, der sozialen Ordnung sowie der wirtschaftlichen Ordnung? Wo werden Defizite gesehen? Wo sind Freiheitswerte in Gefahr? Wie wichtig sind den Deutschen liberale Grundpositionen? Durch die Analyse der Antworten soll die Grundlage für ein Instrumentarium geschaffen werden, das es erlaubt, Veränderungen in Längsschnittuntersuchungen zu erkennen und zu dokumentieren.

Welche Werte sind den Deutschen wichtig, wenn es um das Funktionieren der Gesellschaft geht? Wie reiht sich in diese Werteorientierung Freiheit ein? Gibt es eine Verschiebung der Werte zwischen Ost- und Westdeutschen? Zu diesem Zweck wurden die Befragten gebeten, dreizehn Werte und Eigenschaften nach ihrer Wichtigkeit für das Funktionieren der Gesellschaft einzustufen.

Wo immer möglich wurden die vorliegenden Ergebnisse der diesjährigen Studie verglichen mit denen der Befragung von 2006.

II. Methodenbeschreibung

Grundgesamtheit

Wahlberechtigte Bürger der Bundesrepublik Deutschland, d.h. Deutsche, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Stichprobenziehung

Die Repräsentativauswahl erfolgte in zwei Stufen. In der ersten Stufe wurde eine Zufallsauswahl aller Haushalte gezogen (at random), die nach den Bundesländern proportional geschichtet war. Innerhalb der Haushalte wurde bei Mehrpersonenhaushalten eine weitere Zufallsauswahl nach der „Last-Birthday-Methode“ gezogen, d.h. es wird die Person befragt, die als letzte Geburtstag hatte, weil dieses Merkmal zufällig streut und somit systematische Verzerrungen vermieden werden.

Ist in den ausgewählten Haushalten beim ersten Kontaktversuch niemand zu erreichen, wird bis zu 8 Mal versucht, einen Kontakt herzustellen. Wird die zu befragende Person nicht direkt angetroffen, wird zu einem späteren Zeitpunkt, gegebenenfalls mit Terminabsprache, erneut versucht, ein Interview durchzuführen.

Fallzahl

Es wurden 3.007 vollständige Interviews durchgeführt.

Erhebungszeitraum

Die Erhebung wurde im Zeitraum vom 10. Oktober bis 31. Oktober 2008 durchgeführt.

Gewichtung

Die realisierte Stichprobe wurde nach den Merkmalen Alter und Geschlecht iterativ gewichtet.

Fehlertoleranzen

Der maximale Stichprobenfehler beträgt bei einer Verteilung von 50 zu 50 Prozent 1,8 Prozentpunkte, bei einer 95 zu 5 Prozent Verteilung 0,8 Prozentpunkte

CATI-System

Die Durchführung der Studie als computergestützte Telefoninterviews (CATI) betrifft mehrere Bereiche des Feldprozesses.

Auswahl der Zielpersonen und Terminmanagement

Die zu wählenden Telefonnummern werden vom System vorgegeben. Der Interviewer hat keinen Einfluss darauf, wer angerufen wird.

Wird zwar ein Kontakt hergestellt, aber ein Interview mit der Zielperson z.B. wegen Abwesenheit nicht geführt, so wird die entsprechende Nummer gemäß der getroffenen Terminvereinbarung bzw. der Zeit, in der die Person wahrscheinlich anzutreffen ist, automatisch wieder vorgelegt.

Interviewsteuerung

Während des Interviews steuert das System den Interviewablauf. Dazu gehört insbesondere die Filterführung, d.h., dass nicht zutreffende Fragen nicht gestellt werden. Beispiel: Wer angibt, sich nicht für politische Bildung zu interessieren, wird auch nicht nach bevorzugten Bildungsformaten gefragt.

Fragereihenfolge und Fragegestaltung (Einblenden von Vorgaben, Listen etc.) können vom Interviewer nicht beeinflusst werden.

Sonderfunktionen wie die Rotation von Statement-Batterien nach dem Zufallsprinzip sind verfügbar.

Während des Interviews werden Prüfprozeduren durch Rückgriff auf vorher gegebene Antworten durchgeführt und Inkonsistenzen im Antwortverhalten geklärt.

Fehleingaben, z.B. ungültige Antwortcodes, werden vom System erkannt und der Interviewer zu einer Korrektur aufgefordert. Beim Ende des Interviews wird eine Prüfung auf Vollständigkeit durchgeführt.

Quotenvorgaben, z.B. nach Bundesländern, werden vom System automatisch gesteuert.

Die Befragung wird nach Erreichen der vorgegebenen Fallzahl vom System gestoppt.

Berlin, den 27. November 2008

Ralf Welt
Reinhard Rudat
Barbara Gundelach

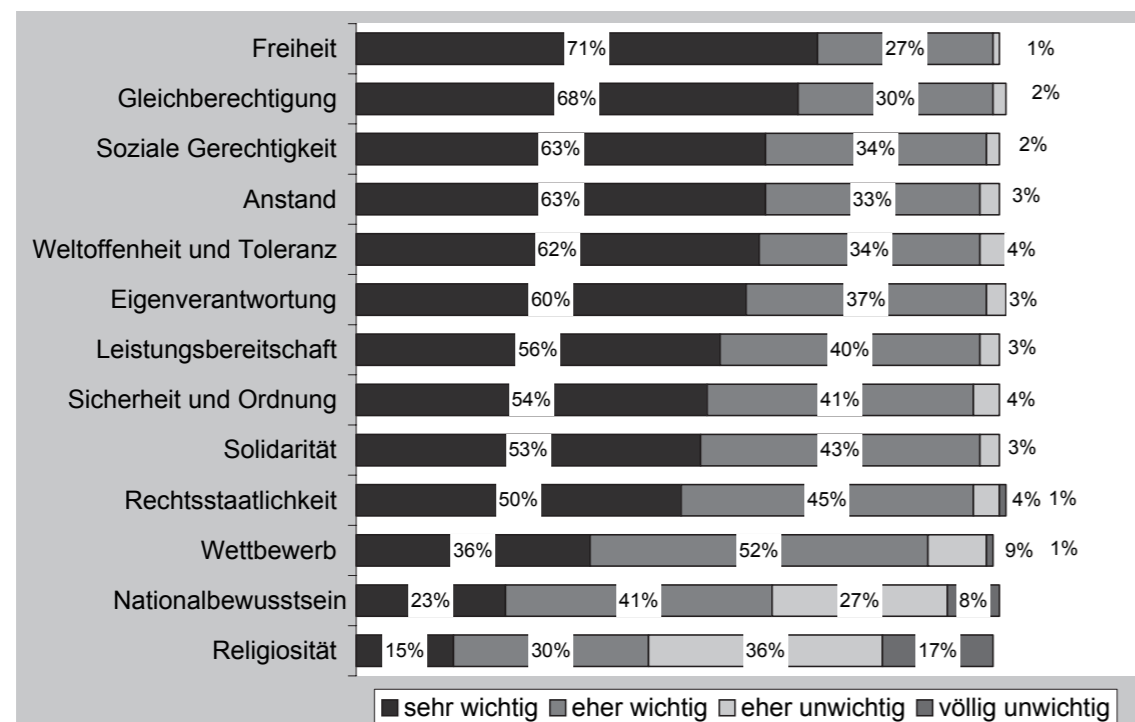
TEIL I – ALLGEMEINE BETRACHTUNG

1. Eigenschaften einer gut funktionierenden Gesellschaft

Die Vorstellungen davon, was eine gut funktionierende Gesellschaft ausmacht, sind zweifellos sehr verschieden und, wie die folgenden Daten zeigen, offenkundig auch sehr komplex und in sich nicht ganz widerspruchsfrei. Zehn der dreizehn abgefragten Merkmale, mit denen eine gut funktionierende Gesellschaft beschrieben werden sollte, werden von der Bevölkerung mit absoluten Mehrheiten als sehr wichtig eingestuft.

An oberster Stelle rangiert mit 71 Prozent die Freiheit, knapp gefolgt von der Gleichberechtigung, der fast ebenso viele, 68 Prozent, eine sehr hohe Priorität einräumen. Auf Platz drei steht mit 63 Prozent die soziale Gerechtigkeit auf der einen, der Anstand auf der anderen Seite.

Wichtigkeit von Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft
Dafür ist...



Als faktisch genau so wichtig werden Weltoffenheit und Toleranz erachtet. Zu den weiteren Eigenschaften, die eine Gesellschaft nach Meinung von 50 bis 60 Prozent idealerweise auszeichnen, gehören so unterschiedliche Normen wie Eigenverantwortung und Leistungsbe-

reitschaft einerseits, Sicherheit und Ordnung sowie Solidarität andererseits. Dem Rechtsstaat wird dabei eine vergleichsweise geringe Bedeutung zugesprochen.

Wettbewerb als gesellschaftliches Prinzip ist demgegenüber im Bewusstsein der Bevölkerung eher schwach verankert. Lediglich 36 Prozent halten ihn für sehr wichtig, immerhin 52 Prozent zumindest für eher wichtig. Das Nationalbewusstsein spielt nur für eine Minderheit von einem knappen Viertel eine besondere Rolle und auf Religiosität könne man nach Ansicht von mehr als der Hälfte weitgehend oder ganz verzichten.

Die Gesellschaft, die sich die Bundesbürger offenkundig als Ziel vorstellen, muss also viele verschiedene Charakteristika gleichzeitig aufweisen, die nicht ohne weiteres miteinander vereinbar sind.

Ost-West-Unterschiede

Nennenswerte Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern in der Relevanz der Werte treten nur bei einigen Bereichen zu Tage und sie halten sich dabei in engen Grenzen.

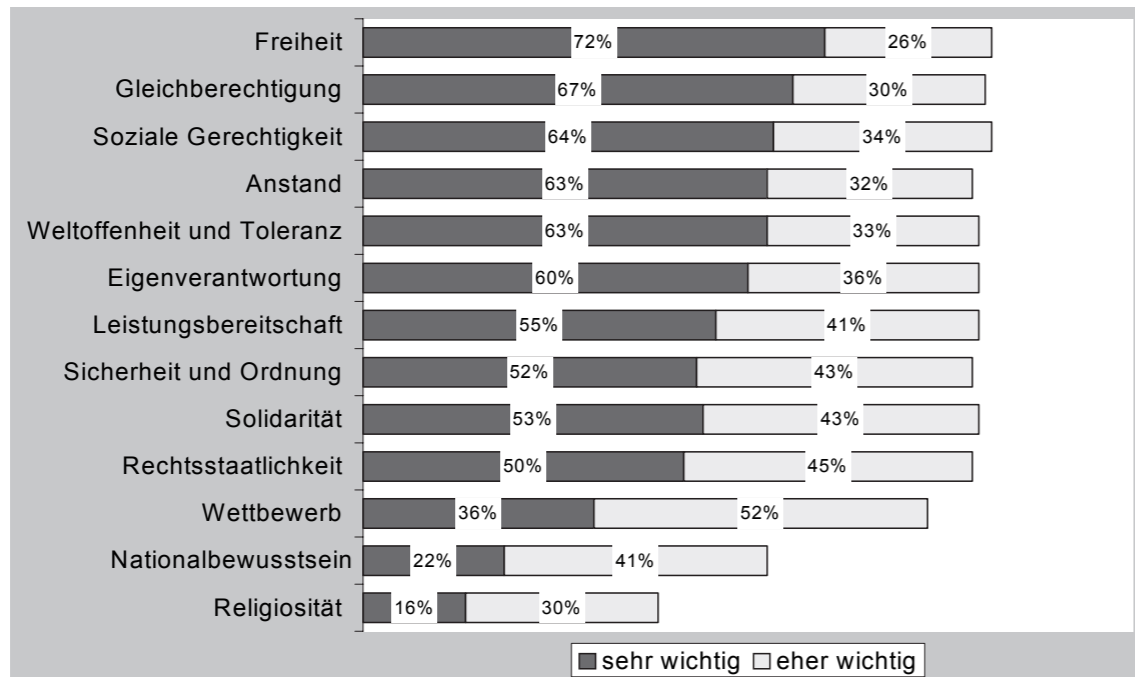
Der deutlichste Abstand zwischen Ost und West ergibt sich bei der Bedeutung von Sicherheit und Ordnung. Für 63 Prozent der Ostdeutschen stellt dies einen zentralen Punkt dar, im Westen folgen 52 Prozent dieser Ansicht.

Die Freiheit hat in den neuen Ländern einen um 7 Prozentpunkte geringeren Stellenwert als in den alten Ländern. Auch Religiosität sowie Weltoffenheit und Toleranz spielen im Osten eine etwas geringere Rolle als im Westen, um 6 bzw. 5 Punkte.

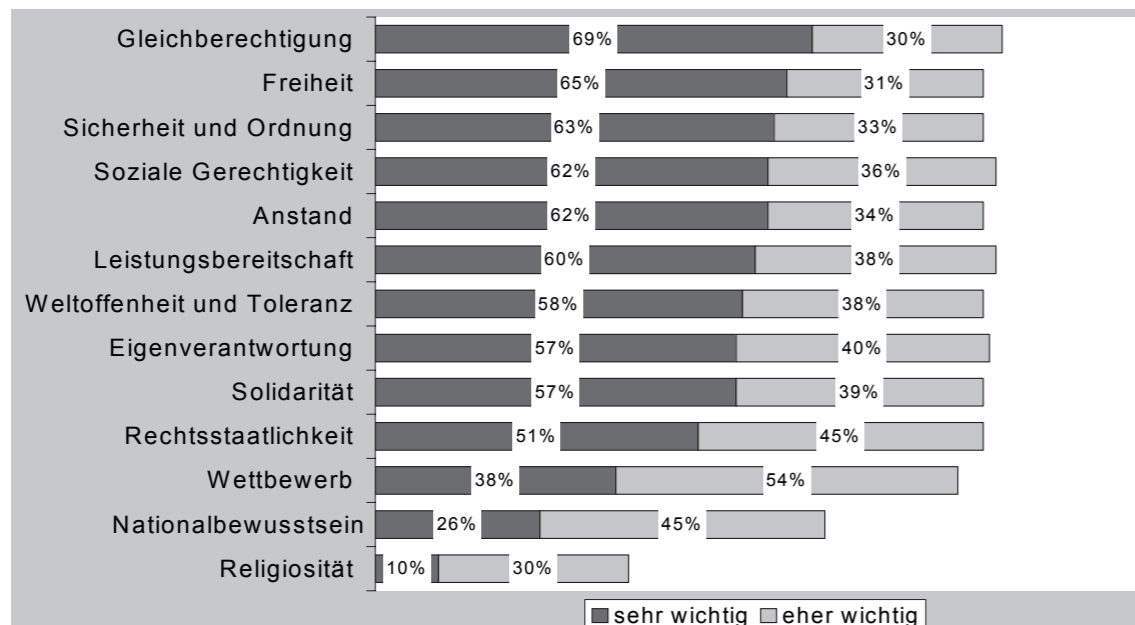
Die Leistungsbereitschaft wird von den Bürgern in den neuen Ländern hingegen etwas stärker, um 5 Punkte, als sehr wichtig eingestuft. Alles in allem kann man also durchaus von einer weitgehenden Übereinstimmung in den Wertehorizonten der Bürger in West und Ost ausgehen.

Wichtigkeit von Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft
Dafür ist...

West



Ost



Generationenunterschiede

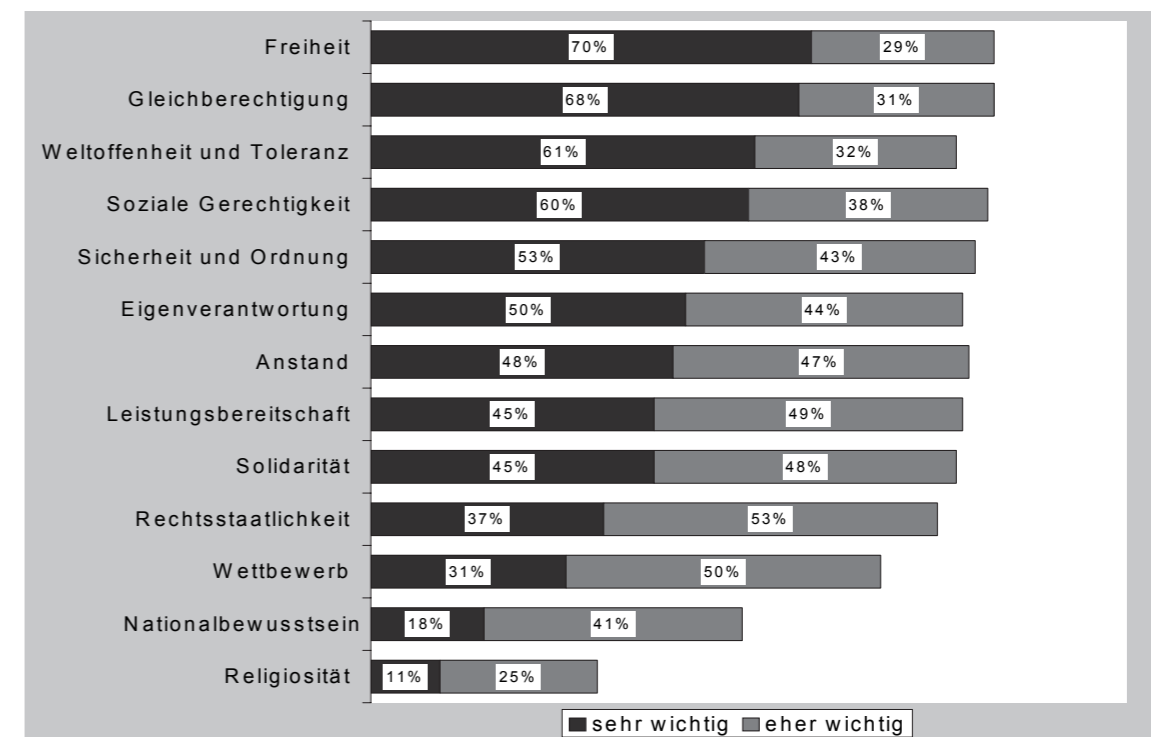
Zwischen den Altersgruppen gibt es einige markante Unterschiede in der Wertung gesellschaftlicher Ziele. Bei den Eigenschaften Anstand auf der einen und Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite lässt sich ein deutliches Altersgefälle feststellen. Je höher das Lebensalter der Bürger, desto wichtiger werden diese beiden Gesichtspunkte. Der Anstand gilt 48 Prozent der bis 24jährigen als sehr wichtig, bei den über 60jährigen liegt der entsprechende Wert bei 72 Prozent.

Die Rechtsstaatlichkeit wird von 62 Prozent der ältesten Generation besonders hoch eingestuft, bei der jüngsten Altersgruppe sind es nur 37 Prozent.

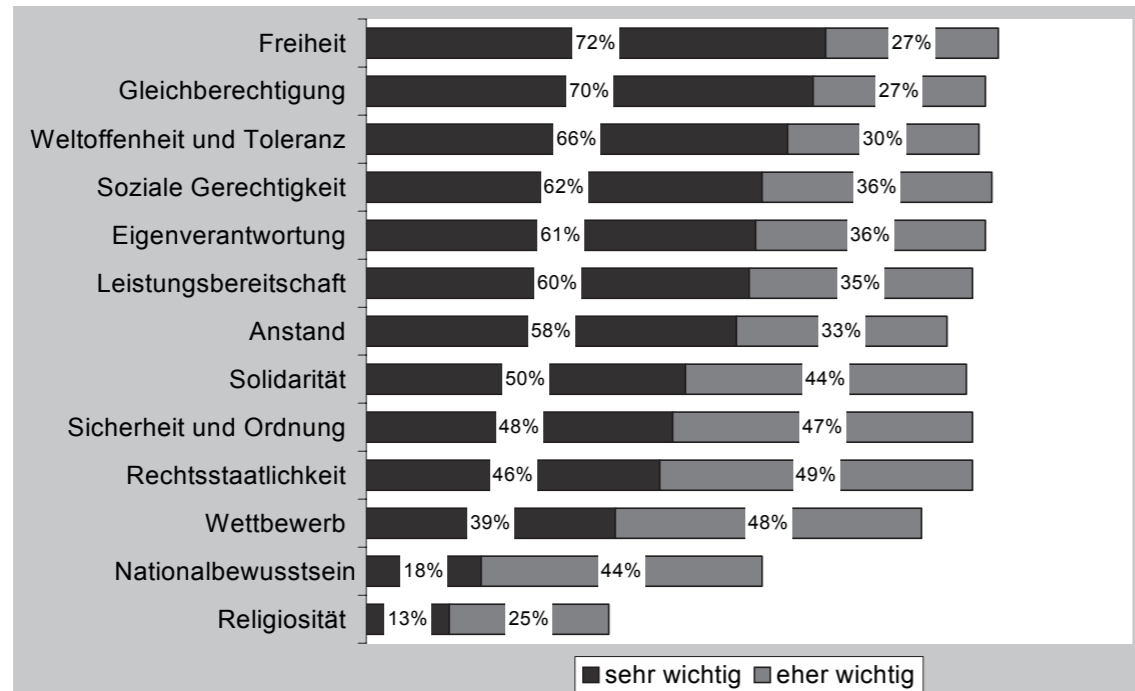
Wichtigkeit von Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft

18 - 24 Jahre

Dafür ist...



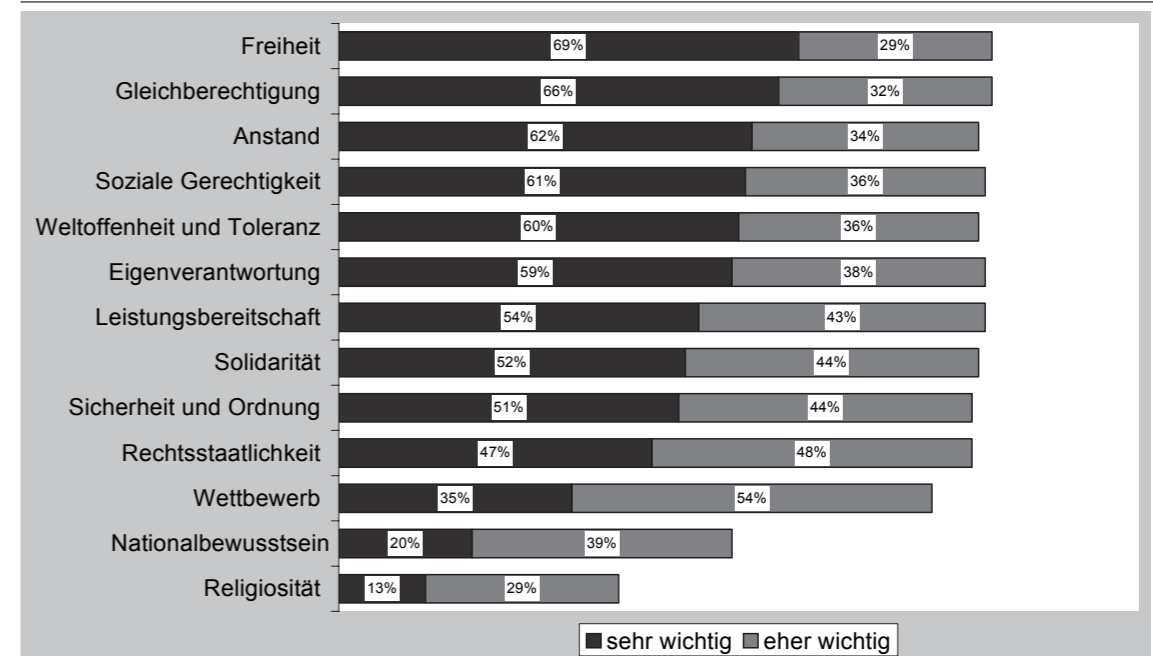
Wichtigkeit von Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft
25 – 34 Jahre
Dafür ist...



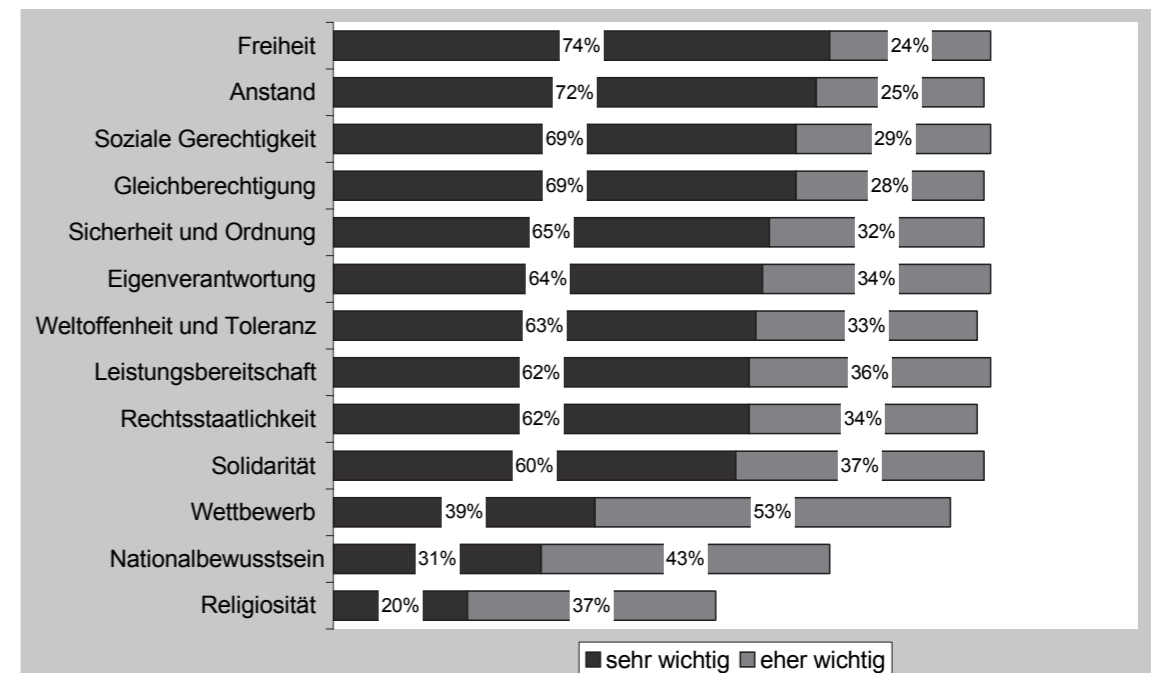
Zwei Bereiche gelten in der Gruppe der 60 Jahre und älteren deutlich mehr als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Zum einen handelt es sich dabei um Sicherheit und Ordnung mit einem Plus von 11 Punkten und zum anderen um das Nationalbewusstsein mit einem plus von 8 Punkten gegenüber dem Gesamtwert.

Auf der anderen Seite finden sich drei Themen, die den jüngsten Bürgern des Landes merklich weniger wichtig sind als den anderen Altersgruppen. Dabei handelt es sich um die Leistungsbereitschaft (-11), die Eigenverantwortung (-10) sowie um die Solidarität (-8).

Wichtigkeit von Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft
35 – 59 Jahre
Dafür ist...

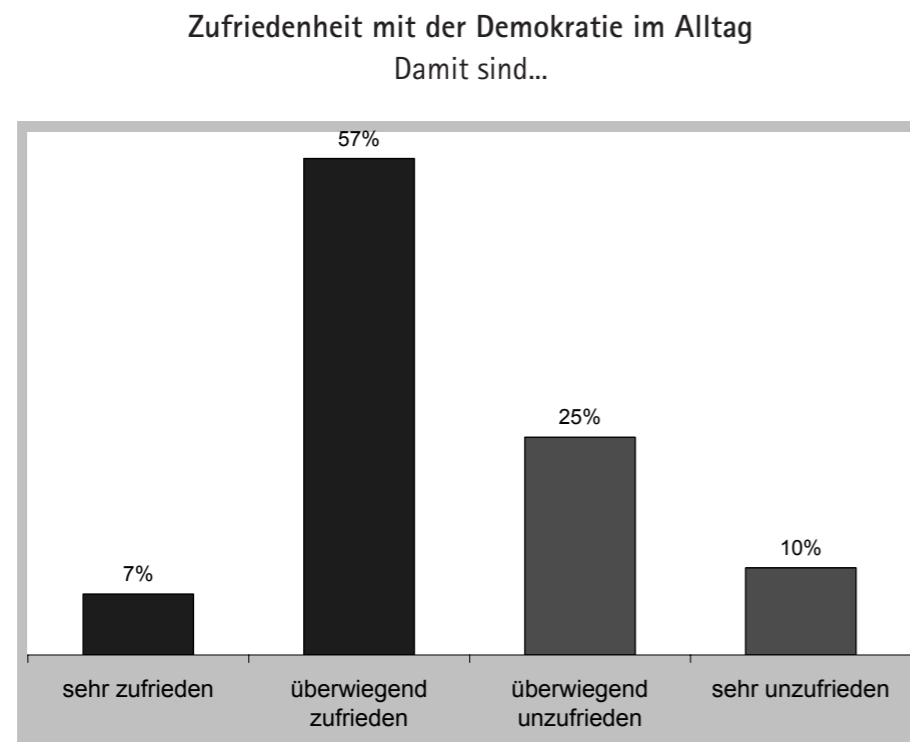


60 Jahre und älter



2. Politische Ordnung

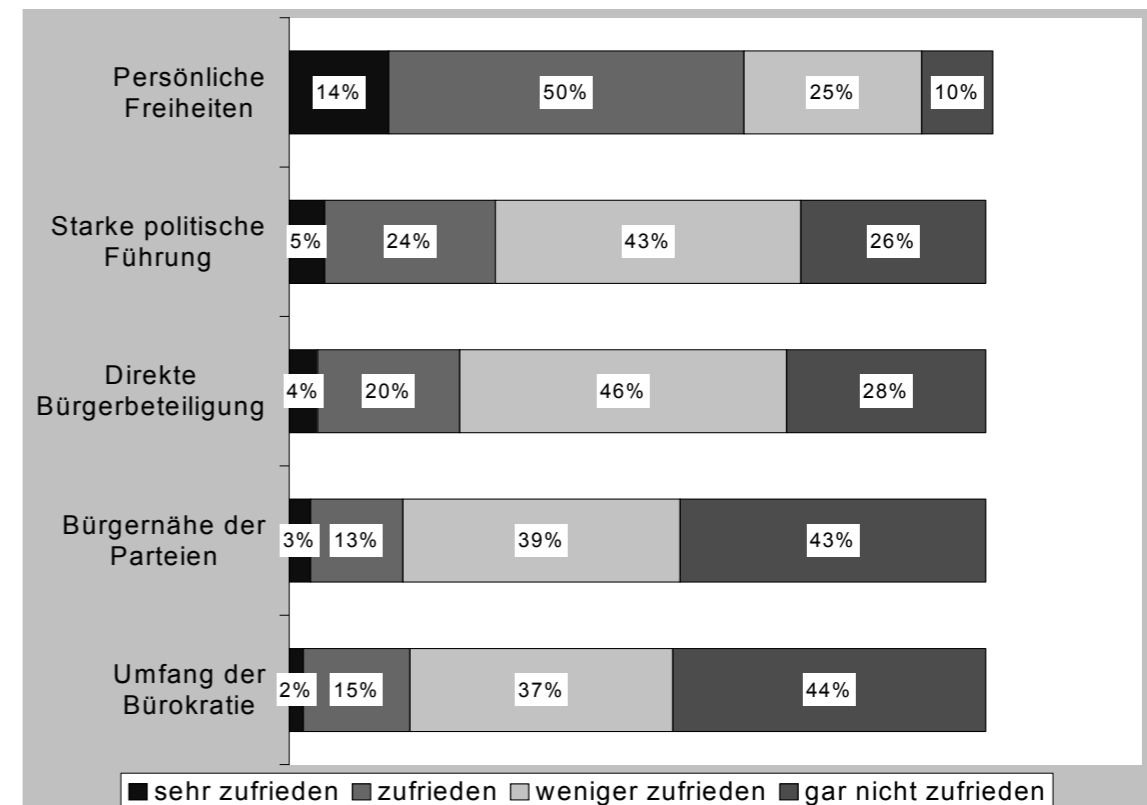
In den letzten Jahren war in der öffentlichen Debatte viel die Rede von Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit. Als wichtiges Indiz dafür wird immer auch die Tendenz zu einer sinkenden Wahlbeteiligung angeführt. Faktisch hält die Mehrheit der Bevölkerung die Demokratie indes für ein weitgehend gut funktionierendes Prinzip. Über ihr alltägliches Erscheinungsbild äußern sich zwar nur 7 Prozent sehr zufrieden, die Mehrzahl von 57 Prozent hat daran aber eher wenig auszusetzen.



Jeder Vierte sieht am Erscheinungsbild des hierzulande geltenden Staatsprinzips mehr Schatten als Licht und jeder Zehnte äußert Radikalkritik an der Demokratie in Deutschland.

Diejenigen, die mit der Demokratie überwiegend oder sehr unzufrieden sind, üben an den einzelnen Aspekten des Systems ein unterschiedliches Maß an Kritik. Weitgehend unproblematisch erscheint die Gewährleistung der persönlichen Freiheiten, die von zusammen zwei Dritteln der Bürger als zufriedenstellend erachtet wird.

Funktionieren der Demokratie
Mit den einzelnen Aspekten der Demokratie sind...

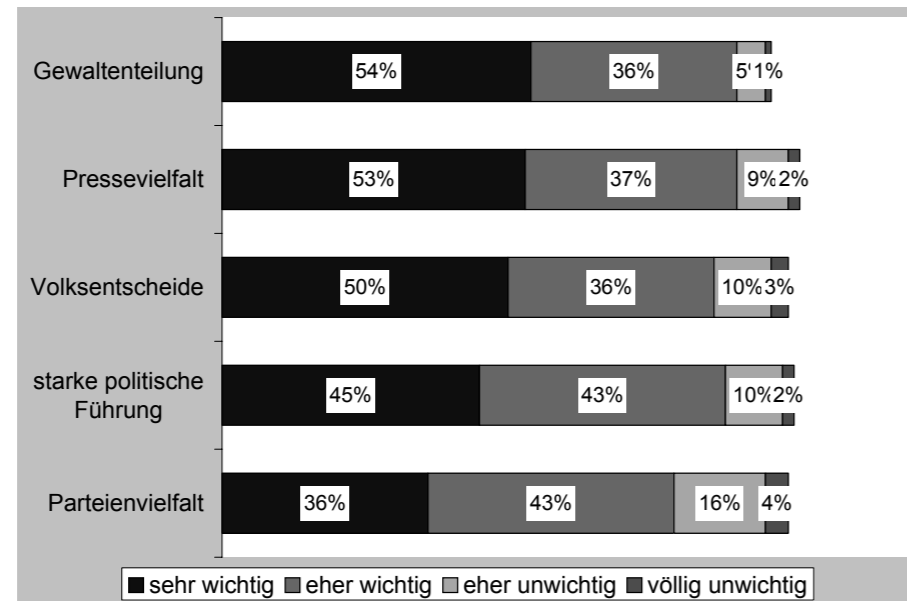


Deutlich schlechter bestellt ist es um die Einstellung zu einer starken politischen Führung und der direkten Bürgerbeteiligung, die von lediglich drei Zehntel bzw. einem Viertel als angemessen betrachtet wird. Die Bürgernähe der Parteien lässt nach Ansicht von gut vier Fünftel mehr oder minder stark zu wünschen übrig. In erheblichem Umfang beklagt wird auch der Umfang der Bürokratie.

Unter den Kriterien, die eine Demokratie ausmachen, bildet die Gewaltenteilung nach Meinung der Bevölkerung den wichtigsten Punkt. Dieses Prinzip wird von 54 Prozent als sehr wichtig und von weiteren 36 Prozent als eher wichtig erachtet. Der gleiche Stellenwert kommt aus Sicht der Bürger der Pressevielfalt zu.

Jeder Zweite sieht in Elementen der direkten Demokratie, die es in Deutschland nur in sehr eingeschränktem Maße gibt, eine wichtige Voraussetzung für Demokratie.

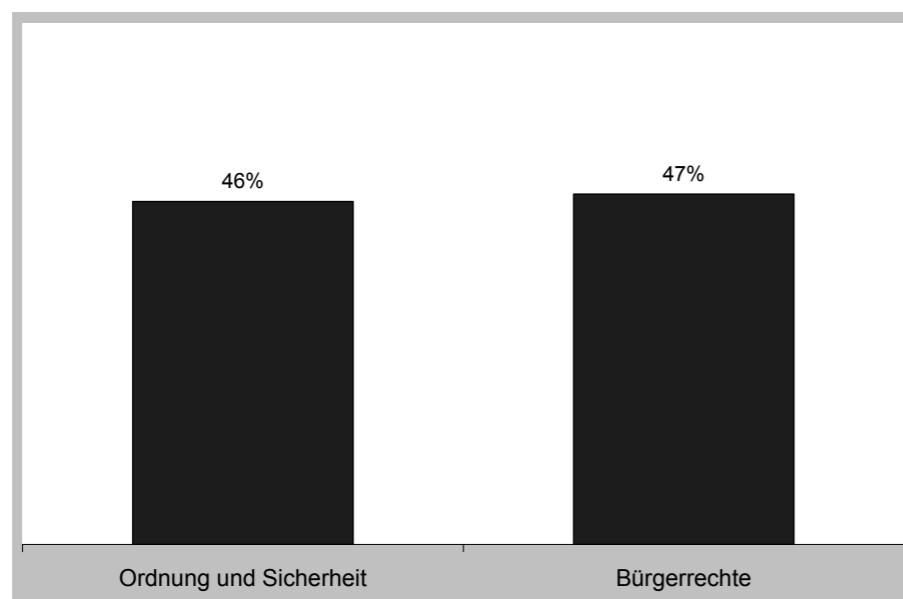
Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie
Dafür ist...



Mehr als vier Fünftel erwarten in sehr oder eher starkem Maße auch in der Demokratie eine starke politische Führung. Eine vergleichsweise geringe Bedeutung wird einem Eckpfeiler des demokratischen Prinzips, nämlich der Parteienvielfalt, zugesprochen.

Vor die Alternative gestellt, was im Zweifelsfall wichtiger sei, Ordnung und Sicherheit auf der einen oder die Bürgerrechte auf der anderen Seite, teilt sich die Bevölkerung in zwei gleich große Lager. Die Sicherheit hat nach Meinung von 46 Prozent den Vorrang, 47 Prozent setzen die Priorität auf die Bürgerrechte.

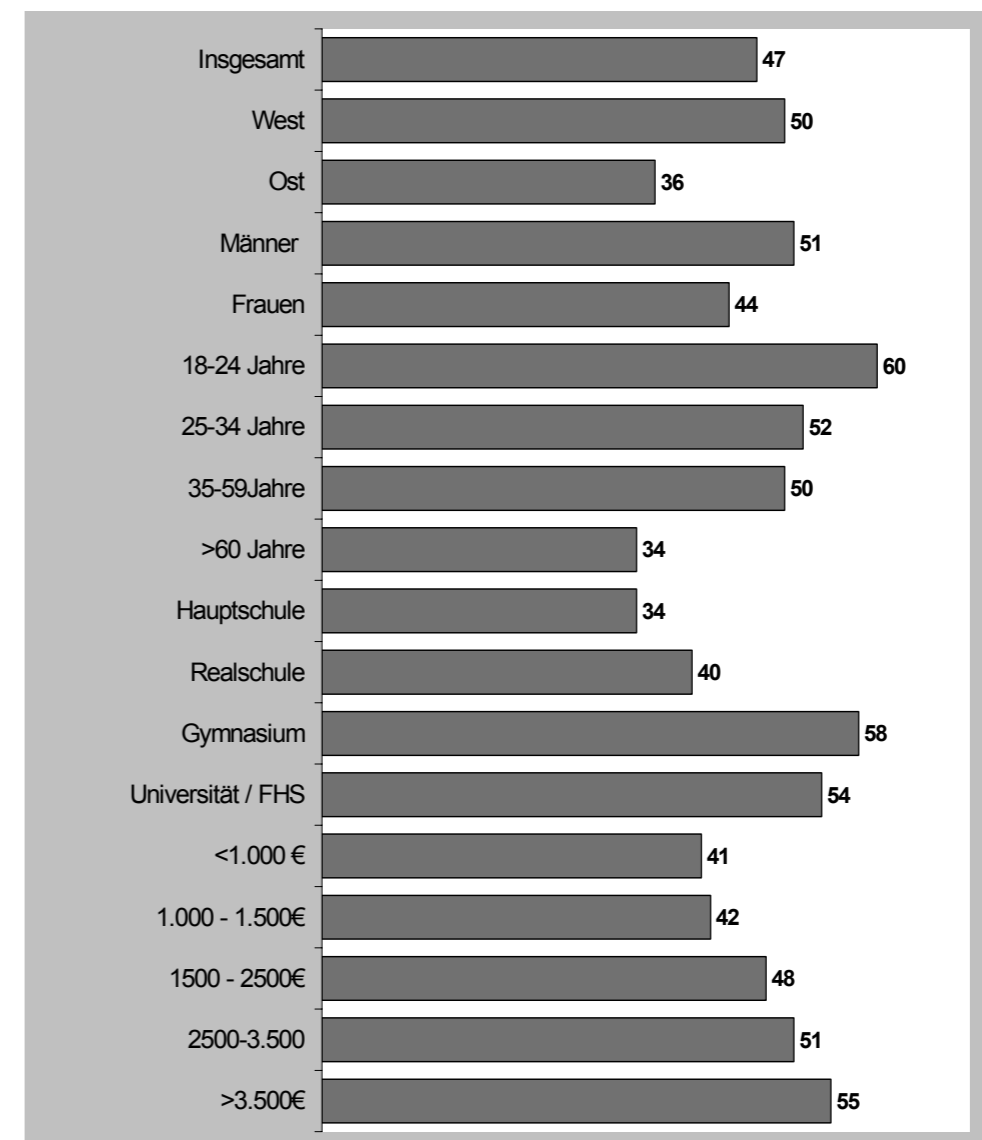
Sicherheit und Ordnung oder Bürgerrechte
Im Zweifelsfall entscheiden sich für...



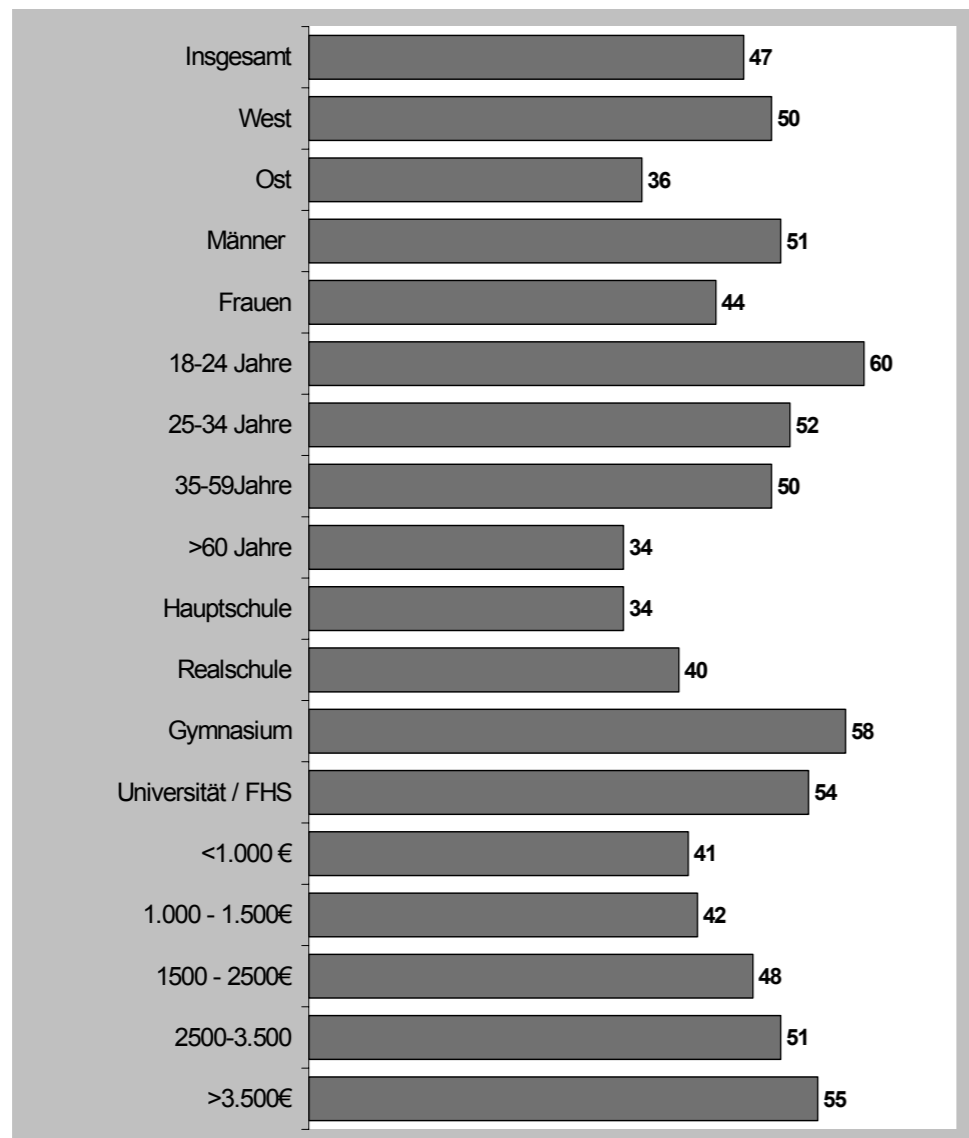
Welcher der beiden Aspekte letztlich ausschlaggebend ist, wird in starkem Maße vom Alter der Bürger bestimmt. Unter den jüngsten Jahrgängen der bis 24jährigen genießen die Bürgerrechte mit 60 Prozent den größeren Stellenwert. Dieser Wert nimmt mit steigendem Lebensalter kontinuierlich ab, bis auf 34 Prozent bei den über 60jährigen.

Auch der formale Bildungsstand spielt eine große Rolle. Unter ehemaligen Hauptschülern halten 58 Prozent Ordnung und Sicherheit für wichtiger, Akademiker setzen hingegen die Bürgerrechte an die oberste Stelle.

„Bürgerrechte“
Alle Befragte



„Sicherheit und Ordnung“
Alle Befragte

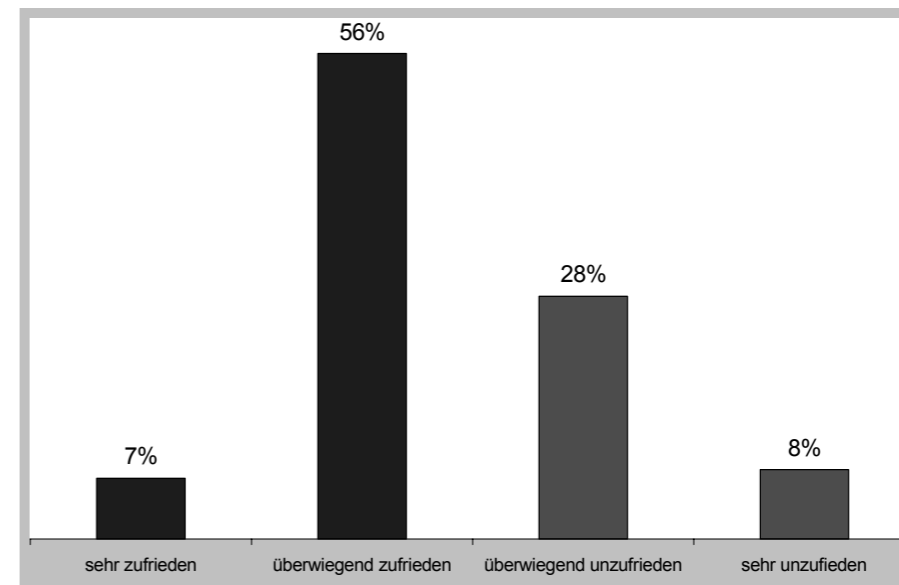


3. Rechtsordnung

Der Rechtsstaat ist eines der konstituierenden Elemente der Demokratie, das in Deutschland nach Ansicht einer Mehrheit der Bevölkerung auch in hohem Maße verwirklicht ist. Rund zwei von drei Bürgern erklären, sie seien mit dem Rechtsstaat sehr (7%) oder zumindest überwiegend (56%) zufrieden. Eher kritisch äußern sich 28 Prozent und 8 Prozent sind damit sehr unzufrieden.

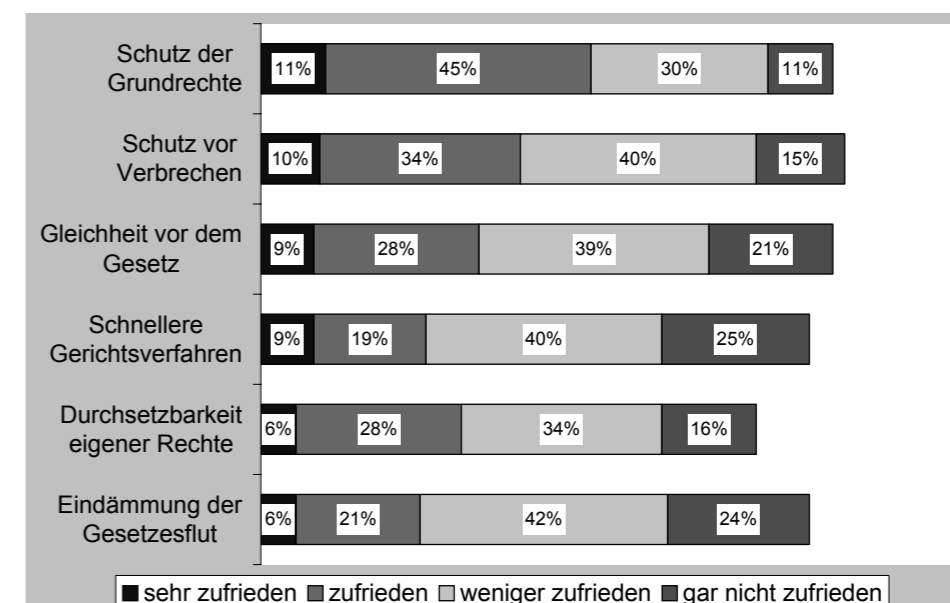
Das Einverständnis mit der Praxis des Rechtsstaats bewegt sich damit auf dem Niveau der Zufriedenheit mit der Demokratie.

Zufriedenheit mit dem Rechtsstaat im Alltag
Damit sind...



So wie in Sachen Demokratie gibt es auch einen unterschiedlichen Grad von Missfallen an einzelnen Aspekten des Rechtsstaats. Allein der Schutz der Grundrechte wird von einer Mehrheit als adäquat erachtet. Mit dem Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen zeigen sich 44 Prozent zufrieden, 55 Prozent hingegen unzufrieden. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz, ein zentrales Prinzip des Rechtsstaats, wird von sechs Zehntel eher oder stark in Frage gestellt.

Funktionieren des Rechtsstaats
Mit den einzelnen Aspekten des Rechtsstaats sind...

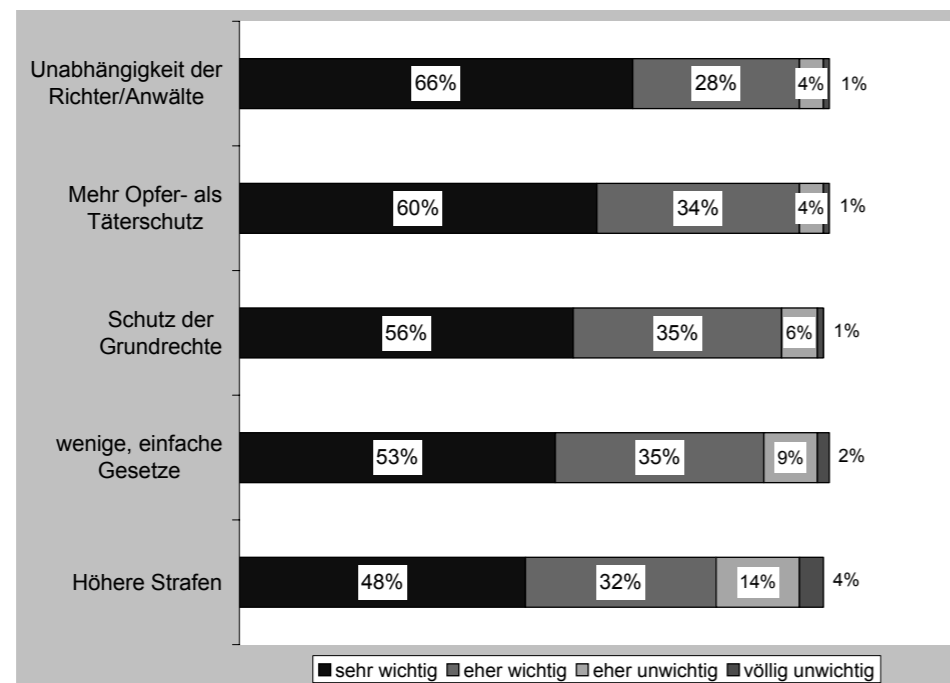


Das Tempo, mit dem Gerichtsverfahren durchgeführt werden, und die Chancen, die eigenen Rechte durchzusetzen, werden ebenfalls von deutlichen Mehrheiten kritisiert. Besonders großen Unmut löst die Flut von Gesetzen aus, die über die Bürger stetig hereinbricht.

Eine zentrale Voraussetzung für einen funktionierenden Rechtsstaat sehen zwei Drittel der Bevölkerung in der Unabhängigkeit der Personen, die ihn realisieren sollen, also Richter und Anwälte.

An zweiter Stelle rangiert die Vorstellung, dass den Opfern von Kriminalität mehr Schutz zustehen muss als den Tätern. Sechs von zehn Bürgern halten dies für eine wesentliche Voraussetzung.

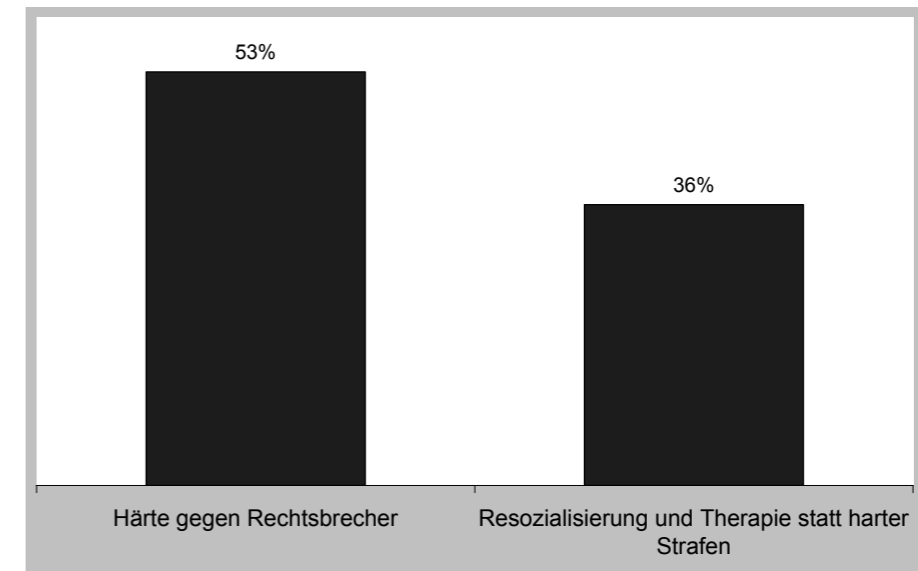
Voraussetzungen für das Funktionieren des Rechtsstaats
Dafür ist...



Eine annähernd gleich große Bedeutung kommt dem Schutz der Grundrechte zu, in dem 56 Prozent ein sehr wichtiges Element des Rechtsstaats sehen. Auch die Beschränkung auf wenige und einfache Gesetze hält eine absolute Mehrheit von 53 Prozent für eine zentrale Voraussetzung. An letzter Stelle rangiert die Forderung nach einer härteren Bestrafung von Rechtsbrechern.

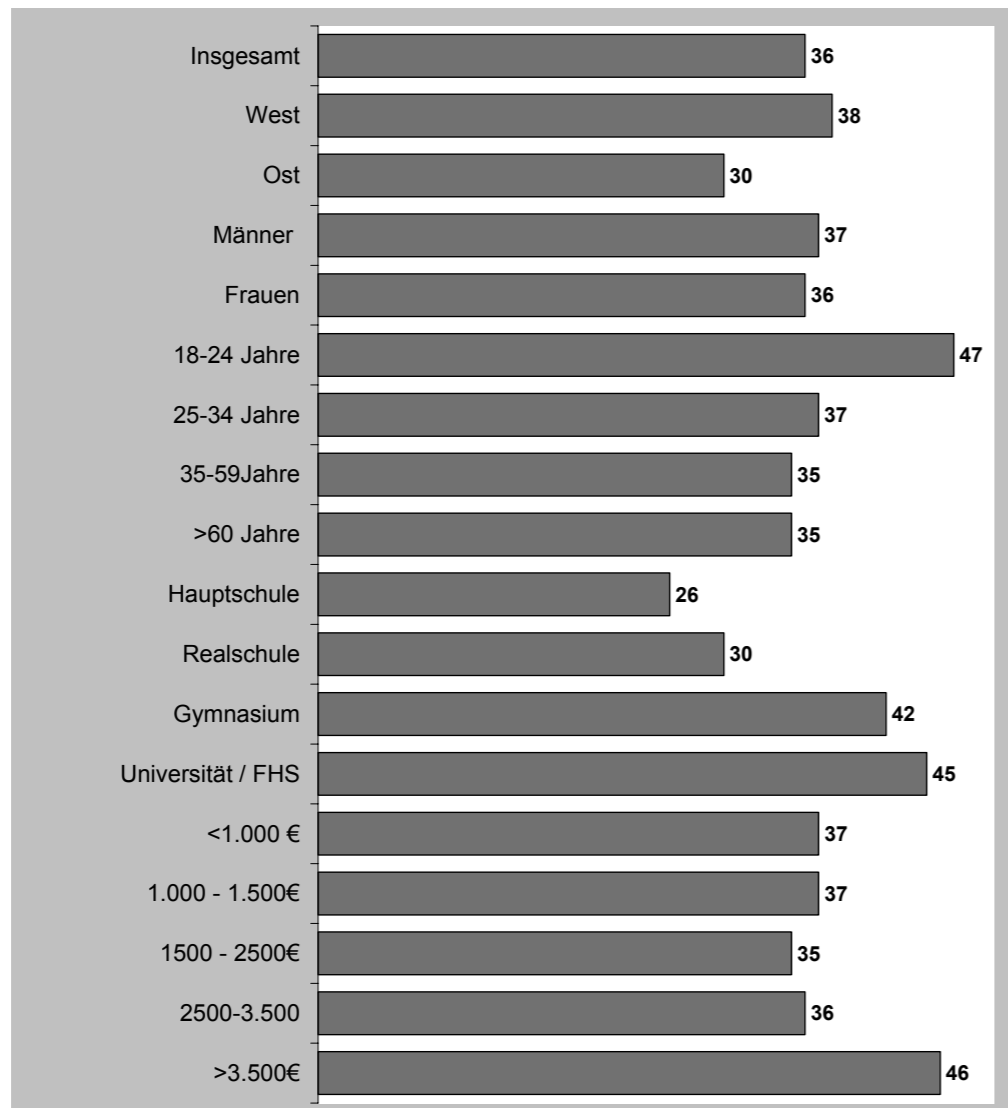
Dieser letztgenannte Aspekt hat nach Meinung einer deutlichen Mehrheit von 53 Prozent mehr Gewicht als das Bemühen um Resozialisierung und Therapie, dem 36 Prozent im Zweifelsfall den Vorrang einräumen.

Härte gegen Rechtsbrecher oder Resozialisierung
Im Zweifelsfall entscheiden sich für...

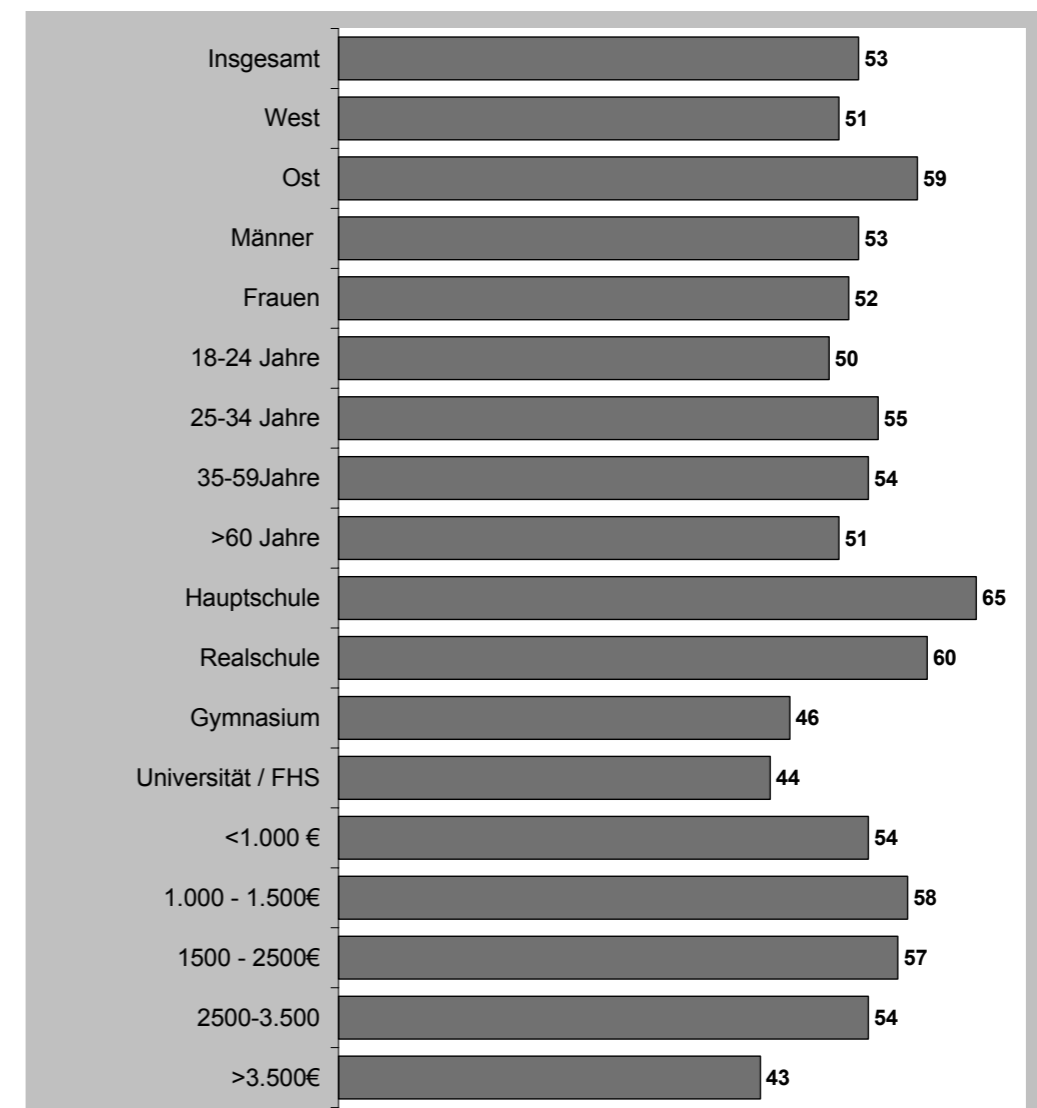


Der Gedanke der Resozialisierung findet umso mehr Anhänger je höher die formale Schulbildung ist. Ehemalige Hauptschüler geben ihm zu 26 Prozent den Vorzug gegenüber härteren Strafen, bei den Akademikern teilen 45 Prozent diese Ansicht. Auch unter den jüngsten Bürgern des Landes ist er deutlich populärer als in den übrigen Altersgruppen.

„Resozialisierung und Therapie statt Strafe“
Alle Befragte



„Härte gegen Rechtsbrecher“
Alle Befragte

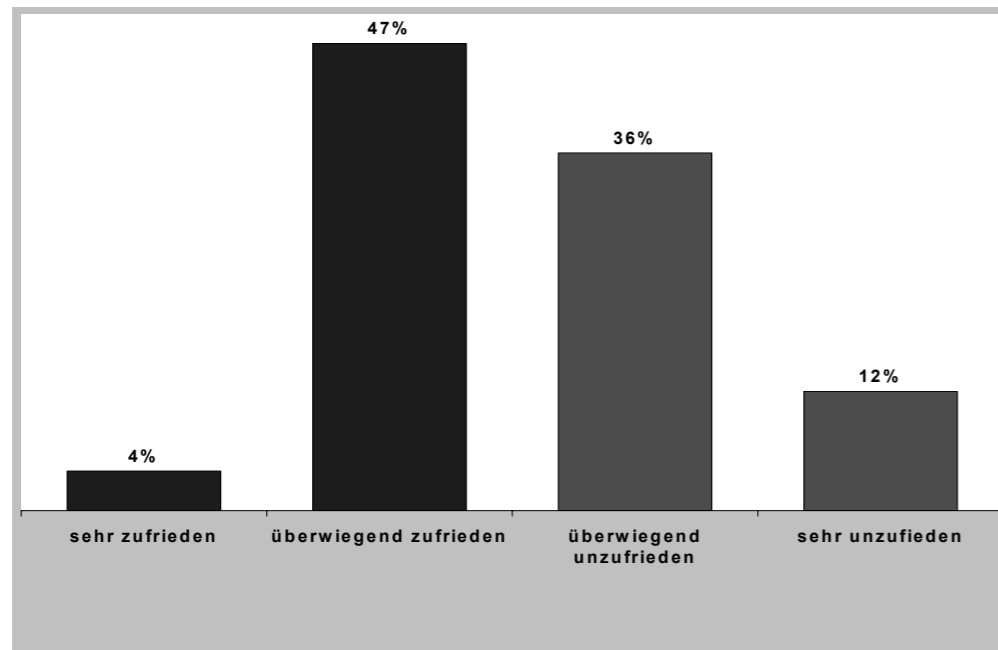


4. Soziale Ordnung

Die soziale Gerechtigkeit ist zwar kein formales Gestaltungsprinzip des demokratischen Rechtsstaats, als gesellschaftliche Wert- und Zielvorstellung aber Konsens zwischen allen am politischen Geschehen Beteiligten. Bedingt durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren spielt die soziale Gerechtigkeit als Maßstab des Handelns eine zunehmend wichtige Rolle in der öffentlichen Debatte.

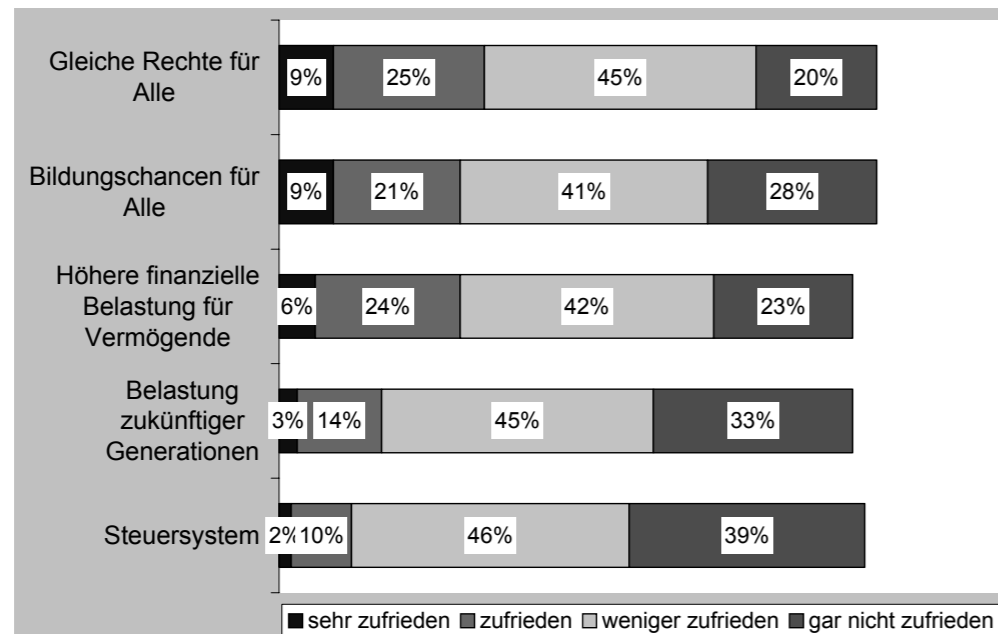
Die Verwirklichung des gesellschaftlichen Ziels wird zwar im Großen und Ganzen bejaht, wenngleich auf etwas niedrigerem Niveau als die Prinzipien Demokratie und Rechtsstaat. Jeder zweite Bürger zeigt sich mit der Gerechtigkeit in der Gesellschaft sehr (4%) oder zumindest überwiegend (47%) zufrieden. Die andere Hälfte der Gesellschaft sieht in dieser Hinsicht allerdings einige (36%) oder sogar erhebliche (12%) Defizite.

Zufriedenheit mit der Gerechtigkeit in der Gesellschaft
Damit sind...



Diejenigen, die den Stand der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit kritisieren, sehen die größten Defizite in der Belastung zukünftiger Generationen und der sozialen Schieflage, die dem Steuersystem hierzulande innewohnt.

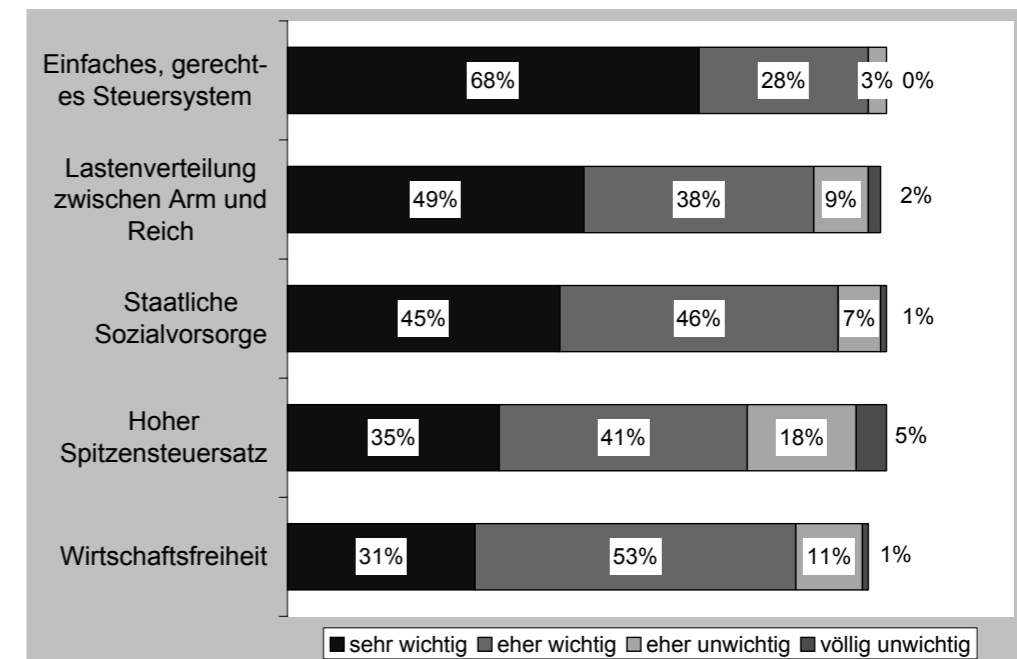
Gewährleistung der Gerechtigkeit
Mit den einzelnen Aspekten sind...



Die Realisierung gleicher Rechte für Alle und der stärkere finanzielle Beitrag der Vermögenden für die Aufgaben der Gemeinschaft ziehen noch die relativ geringste Unzufriedenheit auf sich, werden aber dennoch von einer deutlichen Mehrheit von 65 Prozent als unzulänglich erachtet. Die Gleichverteilung der Bildungschancen ist nach Ansicht von 69 Prozent kaum oder gar nicht gewährleistet. Lediglich 30 Prozent sehen an dieser Stelle keinen relevanten Nachholbedarf.

Die mit Abstand wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung von Gerechtigkeit sehen die Bürger in einem einfachen und gerechten Steuersystem. Zwei Drittel halten diesen Punkt für sehr wichtig. Eine angemessene Lastenverteilung zwischen Arm und Reich wird von jedem Zweiten als zentraler Aspekt eingestuft.

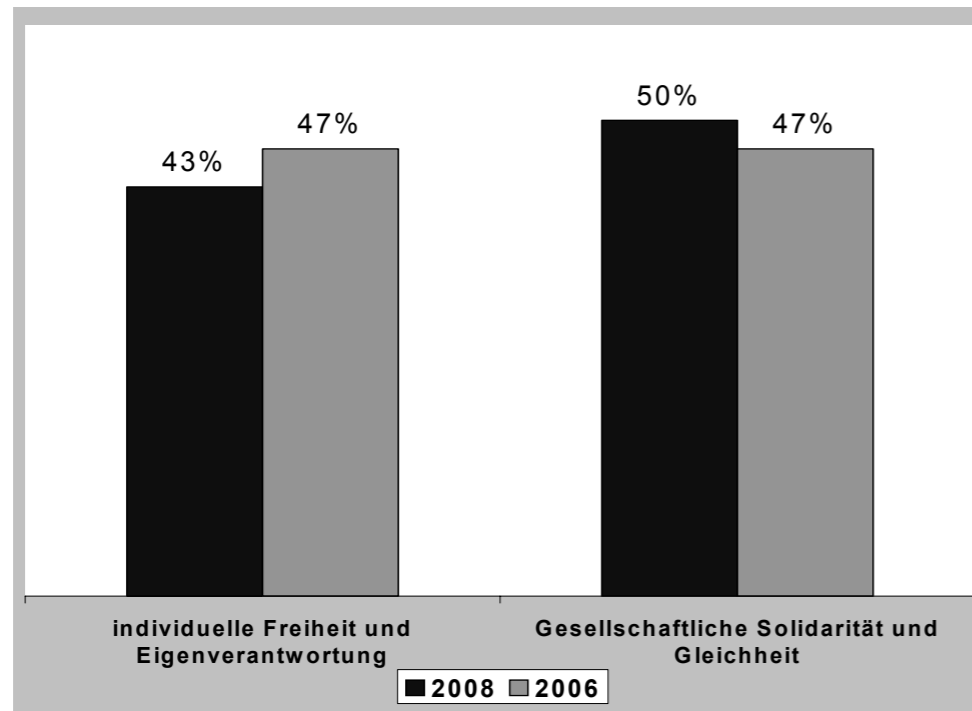
Voraussetzungen für die Gewährleistung von Gerechtigkeit
Dafür ist...



Die staatliche Sozialvorsorge sehen 45 Prozent als Kernbestandteil einer gerechten Gesellschaft. Einen hohen Spitzensteuersatz und die Freiheit der Wirtschaft hält demgegenüber nur jeweils rund jeder Dritte für eine wesentliche Voraussetzung.

Bei der Frage, ob letzten Endes individuelle Freiheit und Eigenverantwortung oder gesellschaftliche Solidarität und Gleichheit das wichtigere Ziel sind, neigt sich die Waage eher in Richtung der kollektiven Verantwortung, die von 50 Prozent bevorzugt wird, während die Gegenposition von 43 Prozent bezogen wird.

Individuelle Freiheit oder gesellschaftliche Solidarität
Im Zweifelsfall entscheiden sich für...

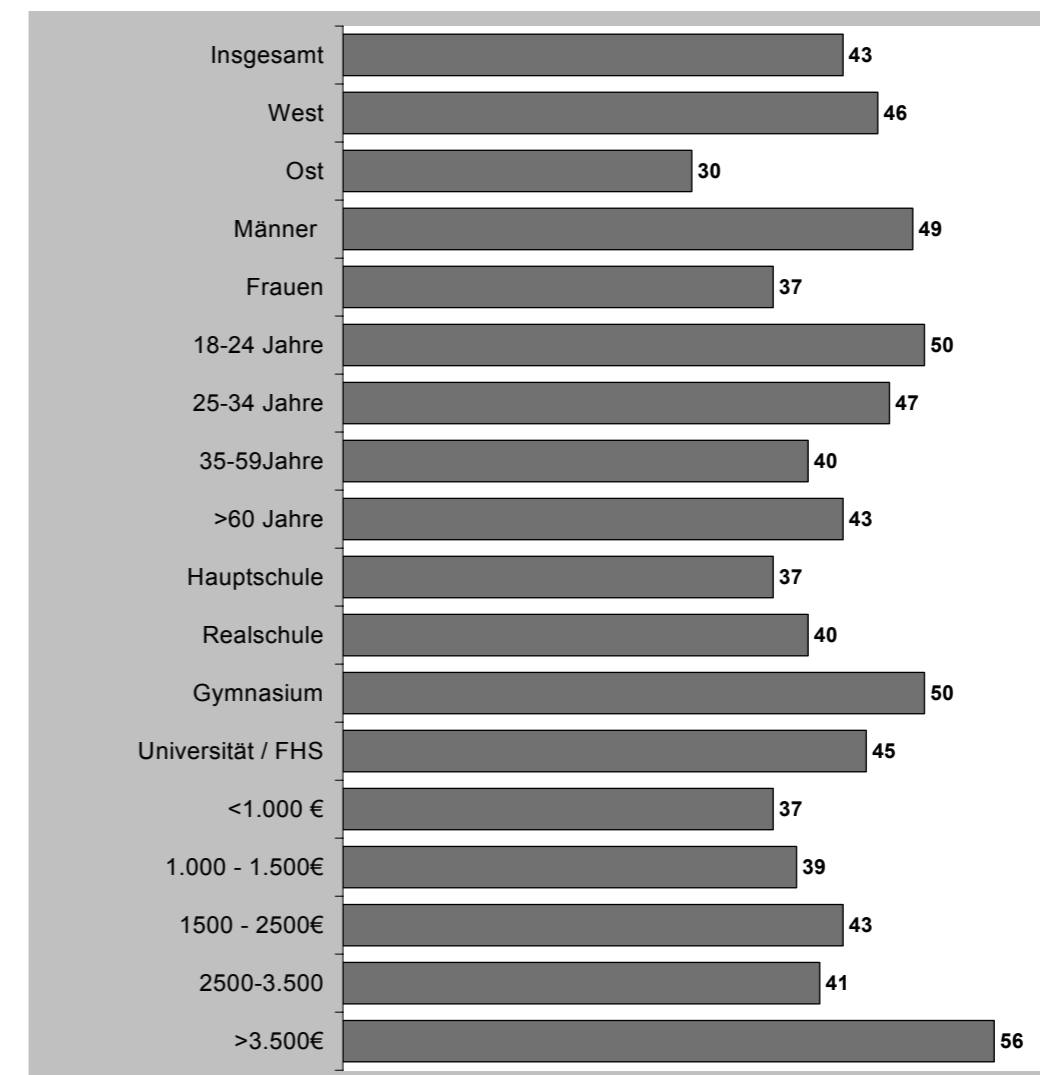


Während sich in den alten Ländern beide Positionen mit 46 zu 48 Prozent praktisch die Waage halten, schlägt das Pendel in den neuen Ländern mit 62 Prozent klar zu Gunsten von Solidarität und Gleichheit aus.

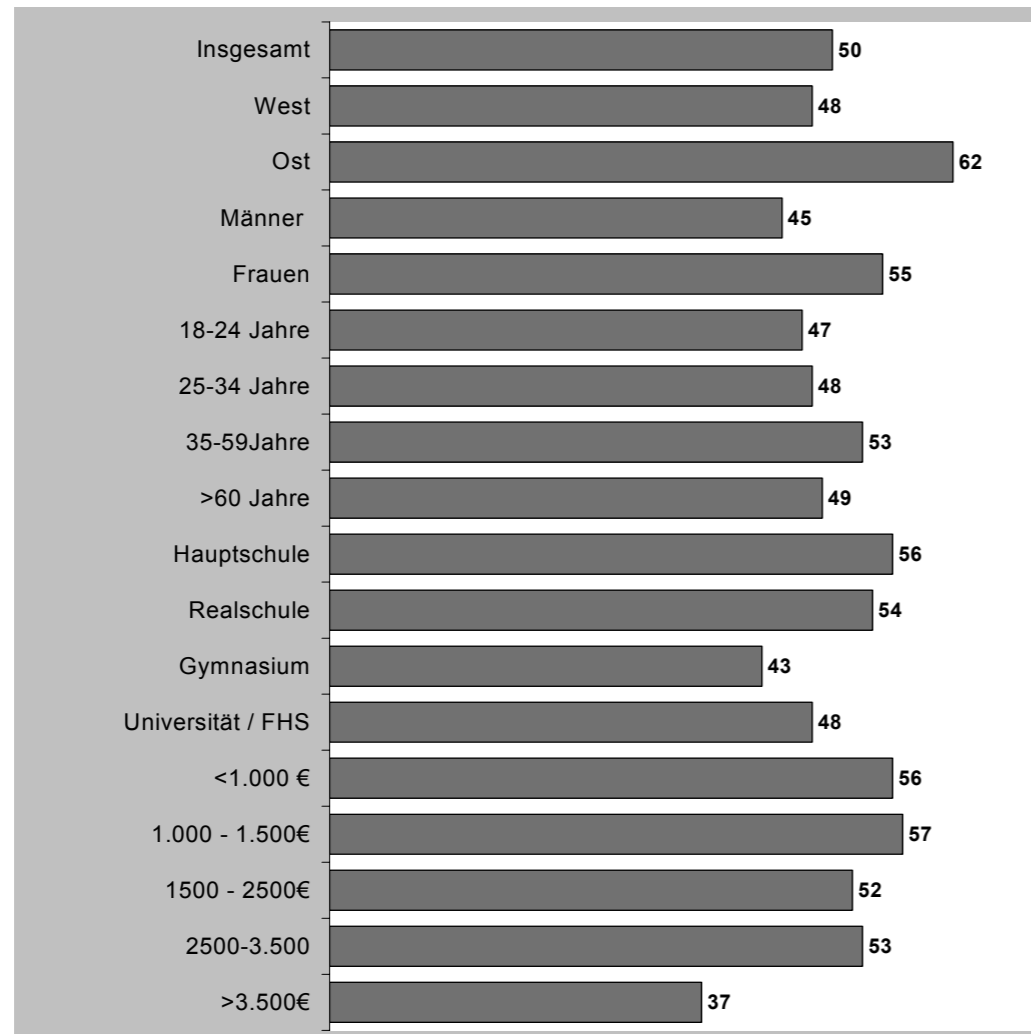
Die Präferenz für Solidarität und Gleichheit hat sich in den beiden letzten Jahren geringfügig verstärkt. Im November 2006 wurden die beiden Positionen mit jeweils 47 Prozent noch gleich stark gewichtet.

Die Wertschätzung für die individuelle Freiheit hat bei den mittleren Jahrgängen der 35-59jährigen mit einem Minus von 8 Prozent ziemlich deutlich nachgelassen, während sie bei den jüngsten Bürgern bis 24 Jahre leicht, um 3 Punkte, zugenommen hat.

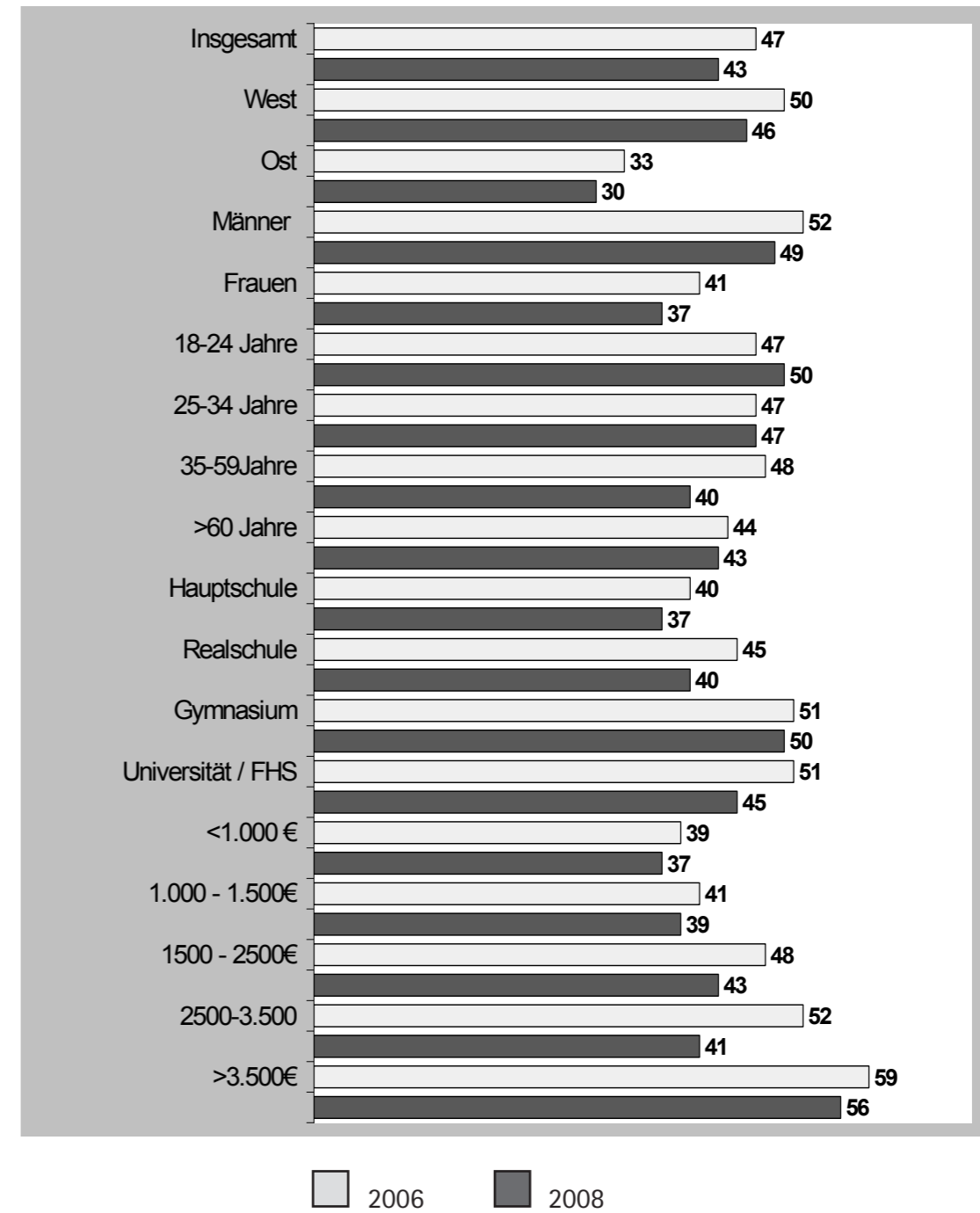
„Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung“
Alle Befragte



„Gesellschaftliche Solidarität und Gleichheit“
Alle Befragte



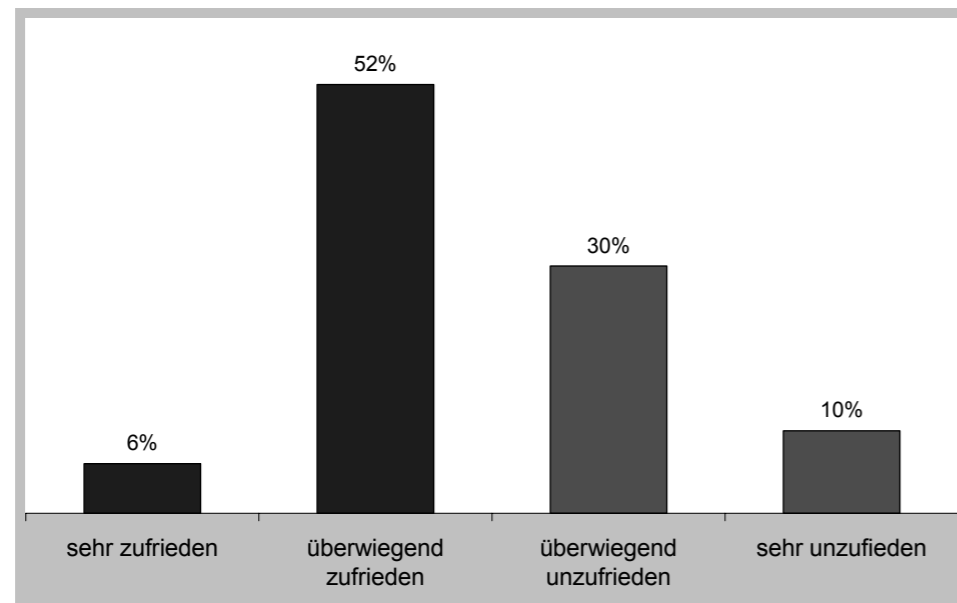
„Individuelle Freiheit“
Vergleich 2006/2008



5. Wirtschaftliche Ordnung

Trotz der aktuellen Finanzkrise und des wirtschaftlichen Pessimismus für die nächste Zeit sieht die Mehrzahl der Bürger keinen Anlass für eine fundamentale Kritik an der Marktwirtschaft. Nur eine kleine Zahl von 6 Prozent zeigt sich damit sehr zufrieden, die Mehrheit von 52 Prozent erklärt aber, sie seien mit dem Funktionieren des Wirtschaftssystems im Alltag überwiegend zufrieden.

Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft im Alltag
Damit sind...

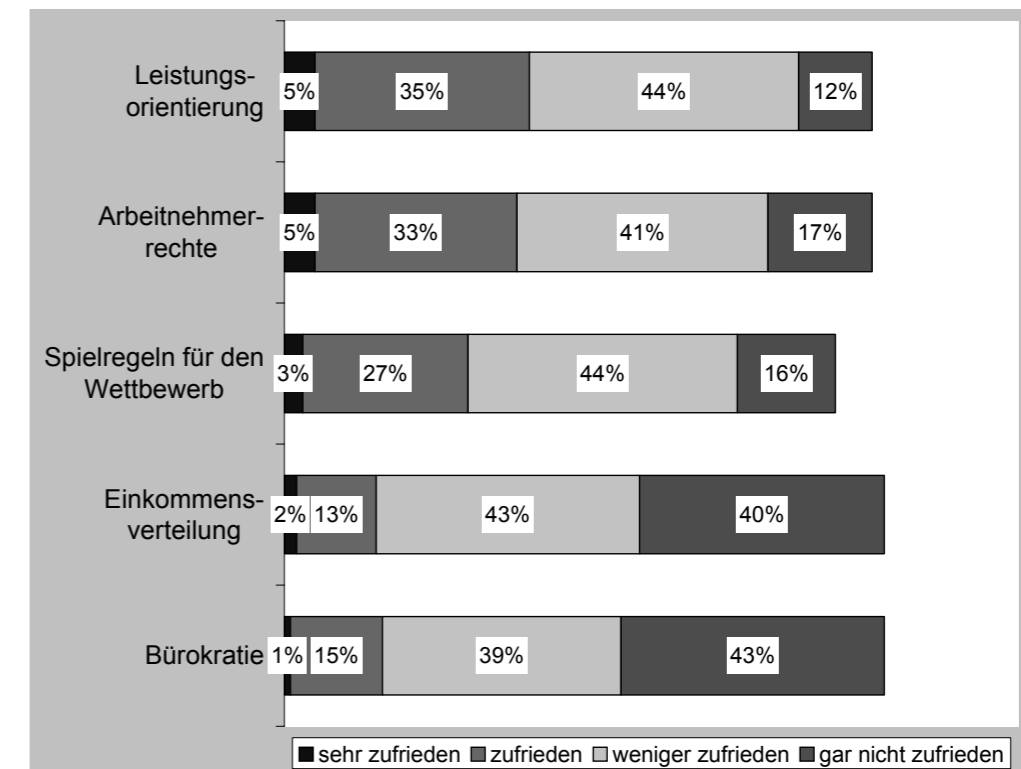


Jeder Dritte ist mit den Prinzipien der Marktwirtschaft eher unzufrieden und jeder Zehnte wünscht sich offenkundig ein ganz anderes System, weil er mit dem Bestehenden überhaupt nicht einverstanden ist.

Unter politischen Kategorien gesehen, findet sich allein bei den Anhängern der Linkspartei eine große Mehrheit von sieben Zehntel, die mit dem Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft überwiegend (39%) oder sehr (31%) unzufrieden ist.

Die Kritiker der Marktwirtschaft stören sich am meisten an der Einkommensverteilung und dem Ausmaß an Bürokratie hierzulande. Lediglich jeder Siebte hat an diesen beiden Aspekten nichts Wesentliches auszusetzen. Die Spielregeln für den Wettbewerb sind nach Meinung von 30 Prozent weitgehend zufriedenstellend gestaltet, während 44 Prozent an dieser Stelle einigen Nachholbedarf ausmachen und 16 Prozent sie für völlig ungenügend erachten.

Funktionieren der Marktwirtschaft
Mit den einzelnen Aspekten der Marktwirtschaft sind...

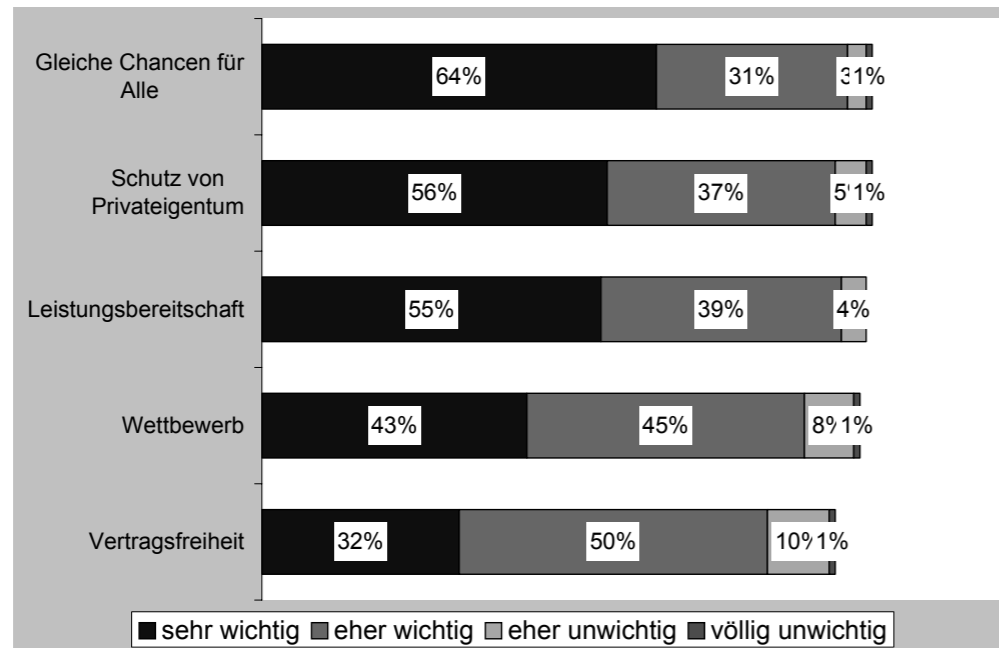


Als vergleichsweise unproblematisch werden von den Kritikern der Marktwirtschaft die Leistungsorientierung und die bestehenden Arbeitnehmerrechte eingeschätzt. Beide Punkte sind nach Ansicht von jeweils vier Zehntel zufriedenstellend geregelt. Die Mehrzahl bringt indes auch in dieser Hinsicht überwiegende oder massive Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Die wichtigste Voraussetzung für eine gut funktionierende Marktwirtschaft sieht eine klare Mehrheit der Bevölkerung in der Gewährleistung der Chancengleichheit. Zwei von drei Bürgern halten diesen Punkt für sehr wichtig. Zwei weitere Gesichtspunkte werden ebenfalls von absoluten Mehrheiten als ausschlaggebend eingestuft, und zwar der Schutz des Privateigentums (56%) und die persönliche Leistungsbereitschaft (55%).

Mit deutlichem Abstand folgt der Wettbewerb, der von 43 Prozent als sehr wichtig angesehen wird. An letzter Stelle steht die Vertragsfreiheit.

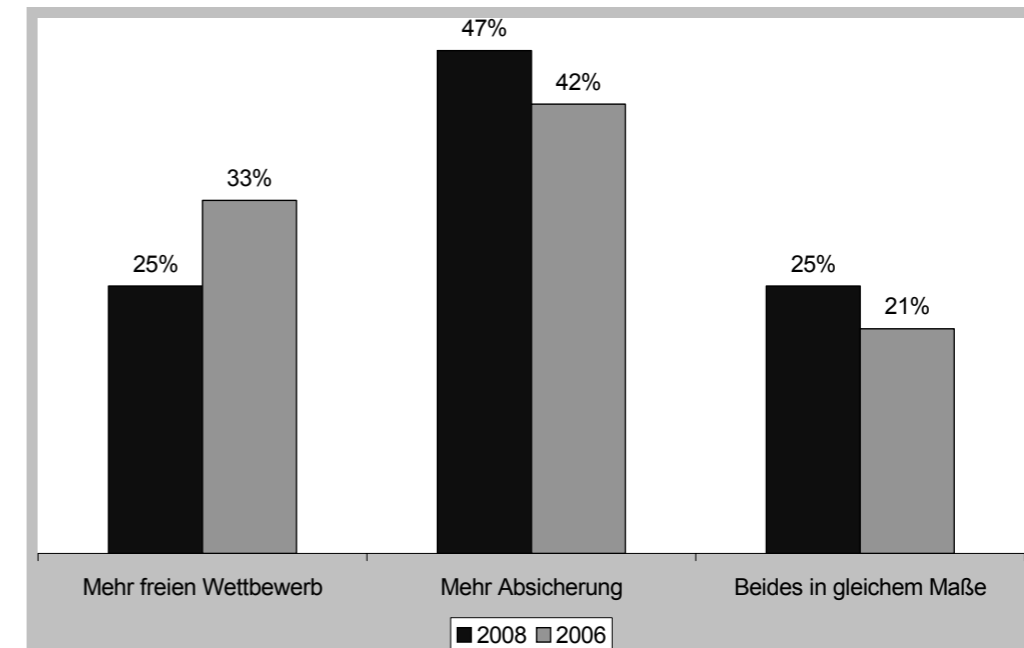
Voraussetzungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft
Dafür ist...



Die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft liegt nach Meinung einer Mehrheit von 47 Prozent der Bevölkerung in einer stärkeren sozialen Absicherung, während nur gut die Hälfte davon, 25 Prozent, in einer Stärkung des Wettbewerbs die richtige Richtung ausfindig macht. Ebenfalls ein Viertel zieht sich auf die Position zurück, beide Aspekte seien gleich wichtig.

Diese Ergebnisse sind neben anderen Befunden ein weiterer Hinweis darauf, dass die Idee des freien Wettbewerbs in Deutschland nicht sehr hoch im Kurs steht.

Freier Wettbewerb oder Absicherung
Wirtschaft und Gesellschaft brauchen in Zukunft...



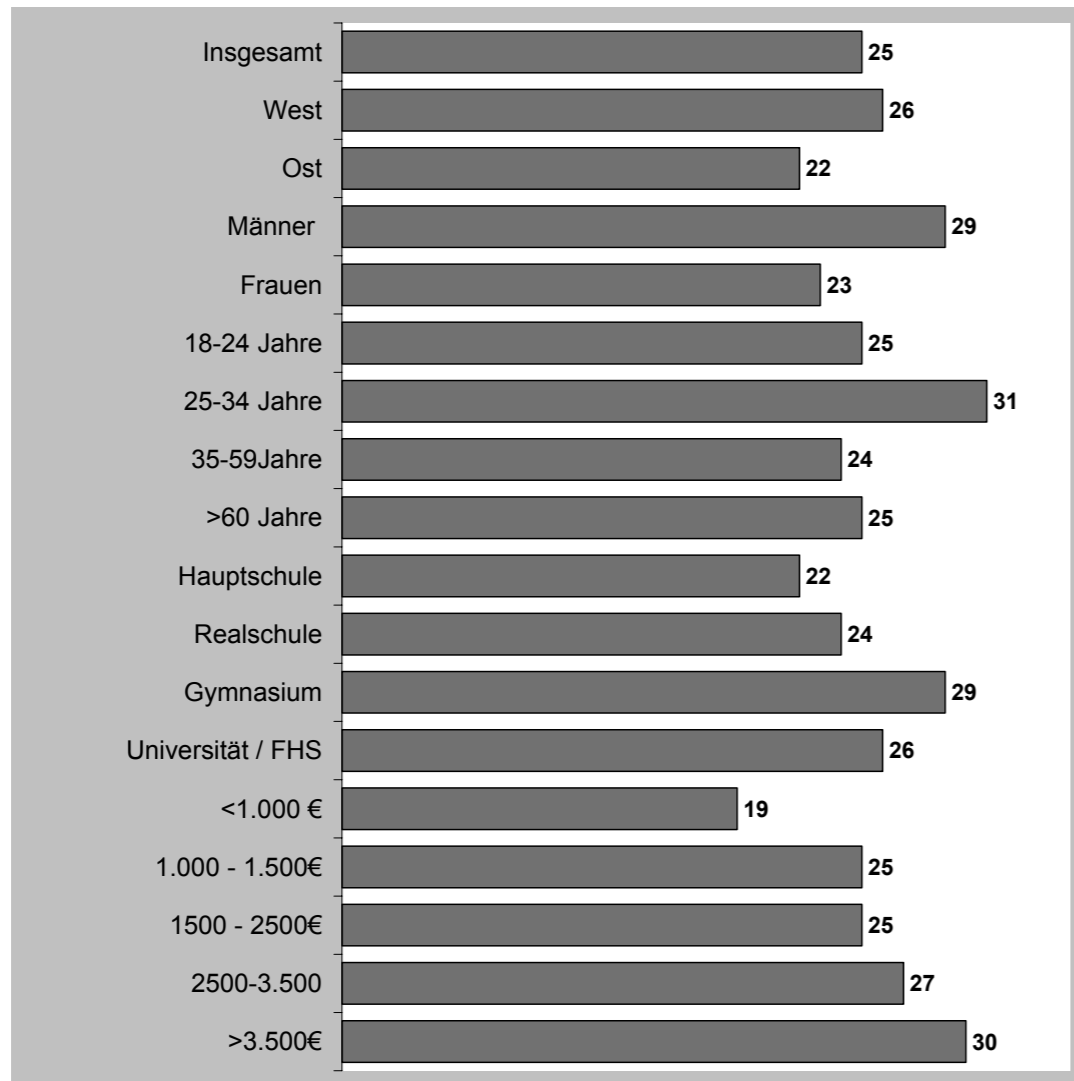
Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern fallen geringer aus als man hätte erwarten können. Die Anhänger des freien Wettbewerbs sind im Westen um lediglich 4 Punkte stärker vertreten als im Osten.

Zwischen den einzelnen Altersgruppen und Bildungsschichten halten sich die Differenzen in der Bewertung ebenfalls in recht engen Grenzen.

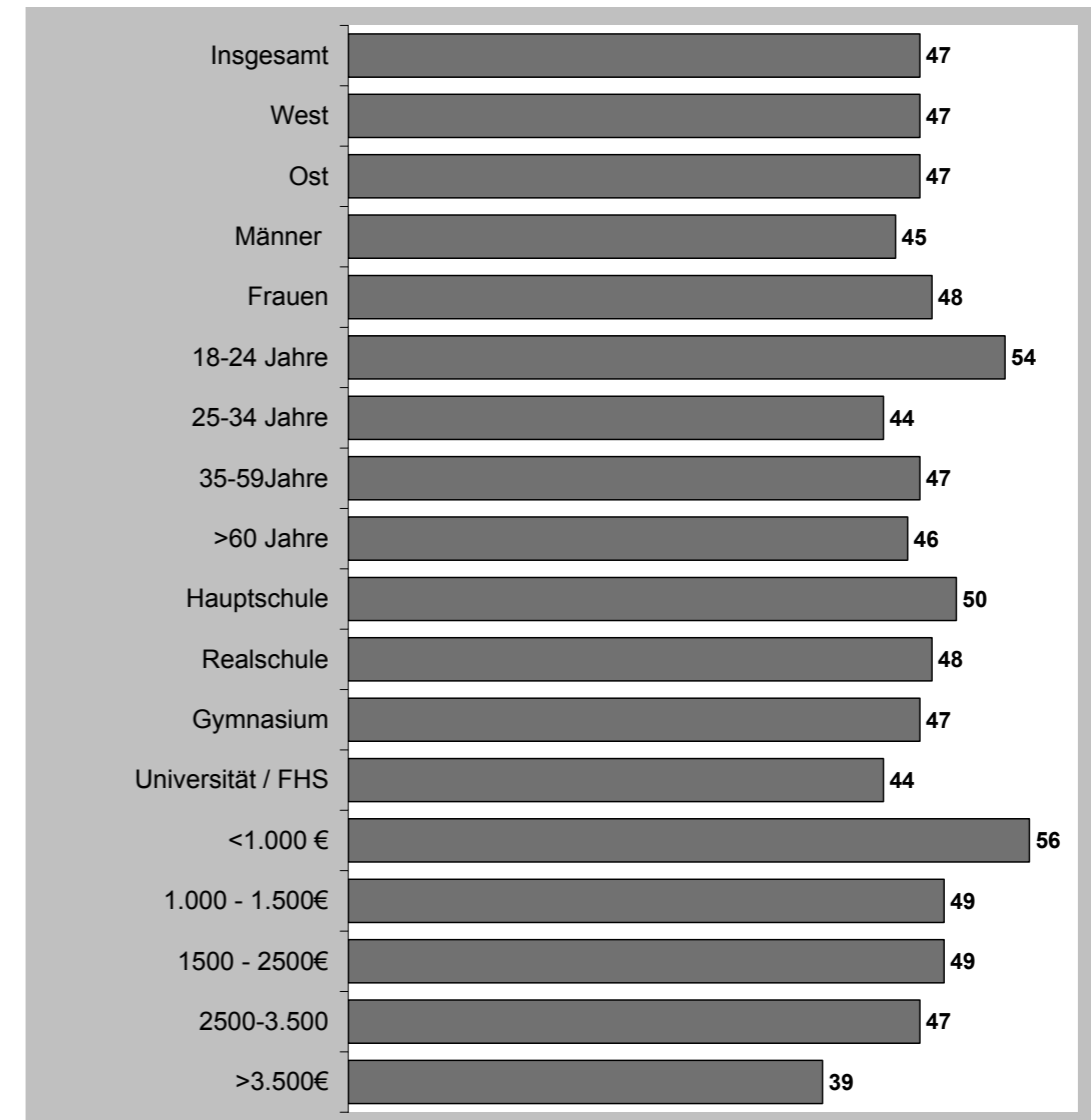
Die Idee des freien Wettbewerbs hat in der zurückliegenden Zeit merklich an Zuspruch verloren. Im November 2006 räumten ihm noch 33 Prozent Priorität ein, 42 Prozent plädierten seinerzeit für mehr Absicherung und 21 Prozent hielten beides für gleich wichtig.

Die Unterstützung für das Prinzip des freien Wettbewerbs hat in allen gesellschaftlichen Gruppen nachgelassen. Dies gilt in besonderem Maße für die Bürger mit Hochschulbildung (-13), für die Bezieher höherer Einkommen über 3500 Euro (-18).

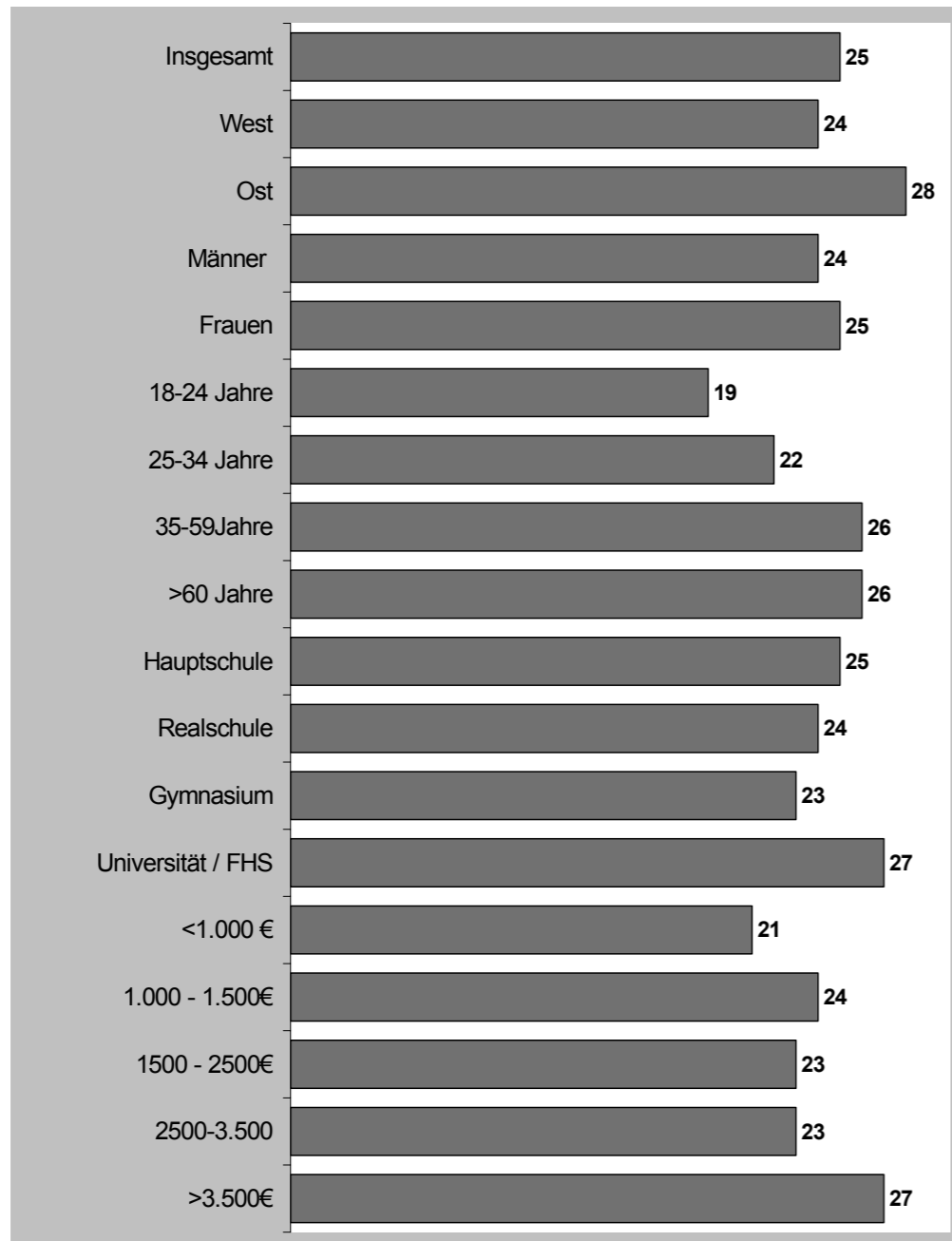
„Mehr freien Wettbewerb“
Alle Befragte



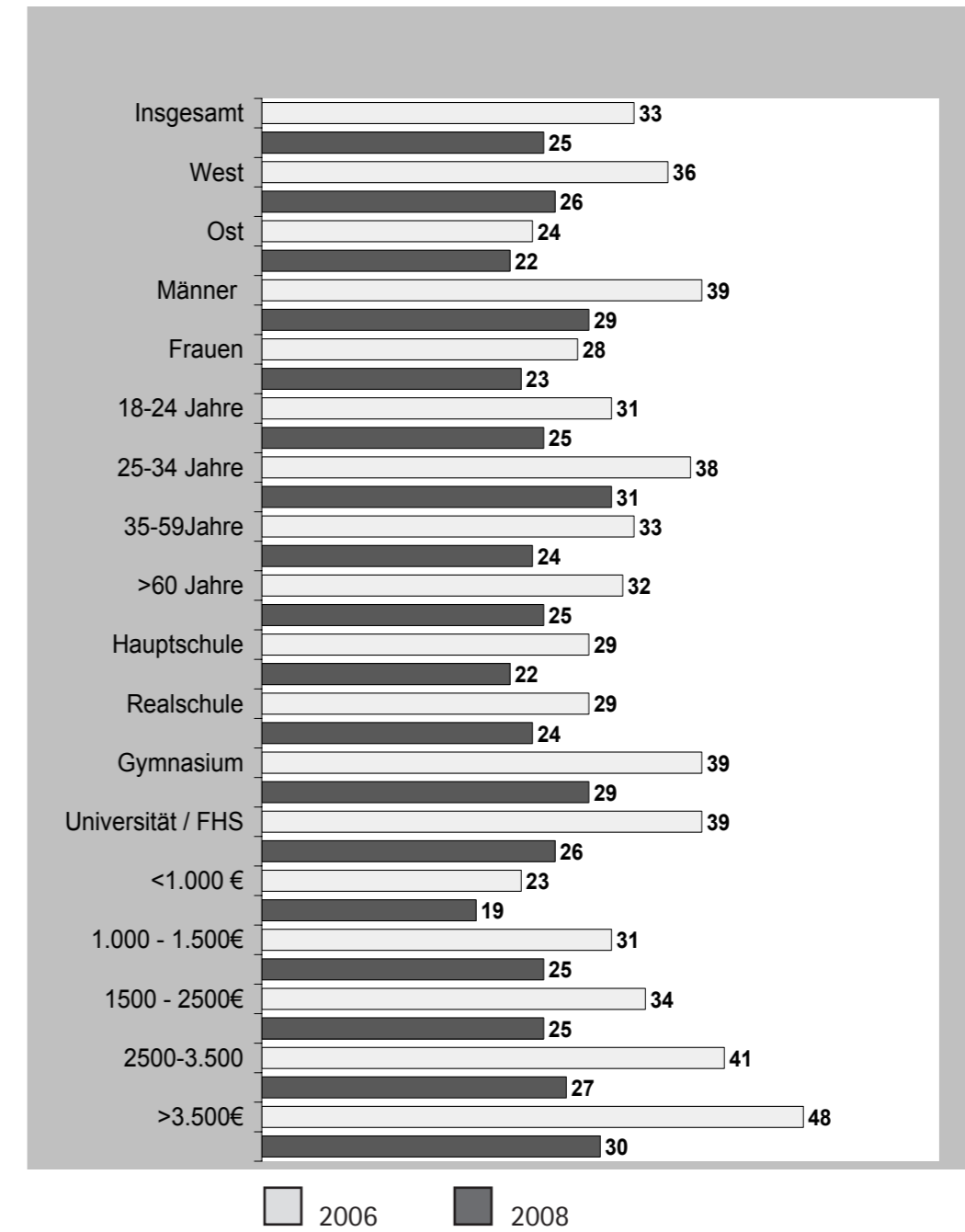
„Mehr Absicherung“
Alle Befragte



„Beides in gleichem Maße“
Alle Befragte

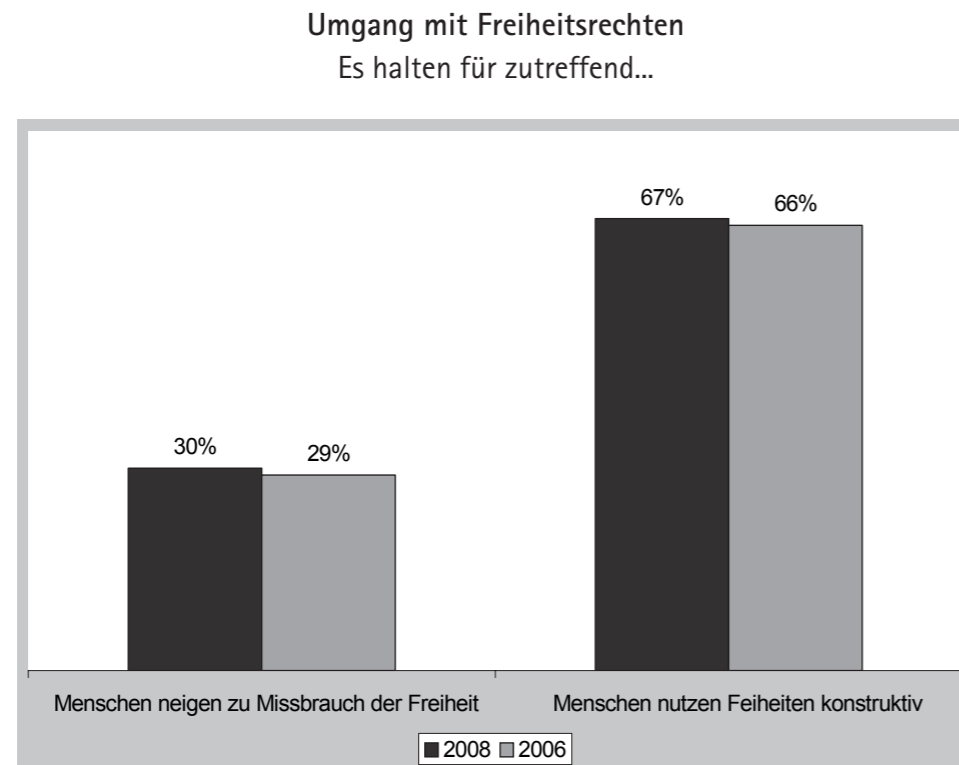


„Mehr freien Wettbewerb“
Vergleich 2006 / 2008



6. Freiheitsrechte und Freiheitsempfinden

Zwei von drei Bürgern äußern die Überzeugung, dass die Menschen ihre Freiheitsrechte im Wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat sich deshalb darauf beschränken soll, nur Rahmenbedingungen zu setzen. Jeder Dritte misstraut hingegen seinen Mitbürgern und glaubt, sie würden dazu neigen, ihre Freiheitsrechte zu missbrauchen, mit der Folge, dass ein starker Staat Grenzen ziehen muss.



Diese Gewichtung beider Ansichten findet sich mit nur geringen Abweichungen in allen Bevölkerungsgruppen und in den Anhängerschaften aller Parteien wieder.

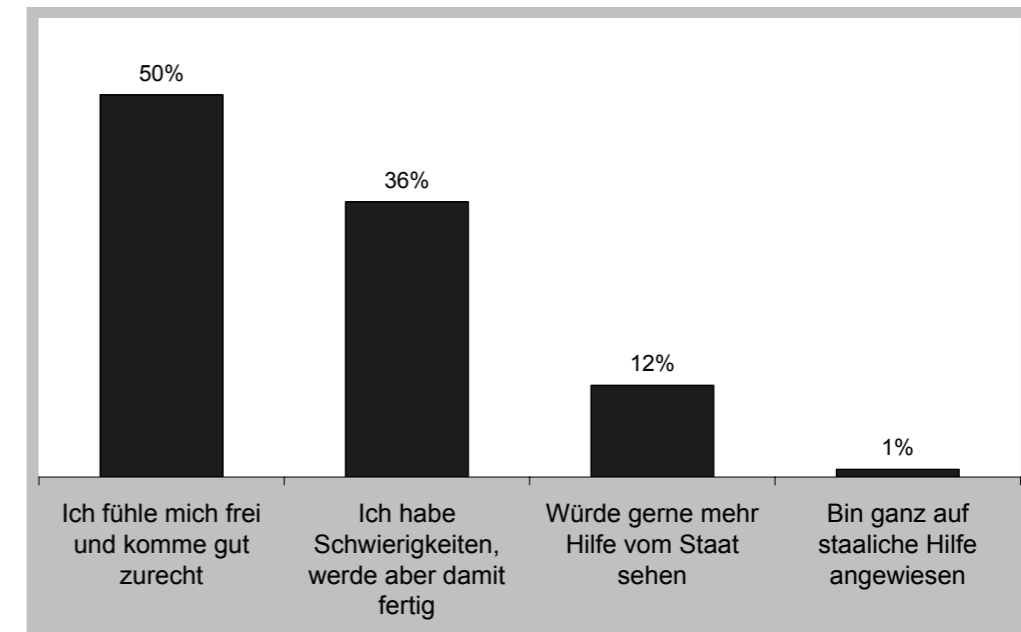
Sie hat sich zudem in den letzten Jahren nicht verändert. Eine Erhebung im November 2006 erbrachte mit 29 zu 66 Prozent ein praktisch identisches Ergebnis.

Jeder zweite Bundesbürger hat nach eigenem Bekunden keinen Grund, mit seiner persönlichen Situation in der Gesellschaft unzufrieden zu sein. Sie erklären, sich frei zu fühlen und mit ihrer Lage gut zu recht zu kommen. Gut jeder Dritte bekennt, in gewissem Maße mit Schwierigkeiten konfrontiert zu sein, mit denen er aber aus eigener Kraft fertig wird.

Nur eine kleine Gruppe von 12 Prozent sieht die eigene Situation so prekär, dass sie für die Lösung ihrer Probleme mehr Hilfe vom Staat erwartet. So gut wie niemand geht soweit, dass er zugibt, eigentlich ganz auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein.

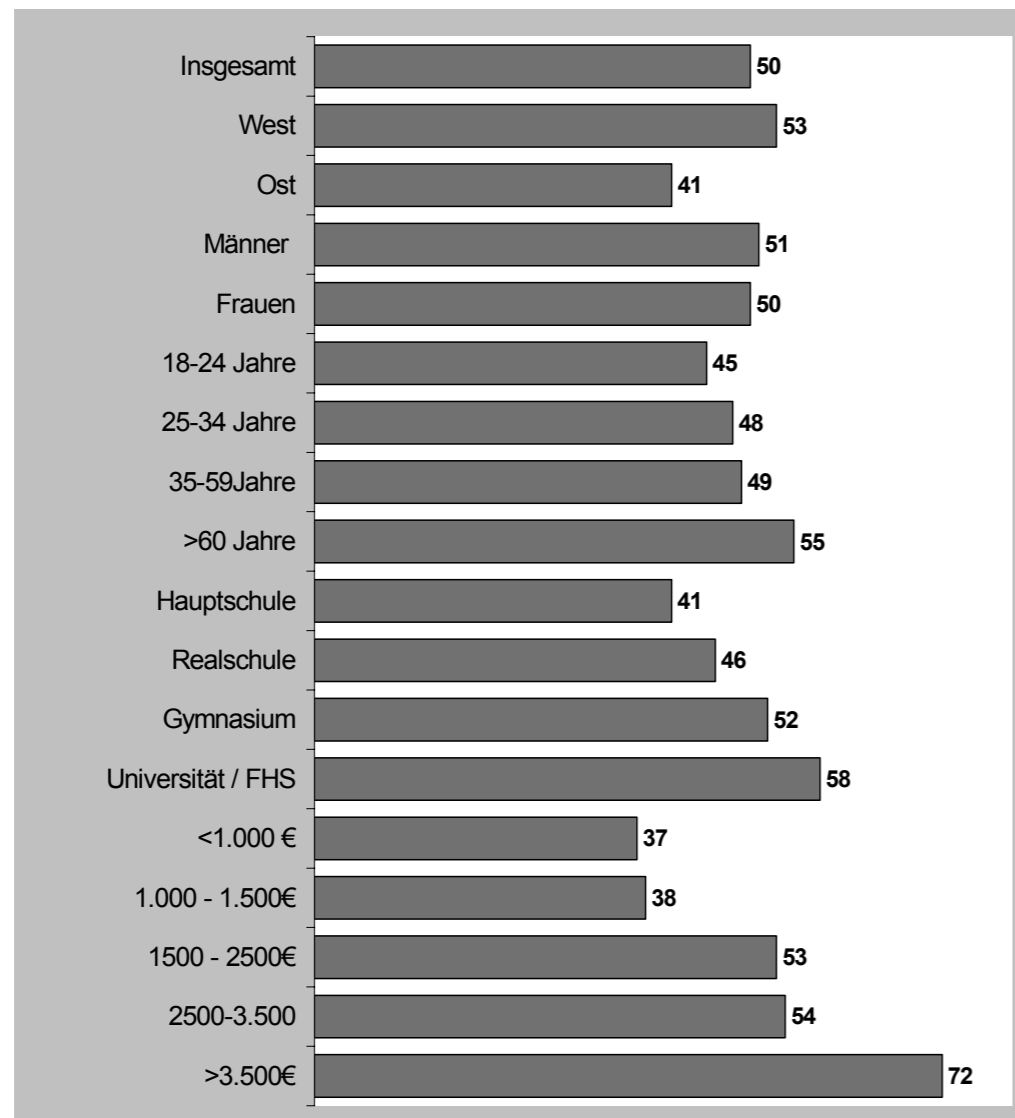
Subjektives Freiheitsempfinden

Es trifft persönlich zu...

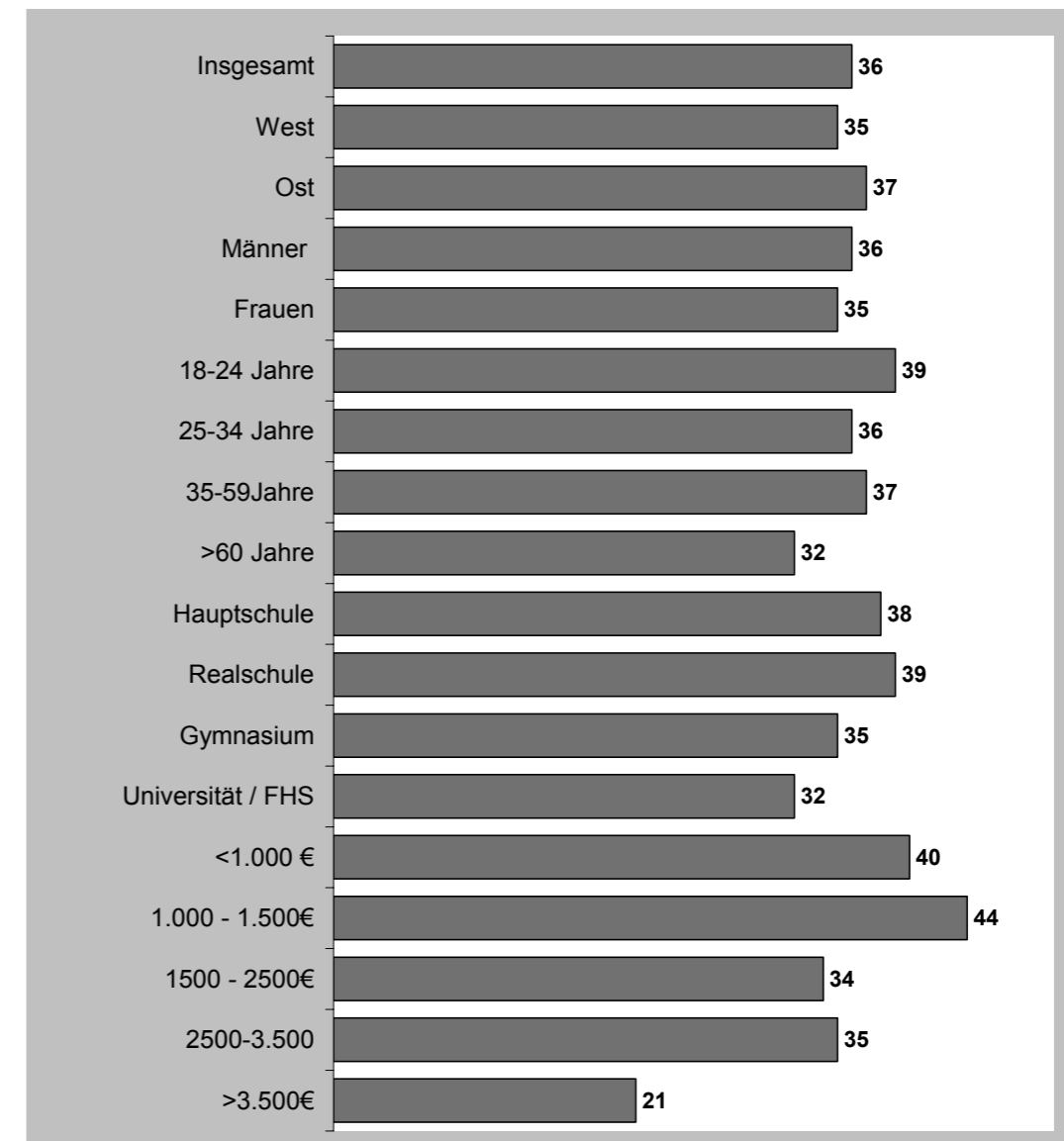


Die subjektive Einordnung auf dieser Skala hängt verständlicherweise in hohem Maße vom objektiven sozialen Status ab. Je höher der formale Bildungsstand und je höher das verfügbare Einkommen, desto häufiger kann man seine eigene Lebenslage ohne gravierende Probleme meistern und sich frei fühlen.

„Ich fühle mich frei und komme gut zurecht“
Alle Befragte

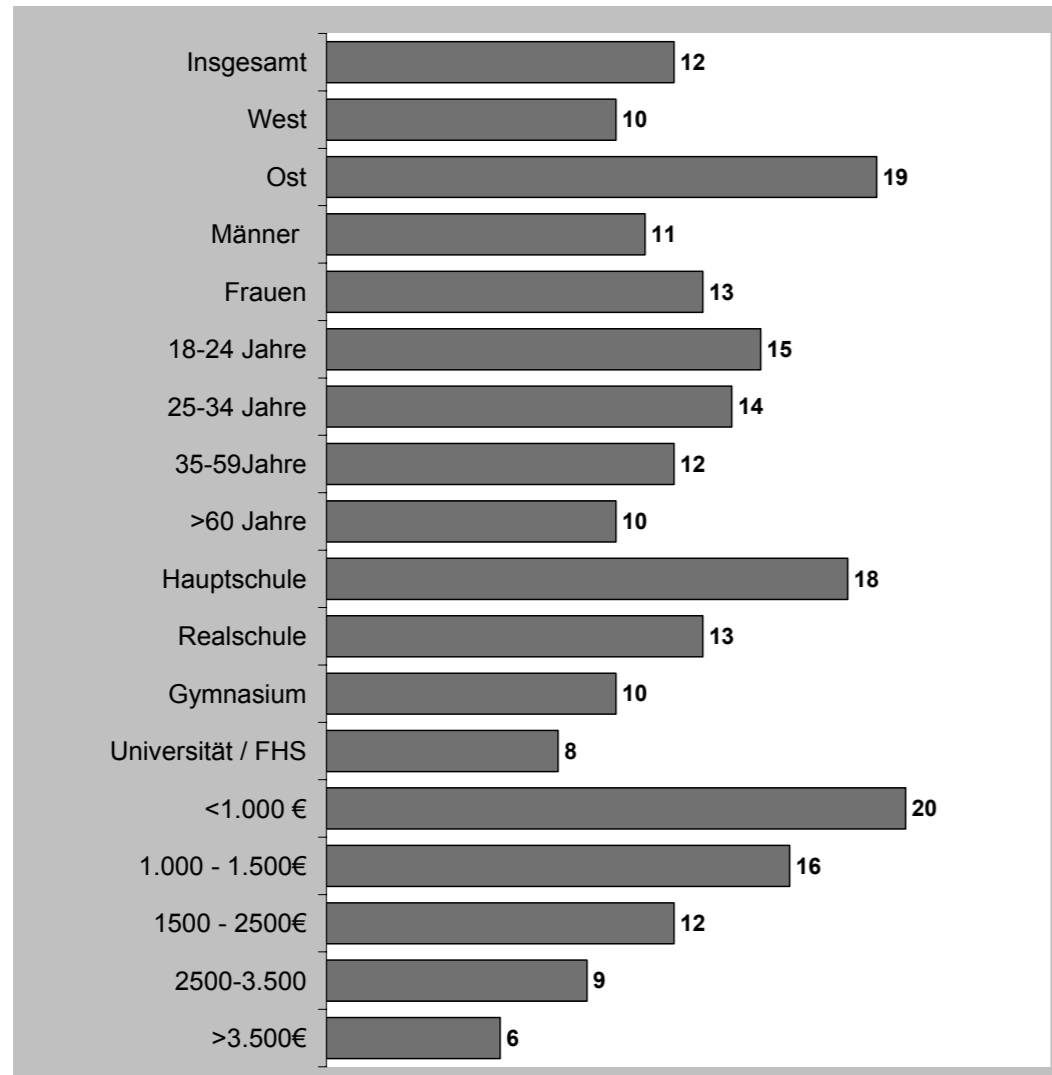


„Ich habe meine Schwierigkeiten, aber ich werde selber damit fertig“
Alle Befragte



„Ich würde es gerne sehen, wenn ich bei der Lösung meiner Probleme
mehr Hilfe vom Staat bekäme“

Alle Befragte



TEIL II – DER FREIHEITSINDEX

1. Methodische Anmerkungen

1.1. Inhaltliche Herleitung

Der Freiheitsindex ergibt sich aus der Addition von vier einzelnen Indizes, von denen jeder für sich ein Indikator einer freiheitlichen Gesellschaft ist. Dabei werden folgende Dimensionen abgedeckt:

A. Index „Politische Ordnung“

Folgende Fragen des Fragenkataloges dienten der Bildung des Indexes zur politischen Ordnung:

A2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren einer Demokratie? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig ein.

- Parteienvielfalt
- Gewaltenteilung zwischen Regierung, Gesetzgeber und Justiz
- Pressevielfalt
- Volksentscheide
- eine starke politische Führung

A3. *Ordnung und Sicherheit* auf der einen Seite und *Bürgerrechte* auf der anderen Seite sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sein können. Wenn Sie sich zwischen den beiden im Streitfall entscheiden müssten, was wäre Ihnen dann wichtiger?

- Ordnung und Sicherheit
- Bürgerrechte

B. Index „Rechtsordnung“

Folgende Fragen des Fragenkataloges dienten der Bildung des Indexes „Rechtsordnung“:

B2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren des Rechtsstaates? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

Unabhängigkeit der Richter und Anwälte
Möglichst wenige, klare und einfache Gesetze
Schutz der Grundrechte bei Ermittlung und Strafverfolgung
(Online-Durchsuchung, Folterverbot usw.)
Härtere Strafen für bestimmte Verbrechen
Mehr Opferschutz statt Täterschutz

B3. *Härte gegenüber Rechtsbrechern* auf der einen Seite und *Resozialisierung und Therapie statt harter Strafen* auf der anderen Seite sind beides Ziele, die in einer Gesellschaft wichtig sein können. Wenn Sie sich zwischen den beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen dann wichtiger?

Härte gegenüber Rechtsbrechern
Resozialisierung und Therapie statt harter Strafen

C. Index „Soziale Ordnung“

Folgende Fragen des Fragenkataloges dienen der Bildung des Indexes zur sozialen Ordnung:

C2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte, um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu gewährleisten? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

Ein einfaches und gerechtes Steuersystem
Lastenverteilung zwischen den Reichen und den Armen
Höhere finanzielle Belastungen für Vermögende / hoher Spitzensteuersatz
Wirtschaftsfreiheit
staatliche Sozialvorsorge

C3. *Freiheit und Solidarität* sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sind. Wenn Sie sich zwischen den beiden entscheiden müssten, was wäre ihnen dann wichtiger?

Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung
Gesellschaftliche Solidarität und Gleichheit

D. Index „Wirtschaftliche Ordnung“

Folgende Fragen des Fragenkataloges dienen der Bildung des Indexes „Wirtschaftliche Ordnung“:

D2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

Vertragsfreiheit
Gleiche Chancen für Alle
Leistungsbereitschaft
Wettbewerb
Schutz von Privateigentum

D3. Brauchen Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft mehr freien Wettbewerb oder eher mehr Absicherung?

Mehr freien Wettbewerb
Mehr Absicherung
Beides in gleichem Maße

Bei den Fragen A2/B2/C2/D2 musste die Wichtigkeit von fünf einzelnen Statements jeweils mit sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig eingestuft werden.

Bei den Fragen A3/B3/C3/D3 musste zwischen konkurrierenden Positionen diejenige ausgewählt werden, der man am ehesten zuneigt.

1.2. Grundlagen zur Berechnung des Freiheitsindex

Jeder der oben beschriebenen vier Einzel-Indizes fließt zu gleichen Teilen in den Freiheitsindex ein. Pro Einzel-Index können maximal 25 Punkte erreicht werden. Dadurch ergibt sich für den Freiheitsindex ein Maximalwert von 100 Punkten.

Im Detail wurden die Punkte wie folgt ermittelt:

Bei den **Wichtigkeitsfragen** mussten pro Index fünf Fragen jeweils als sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig eingestuft werden.

Für die Beantwortung jedes Statements im freiheitlichen Sinne erhielt man drei Punkte. Wurde das Statement nicht korrekt beantwortet, erhielt man null Punkte. Die Beantwortung

der Frage mit „eher wichtig“ bzw. „eher unwichtig“ ergab – je nach Ausrichtung der Frage – einen bzw. zwei Punkte.

Das folgende Beispiel verdeutlicht die Punktevergabe:

Beispiele:	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	völlig unwichtig
Einfaches, gerechtes Steuersystem	3	2	1	0
Staatliche Sozialvorsorge	0	1	2	3

Wenn eine Frage mit „weiß nicht“ oder „k.A.“ beantwortet wurde, erhielt der Befragte für dieses Statement den Mittelwert aller Antworten auf diese Frage zugewiesen. Damit wurde sichergestellt, dass der Index durch Antwortverweigerung nicht verfälscht wurde.

Maximal erreichbare Punktzahl für jede einzelne Wichtigkeitsfrage sind 15.

Neben den Wichtigkeitsfragen gab es pro Index auch eine **Entscheidungsfrage**, d.h. hier mussten sich die Befragten zwischen zwei konkurrierenden Alternativen entscheiden.

Da es deutlich schwieriger ist, sich zwischen zwei Alternativen zu entscheiden als einzelnen Aussagen Wichtigkeiten zuzuschreiben, wurden hier im Verhältnis deutlich mehr Punkte vergeben. Die Befragten erhielten jeweils 10 Punkte, wenn die im freiheitlichen Sinn richtige Alternative ausgewählt wurde. Für die „falsche“ Alternative bekamen sie keine Punkte.

Konnte sich jemand zwischen beiden Alternativen nicht entscheiden und antwortete mit „weiß nicht“ oder „k.A.“ wurde ihm hier – anders als bei den Wichtigkeitsfragen – nicht der Mittelwert aller Antworten zugewiesen, sondern der Punktwert fünf. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass es den Befragten häufig schwer fällt, sich zwischen zwei Alternativen zu entscheiden und für sie „weiß nicht“ und „k.A.“ noch am ehesten einer Mittelposition gleichkommen.

1.3. Häufigkeitsverteilung der Einzelfragen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Einzel-Indizes dargestellt und kurz erläutert.

Für die jeweiligen Wichtigkeitsfragen gilt, dass der jeweils „freiheitlichen“ Antwort (dunkel schraffiert) drei Punkte zugewiesen werden, der Antwort, die am wenigsten einer „freiheitlichen“ Position (weiß) entspricht, null Punkte. Die Antworten dazwischen werden mit zwei bzw. einem Punkt gewertet.

Für die jeweilige Entscheidungsfragen gilt, dass der freiheitlichen Antwort (dunkel schraffiert) 10, der nicht-freiheitlichen Antwort (weiß) null Punkte zugewiesen werden.

A. Index „Politische Ordnung“

Wichtigkeitsfrage:

Angaben in %	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Parteienvielfalt	36	43	16	4
Gewaltenteilung	54	36	5	1
Pressevielfalt	53	37	9	2
Volksentscheide	50	36	10	3
Eine starke politische Führung	45	43	10	2

Entscheidungsfrage:

Angaben in %	Ordnung/Sicherheit	Bürgerrechte
Ordnung und Sicherheit vs. Bürgerrechte	46	47

B. Index „Rechtsordnung“

Wichtigkeitsfrage:

Angaben in %	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Unabhängigkeit Richter und Anwälte	66	29	4	1
Möglichst wenige, klare und einfache Gesetze	53	35	9	2
Schutz der Grundrechte bei Ermittlung und Strafverfolgung	56	35	6	1
Härtere Strafen für bestimmte Verbrechen	48	32	14	4
Mehr Opferschutz als Täterschutz	60	34	4	1

Entscheidungsfrage:

Angaben in %	Härte gegen Rechtsbrecher	Resozialisierung/Therapie
Härte gegen Rechtsbrecher vs. Resozialisierung und Therapie	53	36

C. Index „Soziale Ordnung“

Wichtigkeitsfrage:

Angaben in %	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Einfaches, gerechtes Steuersystem	68	28	3	0
Lastenverteilung zwischen Reich und Arm	49	38	9	2
Höhere finanzielle Belastungen für Vermögende	35	41	18	5
Wirtschaftsfreiheit	31	53	11	11
Staatliche Sozialvorsorge	45	46	7	1

Entscheidungsfrage:

Angaben in %	Freiheit	Solidarität
Individuelle Freiheit vs. gesellschaftliche Solidarität	43	50

D. Index „Wirtschaftliche Ordnung“

Wichtigkeitsfrage:

Angaben in %	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Vertragsfreiheit	32	50	10	1
Gleiche Chancen für alle	64	31	3	1
Leistungsbereitschaft	55	39	4	0
Wettbewerb	43	45	8	1
Schutz von Privateigentum	56	37	5	1

Entscheidungsfrage:

Angaben in %	Freier Wettbewerb	Absicherung
Freier Wettbewerb vs. Absicherung	25	47

1.4. Ergebnisse der Index-Bestimmungen

Folgende Werte wurden für die Einzelindizes sowie den Gesamtindex ermittelt:

	erreichter Punktwert	max. Punktwert
Index „Politische Ordnung“	15,1	25
Index „Rechtsordnung“	12,8	25
Index „Soziale Ordnung“	11,6	25
Index „Wirtschaftliche Ordnung“	16,1	25
Freiheitsindex	55,7	100

1.5. Aufteilung der Indexwerte in Indexgruppen

Nachdem jedem Befragten durch die Beantwortung der einzelnen Fragen ein persönlicher Freiheitsindex zwischen 0 und 100 Punkten zugewiesen werden konnten, mussten Schwellenwerten gefunden werden, die die einzelnen Befragten in sinnvollen Gruppen zusammenfassen. Um die Punktzahlen für die einzelnen Schwellenwerte zu ermitteln, wurde von Musterantworten ausgegangen:

- Sehr hoher Stellenwert von Freiheit (Minimum: 75 Punkte)
Um mindestens 75 Punkte zu erreichen müssen beispielsweise:
 - von den 20 Wichtigkeitsfragen ein Viertel mit dem höchsten Wert belegt sein und die restlichen mit dem zweithöchsten Wert,
→ Minimum 45 Punkte
 - von den vier Entscheidungsfragen mindestens drei „korrekt“ beantwortet sein
→ Minimum 30 Punkte
- Hoher Stellenwert von Freiheit (Minimum: 55 Punkte)
Um mindestens 55 Punkte zu erreichen müssen beispielsweise:
 - von den 20 Wichtigkeitsfragen mindestens drei Viertel mit dem zweithöchsten Wert belegt sein und die restlichen fünf mindestens eine eins haben
→ Minimum: 35 Punkte
 - von den vier Entscheidungsfragen mindestens zwei „korrekt“ beantwortet sein
→ Minimum: 20 Punkte
- Eher geringer Stellenwert von Freiheit (Minimum: 30 Punkte)
Um mindestens 30 Punkte zu erreichen müssen beispielsweise:
 - von den 20 Wichtigkeitsfragen alle mit einem Punkt belegt sein
→ Minimum: 20 Punkte

- von den vier Entscheidungsfragen mindestens eine „korrekt“ beantwortet sein:
→ Minimum: 10 Punkte

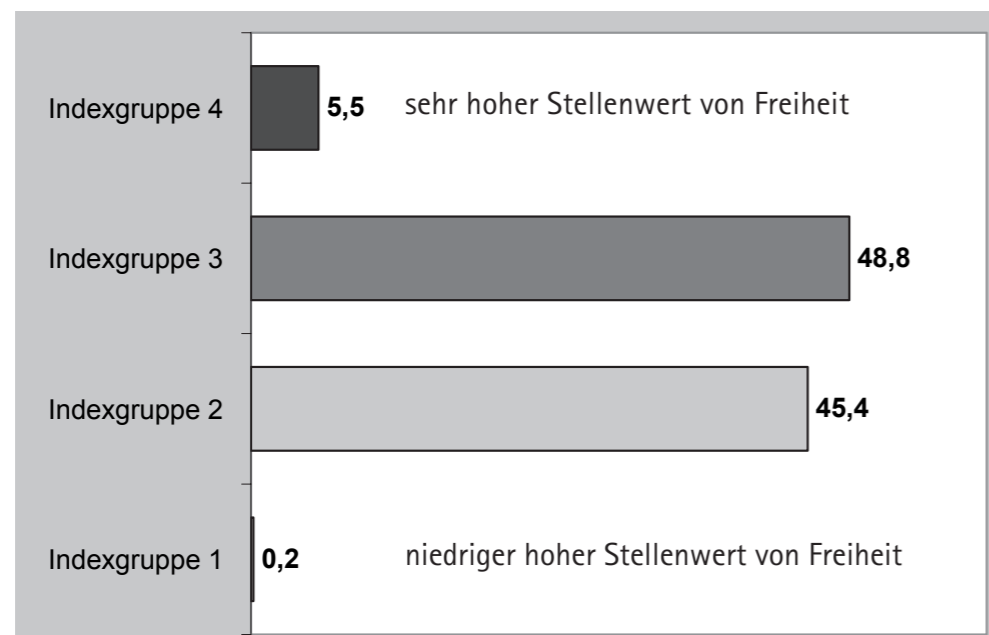
- Sehr geringer Stellenwert von Freiheit (weniger als 30 Punkte)

1.6. Der Freiheitsindex in den Indexgruppen

Einen sehr hohen Stellenwert von Freiheit weisen 5,5 Prozent der Befragten (in absoluten Zahlen: 166) auf. Diese bilden die Indexgruppe 4.

Fast 49 Prozent der Befragten (1366) zeigen immer noch einen hohen Stellenwert von Freiheit, etwas weniger – nämlich gut 45 Prozent (dies entspricht 1469 Befragten) können einem geringeren Stellenwert von Freiheit zugeordnet werden.

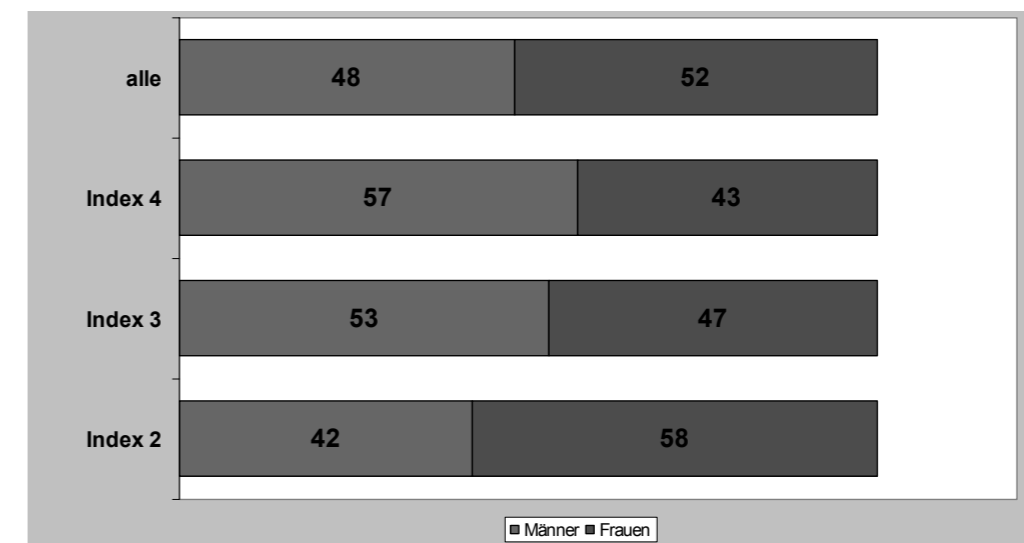
Einen sehr geringen Freiheitsindex zeigen nur 0,2 Prozent (7) der Befragten, diese Gruppe wird bei der folgenden Auswertung vernachlässigt.



2. Sozioökonomische Strukturen der Indexgruppen

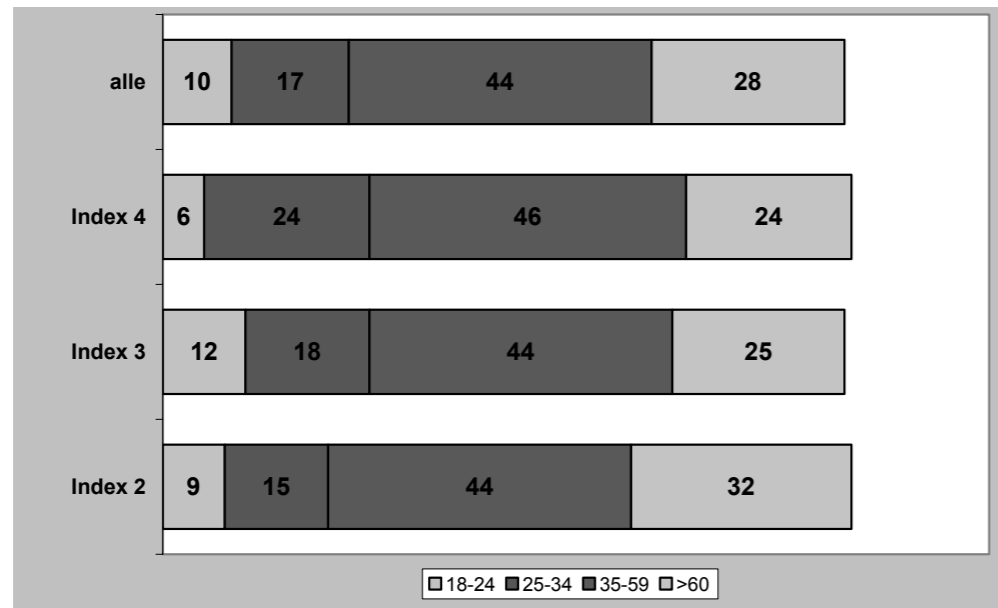
2.1. Geschlecht

In der allgemeinen Bevölkerung finden sich mehr Frauen als Männer, dieses Verhältnis kehrt sich mit steigender Indexgruppe um: Es lässt sich feststellen, dass sich überproportional häufig Männer in den Gruppen mit höherem/sehr hohem Stellenwert von Freiheit finden, Frauen stehen Freiheitspositionen hier etwas ablehnender gegenüber.



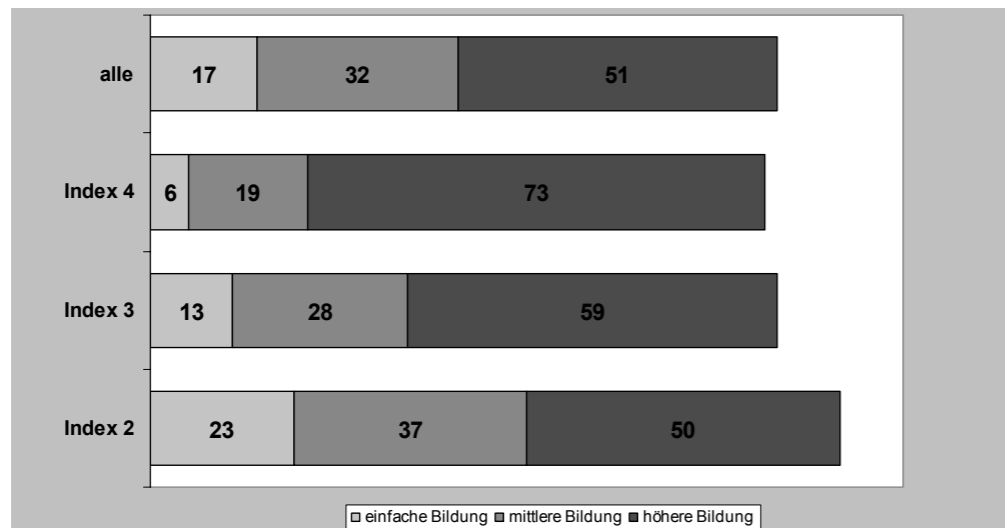
2.2. Alter

Die Altersverteilung in den 3 Indexgruppen entspricht im Wesentlichen der der Allgemeinbevölkerung – mit Ausnahme von zwei Unterschieden: Die Gruppe der 25-34-Jährigen ist in der Indexgruppe 4 (sehr hoher Stellenwert) deutlich überrepräsentiert, während Menschen über 60 in der Indexgruppe 2 überdurchschnittlich vertreten sind.



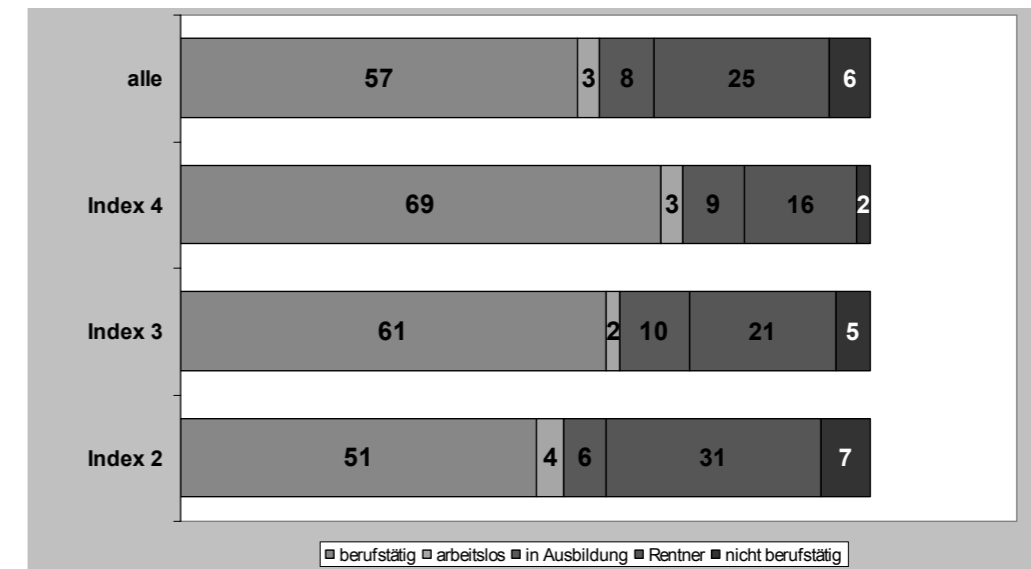
2.3. Bildung

Betrachtet man die Indexgruppen in Hinblick auf ihre formale Bildung, zeigt sich bereits auf den ersten Blick, dass mit steigender Bildung liberalen Freiheitspositionen deutlich häufiger zugestimmt wird. So haben 73 Prozent der Indexgruppe 4 eine hohe Bildung (22 Prozent mehr als in der Allgemeinbevölkerung), in Indexgruppe 3 sind es immer noch 59 Prozent (+7).



2.4. Berufstätigkeit

Korrespondierend mit der Tatsache, dass Befragte, die zur Indexgruppe 4 gehören, über eine bessere formale Bildung verfügen, passt die Tatsache, dass diese ebenso überdurchschnittlich häufig berufstätig sind, während in Indexgruppe 2 Rentner prozentual häufiger vertreten sind, als in der Allgemeinbevölkerung.



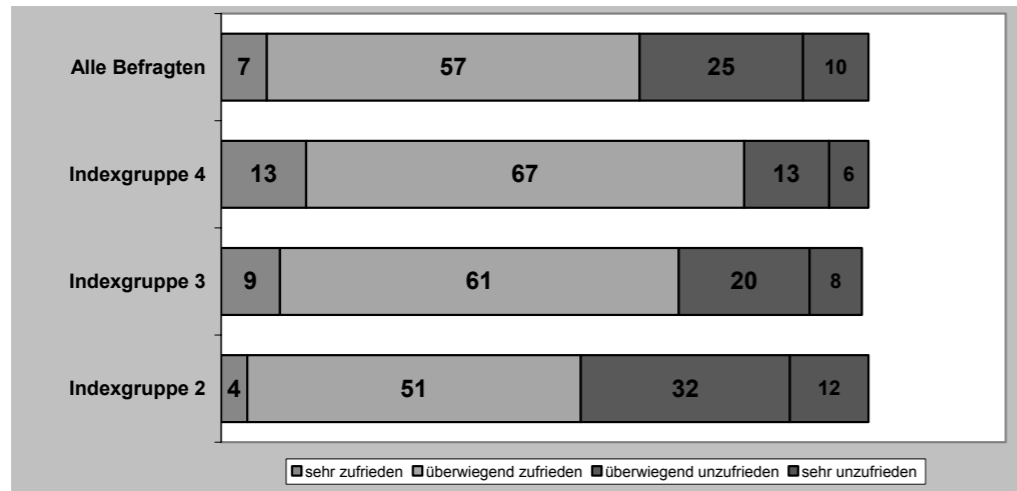
3. Verhalten der Indexgruppen

3.1. Zufriedenheit mit Freiheitswerten

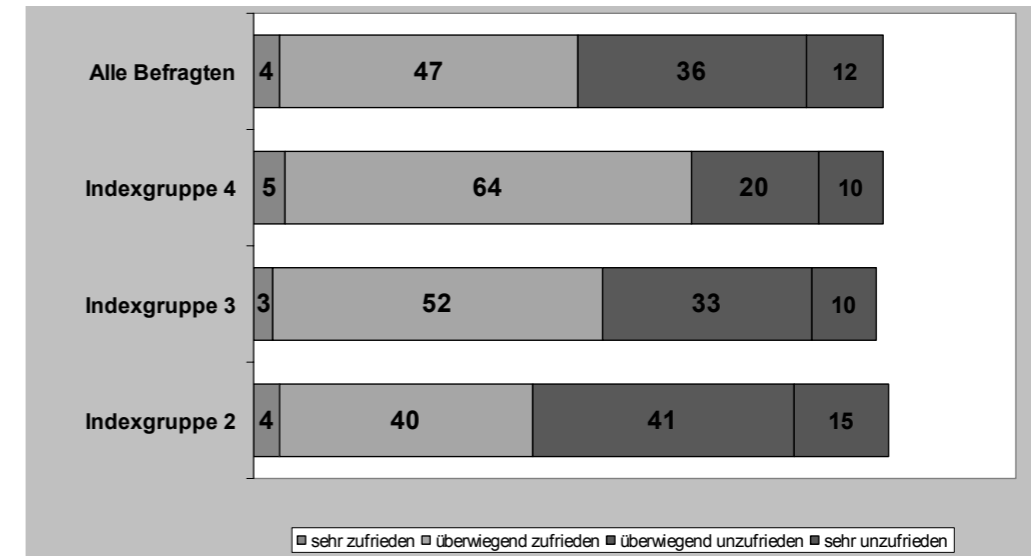
Betrachtet man das Antwortverhalten der Indexgruppen zu den abgefragten Einzelbereichen politische Ordnung, Rechtsordnung, soziale Ordnung und wirtschaftlicher Ordnung, so zeigt sich in allen vier Bereichen das gleiche Muster:

Während Indexgruppe 4 jeweils eine deutlich überdurchschnittliche Zufriedenheit zeigt und Indexgruppe 3 bei den Zufriedenheitswerten immer noch leicht über dem Durchschnitt, zeigt sich in allen vier Bereichen Indexgruppe 2 deutlich unzufriedener als die Allgemeinheit.

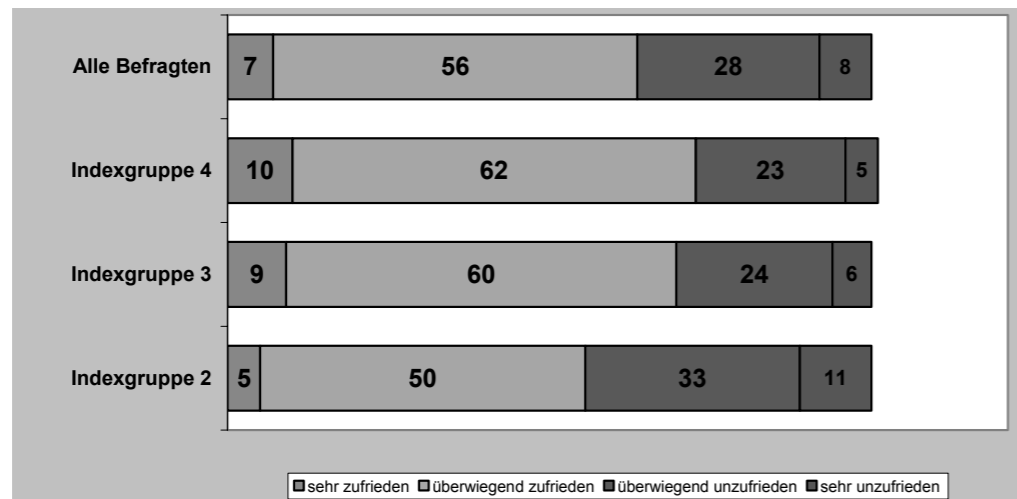
Politische Ordnung



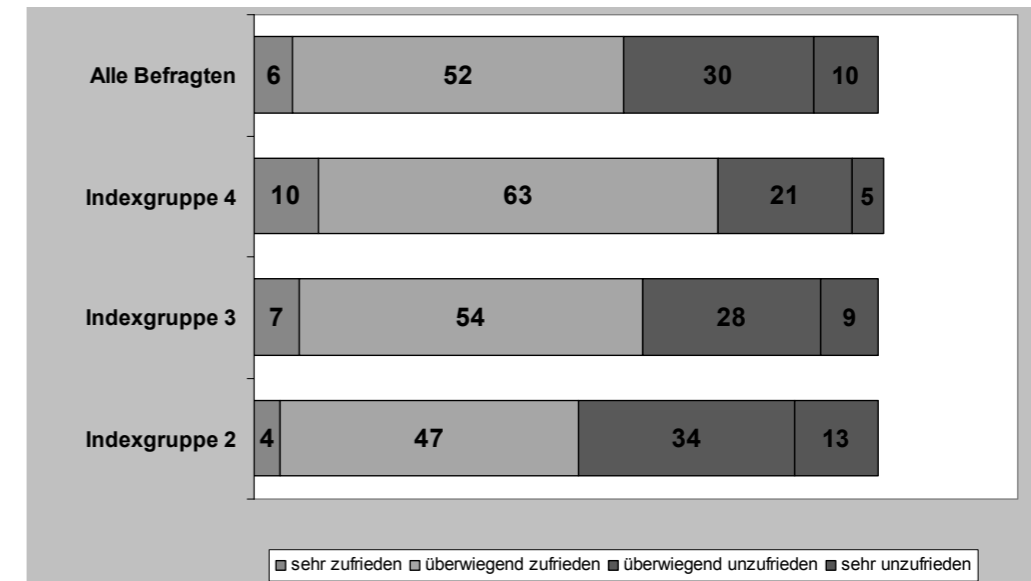
Soziale Ordnung



Rechtsordnung



Wirtschaftliche Ordnung



3.2. Eigenschaften einer gut funktionierenden Gesellschaft – Betrachtung der Indexgruppen

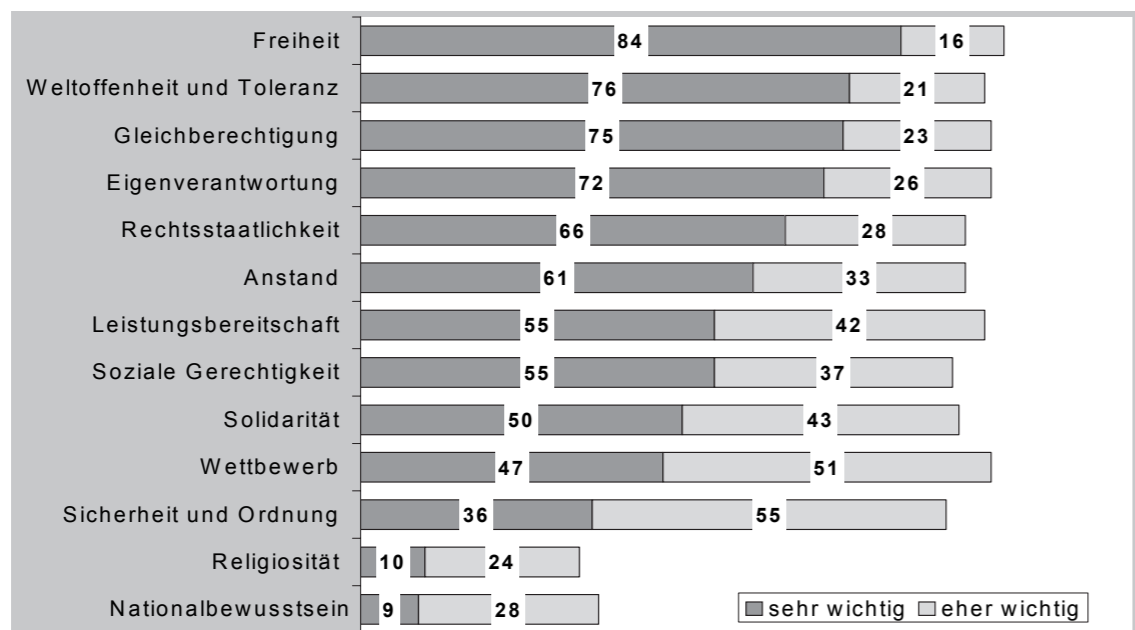
Betrachtet man die abgefragten Eigenschaften, die für das Funktionieren der Gesellschaft als nötig erachtet werden, in den definierten Indexgruppen, so fällt auf, dass von allen abgefragten Eigenschaften Freiheit in allen Gruppen am häufigsten mit „sehr wichtig“ beurteilt wird. Auch Gleichberechtigung taucht in allen drei Fällen im oberen Drittel der Skala auf.

Während in den freiheitlicher orientierten Indexgruppen 4 und 3 auch Weltoffenheit und Toleranz sowie Eigenverantwortung hoch gewertet werden, werden in der unteren Indexgruppe diese Eigenschaften durch Sicherheit und Ordnung sowie Anstand ersetzt und rutschen ins Mittelfeld ab.

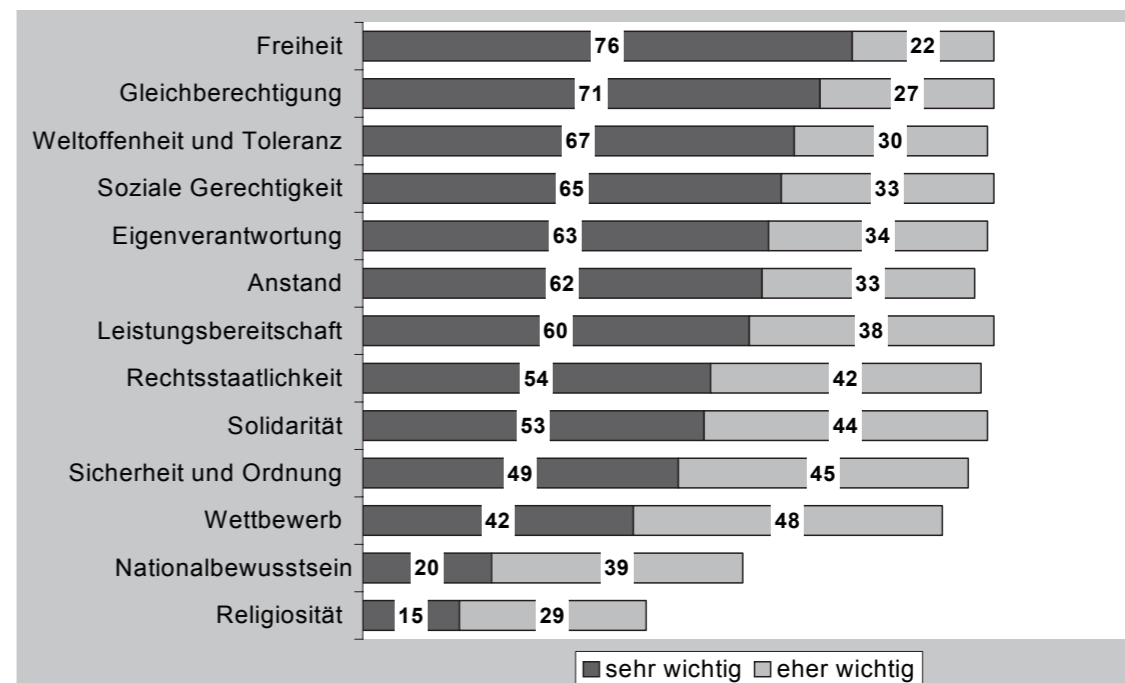
Auffällig ist, dass Sicherheit und Ordnung für die freiheitlich eingestellte Indexgruppe 4 bis ins untere Drittel gesunken ist, das sonst konstant aus den Werten „Wettbewerb“, „Nationalbewusstsein“ und „Religiosität“ besteht.

Ebenfalls auffällig ist, dass sich trotz ähnlichem Ranking in den Indexgruppen die Zustimmungswerte deutlich unterscheiden. So werden in Indexgruppe 4 die vier obersten Eigenschaften (Freiheit, Weltoffenheit, Gleichberechtigung, Eigenverantwortung) von über 70% der Befragten als „sehr wichtig“ eingeschätzt, Freiheit sogar mit über 80%. In Indexgruppe 3 sind es immer noch 2 Werte (Freiheit, Gleichberechtigung), die mit über 70% als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In Indexgruppe 2 gelingt dies keiner einzigen der abgefragten Eigenschaften.

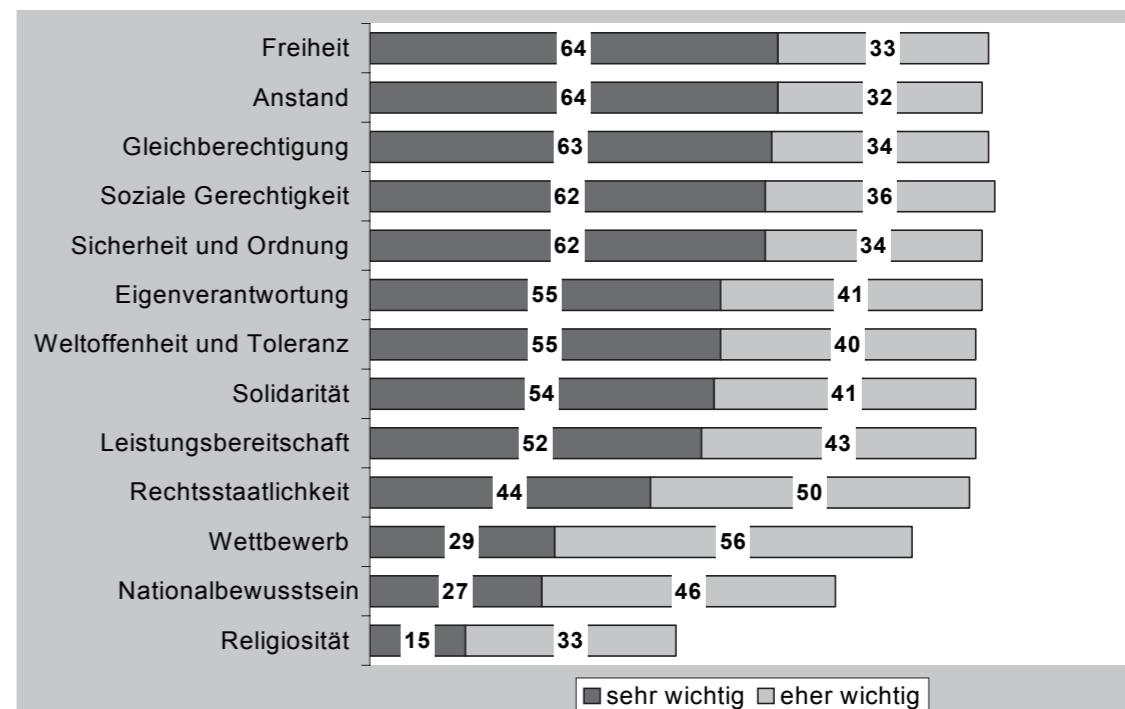
Indexgruppe 4



Indexgruppe 3

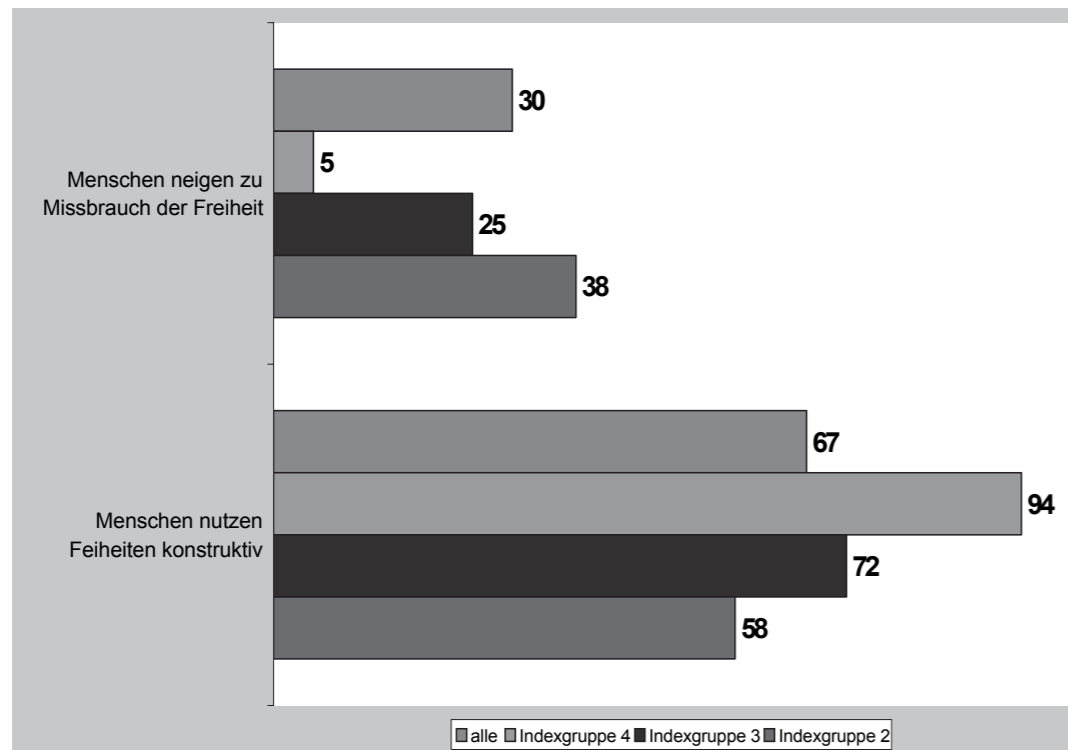


Indexgruppe 2



3.3. Der Umgang mit Freiheitsrechten – Betrachtung der Indexgruppen

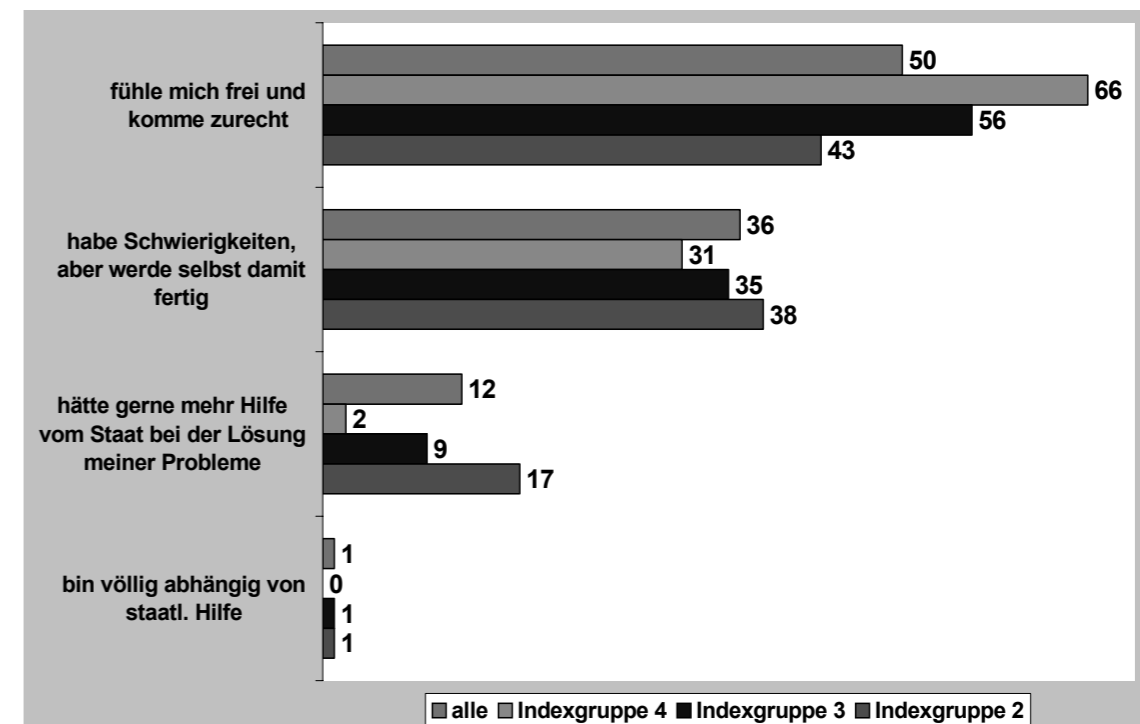
Betrachtet man das Antwortverhalten der definierten Indexgruppen zum Umgang mit Freiheitsrechten, so erkennt man, dass die Gruppen sich hier erwartungskonform verhalten: Die freiheitlich eingestellte Indexgruppe 4 vertraut darauf, dass Menschen die ihnen überlassenen Freiheiten konstruktiv nutzen (94%), während dieses Vertrauen mit sinkendem „Freiheitsdenken“ ebenfalls sinkt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Indexgruppe 2, der Sicherheit und Ordnung im Werteranking überdurchschnittlich wichtig war, auch überdurchschnittlich häufig an den Missbrauch von Freiheiten glaubt.



3.4. Das subjektive Freiheitsgefühl – Betrachtung in den Indexgruppen

Auch bei der Betrachtung des persönlichen Freiheitsgefühls in den 3 Indexgruppen gibt es keine Überraschungen: Je freiheitlicher die Gruppe eingestellt ist, umso freier fühlen sich die Befragten in ihrem täglichen Leben und kommen auch gut mit diesen Freiheiten zurecht. Je weniger freiheitlich, desto häufiger wird der Staat als Problemlöser gefordert. Dazu passt, dass in Indexgruppe 2 „Eigenverantwortung“ weit geringere Wichtigkeit zuerkannt wird, als in den beiden freiheitlicheren Indexgruppen.

Erstaunlicherweise fühlt sich keine der Gruppen – auch nicht Gruppe 2 – völlig abhängig von staatlicher Hilfe.



ANHANG

FRAGEBOGEN DEUTSCHER WERTEMONITOR

A. Politische Ordnung

A1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie Sie sie im Alltag erleben?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Überwiegend unzufrieden
- Sehr unzufrieden

A2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren einer Demokratie? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig ein.

- Parteilichkeit
- Gewaltenteilung zwischen Regierung, Gesetzgeber und Justiz
- Pressevielfalt
- Volksentscheide
- eine starke politische Führung

A3. Ordnung und Sicherheit auf der einen Seite und Bürgerrechte auf der anderen Seite sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sein können. Wenn Sie sich zwischen den beiden im Streitfall entscheiden müssten, was wäre Ihnen dann wichtiger?

- Ordnung und Sicherheit
- Bürgerrechte

A4. An Befragte „überwiegend unzufrieden/sehr unzufrieden“ in A1:

Nun detailliert zu einzelnen Aspekten der Demokratie. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mit der Art und Weise, wie dieser Bereich in Bezug auf unsere Demokratie funktioniert, sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind.

- Bürgernähe der Parteien/Politiker
- Umfang direkter Bürgerbeteiligung
- persönliche Freiheiten
- Umfang der Bürokratie
- eine starke politische Führung

B. Rechtsordnung

B1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit dem Rechtsstaat, so wie Sie ihn im Alltag erleben?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Überwiegend unzufrieden
- Sehr unzufrieden

B2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren des Rechtsstaates? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

- Unabhängigkeit der Richter und Anwälte
- Möglichst wenige, klare und einfache Gesetze
- Schutz der Grundrechte bei Ermittlung und Strafverfolgung (Online-Durchsuchung, Folterverbot usw.)
- Härtere Strafen für bestimmte Verbrechen
- Mehr Opferschutz statt Täterschutz

B3. Härte gegenüber Rechtsbrechern auf der einen Seite und Resozialisierung und Therapie statt harter Strafen auf der anderen Seite sind beides Ziele, die in einer Gesellschaft wichtig sein können. Wenn Sie sich zwischen den beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen dann wichtiger?

- Härte gegenüber Rechtsbrechern
- Resozialisierung und Therapie statt harter Strafen

B4. An Befragte „überwiegend unzufrieden/sehr unzufrieden“ in B1:

Nun detailliert zu einzelnen Aspekten unseres Rechtsstaates. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mit der Art und Weise, wie dieser Bereich in Bezug auf unseren Rechtsstaat funktioniert, sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind.

- Durchsetzbarkeit eigener Rechte vor Gericht

- Schnellere Gerichtsverfahren
- Eindämmung der Gesetzesflut
- Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen
- Gleichheit vor dem Gesetz (Gleiches Recht für alle)
- Schutz der Grundrechte und Bürgerfreiheiten

C. Soziale Ordnung

C1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft, so wie Sie sie im Alltag erleben?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Überwiegend unzufrieden
- Sehr unzufrieden

C2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte, um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu gewährleisten? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

- Ein einfaches und gerechtes Steuersystem
- Lastenverteilung zwischen den Reichen und den Armen
- Höhere finanzielle Belastungen für Vermögende / hoher Spitzensteuersatz
- Wirtschaftsfreiheit
- staatliche Sozialvorsorge

C3. Freiheit und Solidarität sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sind. Wenn Sie sich zwischen den beiden entscheiden müssten, was wäre ihnen dann wichtiger?

- Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung
- Gesellschaftliche Solidarität und Gleichheit

C4. An Befragte „überwiegend unzufrieden/ sehr unzufrieden“ in C1

Nun detailliert zu einzelnen Aspekten von Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mit der Art und Weise, wie dieser Bereich Gerechtigkeit in der Gesellschaft gewährleistet, sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind.

- Gleiche Rechte für alle
- Belastungen zukünftiger Generationen durch den Sozialstaat

- Steuersystem
- Bildungschancen für alle
- Höhere finanzielle Belastungen für Vermögende

D. Wirtschaftliche Ordnung

D1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der sozialen Marktwirtschaft, so wie Sie sie im Alltag erleben?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Überwiegend unzufrieden
- Sehr unzufrieden

D2. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft? Bitte stufen Sie jeden Aspekt als sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, gar nicht wichtig ein.

- Vertragsfreiheit
- Gleiche Chancen für Alle
- Leistungsbereitschaft
- Wettbewerb
- Schutz von Privateigentum

D3. Brauchen Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft mehr freien Wettbewerb oder eher mehr Absicherung?

- Mehr freien Wettbewerb
- Mehr Absicherung
- Beides in gleichem Maße

D4. An Befragte „überwiegend unzufrieden/ sehr unzufrieden“ in D1

Nun detailliert zu einzelnen Aspekten unseres politischen Systems. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mit der Art und Weise, wie dieser Bereich unserer Sozialen Marktwirtschaft funktioniert, sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind.

- Einkommensverteilung
- Bürokratie
- Arbeitnehmerrechte
- Leistungsorientierung
- Spielregeln für den Wettbewerb

F. Gesellschaft allgemein

F1. Für wie wichtig halten Sie die folgenden Eigenschaften für eine gut funktionierende Gesellschaft? (sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig)

- Sicherheit und Ordnung
- Gleichberechtigung
- Weltoffenheit und Toleranz
- Eigenverantwortung
- Solidarität
- Freiheit
- Leistungsbereitschaft
- Rechtsstaatlichkeit
- Religiosität
- Nationalbewusstsein
- Soziale Gerechtigkeit
- Anstand
- Wettbewerb

F2. Zum Thema Freiheit kann man verschiedene Meinungen haben. Welche der folgenden Aussagen trifft eher Ihre Meinung?

- Menschen neigen dazu, die Grenzen der Freiheit, die man ihnen lässt, zu missachten. Der Staat muss hier sorgfältig Vorschriften erlassen
- Menschen nutzen ihre Freiheiten im Wesentlichen konstruktiv. Der Staat soll deshalb nur die Rahmenbedingungen gestalten

F3. Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?

- Ich fühle mich frei und komme gut zurecht
- Ich habe meine Schwierigkeiten, aber ich werde selbst damit fertig
- Ich würde es gerne sehen, wenn ich bei der Lösung meiner Probleme mehr Hilfe vom Staat bekäme
- Eigentlich bin ich ganz auf die Hilfe des Staates angewiesen

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-210
Fax: 03 31.70 19-216
libinst@freiheit.org
www.freiheit.org

Produktion
COMDOK GmbH
Büro Berlin

2009

